



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10222 | 40. WOCHE | 35. JAHRGANG

MONTAG, 30. SEPTEMBER 2013 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



NACHRUF Autor Tahar Ben Jelloun zum Tod des Anti-Apartheid-Kämpfers Kofi Awoonor › SEITE 16

NACHSICHT In der Karibik wird Kiffen bald legal › SEITE 11

BERLIN Camp auf dem Oranienplatz: Senator Czaja will bei der Suche nach einer Unterkunft helfen › SEITE 21

Fotos: Reuters (o.); privat

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Merken Sie es auch? Die Welt driftet auseinander. Im Lager der Grünen ist das Gräbele tiefer denn je. Realos und Linke bewirken sich mit schnöden Vorwürfen und wünschen einander die Pest an den Hals. Vorbei ist es mit Friede, Freude, Eierkuchen. Zorn und Hass sind die Softskills der Zukunft. Gut, dass sich James Hetfield, Frontmann von Metallica, rechtzeitig zu Wort meldet. „Ich bin böse. Ich bin ein hasserfüllter Typ. Ich mag keine Menschen“, schmeichelt er sich ein. Was er eigentlich sagen will:

Ich stehe bereit für eine Kampf-abstimmung bei den Grünen.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 13.107 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

Καληνύχτα, Neonazis!

GRIECHENLAND Gute Nacht, „Goldene Morgenröte“: Die Polizei verhaftet die Führung der rechtsextremistischen Partei Chrysi Avgi. Ihr werden Totschlag und Erpressung zur Last gelegt, vier Abgeordnete müssen ihr Mandat aus dem Gefängnis ausüben › SEITE 4



„Morgenröte“-Gründer Nikos Michaloliakos am Samstag in Athen. Der Justiz stuft die Partei als „kriminelle Vereinigung“ ein Foto: A. Tzortzinis/afp

KOMMENTAR VON KLAUS HILLENBRAND ÜBER DIE WELLE VON VERHAFTUNGEN GRIECHISCHER NAZIS

Strafrecht, keine Gesinnungsjustiz

Neonazis in Handschellen: Nicht nur die meisten Griechen sind erleichtert, dass die Staatsgewalt endlich gegen die rechtsradikale Schlägertruppe vorgeht. Die Liste der Vorwürfe ist lang und reicht von Totschlag über Körperverletzung, Erpressung, Sprengstoffanschläge bis hin zur Geldwäsche. Die „Goldene Morgenröte“ predigt den vermeintlichen Schutz des Griechentums und arbeitet mit Gewalt, Volksverhetzung und Antisemitismus.

Neonazis in Handschellen: So mancher mag sich ein ähnliches Bild auch für Deutschland wünschen, wo etwa NPD-Funktionäre mit ganz ähnlichen Stereotypen agieren. Doch so einfach ist das nicht. Ein Rechtsstaat kann nur gegen konkrete Straftaten vorgehen, die von konkreten Personen begangen wurden. Solange die NPD eine erlaubte Partei ist, bleibt nur der mühsame Weg des Nachweises von Straftaten, und das ist auch richtig so. Auch in Athen

geht es ums Strafrecht und eben nicht um Gesinnungsjustiz.

Wenn der Staat wirklich konsequent gegen die Verfassungsfeinde der NPD vorgehen wollte, dann könnte er den Versuch wagen, diese Partei zu verbieten. Bisher verhält sich die Union in dieser Frage mehr als zu-

Gute Nachricht aus Athen: Staat greift spät, aber hart gegen den rechten Terror durch

rückhaltend. Doch was spräche dagegen, wenn CDU/CSU und SPD in einer Koalitionsvereinbarung Nägel mit Köpfen machen würden? Schließlich fordern die Sozialdemokraten schon lange ein NPD-Verbot.

Bei allen Vergleichen zwischen griechischen und deutschen rechtsextremen Parteien aber bleibt eines festzustellen: In Grie-

chenland haben Polizeibeamte mit der Neonazipartei paktiert, haben weggeschaut, wenn deren Mitglieder schwerste Straftaten gegen Migranten verübten, und im schlimmsten Fall sogar mitgemacht. Die Justiz übte sich viel zu lange in Lethargie. Konservative Politiker empfahlen, das Gespräch mit den Neonazis zu suchen, und manche Athener Medien haben ihnen bereitwillig eine Bühne gegeben.

Die griechischen Nazis kamen in Umfragen landesweit auf über 10 Prozent der Stimmen. In Deutschland sind die Rechtsextremen dagegen gesellschaftlich isoliert. Sie haben – anders als im verarmten, von Krisen geschüttelten Griechenland – keine Chance, an die Regierung zu kommen. Das darf kein Grund zur Beruhigung und zur Nachlässigkeit im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus in Deutschland sein. Aber es macht deutlich, wie überfällig der Schlag der Justiz in Athen gewesen ist.

Grüne sind in Zukunft für alles offen

PARTEI Scharfer Richtungsstreit auf Länderrat in Berlin

BERLIN *taz* | Die Grünen wollen die Fixierung auf die SPD und Rot-Grün beenden. Die Partei werde künftig einen Kurs der Eigenständigkeit fahren, kündigte Parteichef Cem Özdemir am Samstag auf einem Länderrat in Berlin an. „Ein Kurs der Eigenständigkeit ist keine Metapher für Schwarz-Grün. Das kann auch Rot-Rot-Grün bedeuten“.

Auf dem Länderrat kam es zum offenen Richtungsstreit. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann warb für einen Kurs der Mitte, bei dem die Partei die Wirtschaft als Partner begreifen müsse. Exspitzenkandidat Jürgen Trittin verteidigte das Programm. „Es war nicht zu links.“ **US**

› Schwerpunkt SEITE 3

Berlusconi demontiert Regierung

ITALIEN „Volk der Freiheit“ zieht Minister ab, Koalition vor dem Aus

ROM *afp* | Zu seinem 77. Geburtstag hat Ex-Regierungschef Silvio Berlusconi in Italien erneut eine politische Krise provoziert. Die Koalitionsregierung des Ministerpräsidenten Enrico Letta steht vor dem Aus, nachdem fünf Minister von Berlusconis Partei Volk der Freiheit (Pdl) am Samstag ihren Rücktritt erklärten. Sie folgten einer Aufforderung Berlusconis, der gegen seinen Senatsausschluss kämpft.

› Der Tag SEITE 2

› Meinung + Diskussion SEITE 12

10.000 auf Mieten-Demos

BERLIN *epd* | Unter dem Motto „Keine Profite mit der Miete“ sind am Sonnabend bundesweit über 10.000 Menschen gegen die Verdrängung aus ihren Wohngegenden auf die Straße gegangen, teilten die Veranstalter mit. Die Politik habe sich viel zu lange geweigert, das Problem der Wohnungsnot anzuerkennen, kritisierte das Aktionsbündnis in Berlin. Es sei eine neue durchsetzungsstarke Mieterbewegung nötig, die „den Investoren einen Strich durch die Rechnung“ mache. In vielen Städten werde „der Lebensraum vieler Mieter meistbietend vermarktet, und sie bleiben auf der Strecke“, sagte Enrico Schönborg vom Vorbereitungskreis.

› Inland SEITE 7

PORTRAIT



Hetzt gegen Roma: Manuel Valls, Frankreichs Innenminister Foto: dpa

Populistischer Hardliner

Das hat in Frankreich bereits Tradition, dass der Innenminister das mit Abstand populärste Mitglied einer sonst wenig geliebten Regierung ist. Das hatte vor allem Nicolas Sarkozy vorgebracht, dessen markige Sprüche gegen große Kriminelle und kleine Ganoven das Volk so sehr beeindruckt hat, dass er zum Präsidenten gewählt wurde. Warum soll die Masche nicht ein zweites Mal funktionieren? Das zumindest scheint sich der gegenwärtige Innenminister auch zu sagen.

Manuel Valls ist zwar ein Sozialist und Mitglied der Linksregierung von Präsident Hollande, doch wenn es um die innere Sicherheit und Ordnung geht, tönt er nicht viel anders als der konservative Expräsident. Schon seit Jahren, als er noch nicht Minister war, sich aber als Abgeordneter und Bürgermeister der Pariser Vorstadt Evry in Sicherheitsfragen profilierte, hängt Valls das Etikett eines „linken Sarkozy“ an. Nicht unbedingt schmeichelhaft für einen Sozialisten. Letztlich schert sich Valls, der stets am rechten Rand seiner Partei verortet worden ist, keinen Deut um solche Vergleiche. Er ist sportlich, energisch, sieht gut aus, spricht Klartext, er kommt an. Er ist populär, weil er kein Blatt vor den Mund nimmt und einfache Lösungen hat: Wenn's kracht, schickt er mehr Polizei. Da er selbst als gebürtiger Katalane und Sohn einer Tessinerin erst mit 20 durch Einbürgerung Franzose wurde, fühlt er sich über jeden Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit erhaben.

Weil sie sich kaum von den üblichen rassistischen Sprüchen unterscheiden, haben seine jüngsten Äußerungen über die Roma, die er wegen eines „extrem anderen Lebensstils“ für nicht integrierbar hält, manche LinkswählerInnen schockiert. Dennoch hat sich Präsident Hollande hinter Valls gestellt. Laut Umfrage finden 77 Prozent seiner Landsleute dessen pauschales Urteil angebracht, und 97 Prozent bestätigen die Binsenweisheit, Roma seien in Frankreich nicht integrierbar. Und die Schuld für die echte Misere aber sucht man wohl lieber bei den anderen, in diesem Fall bei den eingereisten Roma oder bei der EU-Kommission, die sich „erdreistet“ hat, die Mängel der französischen Politik bei der Aufnahme dieser europäischen Mitbürger zu tadeln. **RUDOLF BALMER**

taz.blog

Streetart Fotoblog

Geklebt, Geschriebenes, Gesprühtes – es gibt vieles, was die Straßen der Stadt erobert. Caro zeigt die Fotos

blogs.taz.de

NACHRICHTEN

MÖGLICHE STEUERERHÖHUNG

Streit belastet schwarz-rote Vorgespräche

BERLIN | Eine Woche nach der Wahl hat das Ringen um Steuererhöhungen als Kernpunkt einer schwarz-roten Koalition begonnen. Obwohl ein Termin für Gespräche mit der SPD gestern noch gar nicht vereinbart war, sprachen sich führende Unions-Politiker gegen eine mögliche Steuererhöhung für Gutverdiener aus. Die SPD fordert dies.

Eine eindeutige Absage dazu kam von CSU-Chef Horst Seehofer. Er sagte der *BamS*: „Wir haben derzeit die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, der Staat muss mit dem auskommen, was er hat. Deshalb kommen Steuer-

erhöhungen für meine Partei nicht infrage. Die Bürger haben darauf mein Wort.“

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dementierte einen *Spiegel*-Bericht, in dem es heißt, er plane höhere Steuern für Spitzenverdiener und lasse sie als Vorbereitung auf Gespräche mit der SPD durchrechnen. CDU-Vize Ursula von der Leyen lehnte höhere Steuern unter Hinweis auf die sprudelnden Steuereinnahmen ab: „Wir sollten darüber nachdenken, wie wir diesen Erfolg festigen. Durch Drehen an der Steuerschraube jedenfalls nicht.“ (dpa)

JOURNALISTEN

Verfassungsschutz sammelt mehr Daten

HANNOVER | Der niedersächsische Verfassungsschutz hat nach einem Bericht des *Spiegel* offenbar Daten über mehr Journalisten gesammelt als bislang bekannt. Bei den Recherchen in der Datenbank des Amtes seien die Mitarbeiter auf sieben weitere Journalisten gestoßen, berichtet das Nachrichtenmagazin. Einige von ihnen rechne das Amt der autonomen Szene zu. Sie würden als „Zweifelsfälle“ gelten. Das Amt prüfe derzeit, ob es überhaupt eine rechtliche Grundlage für die Erfassung gibt. (dpa)

LERNEN SIE UNS KENNEN

Der taz folgen mehr als 128.000 auf twitter.com/tazgezwoitscher, und über 53.000 Fans auf facebook.com/taz.kommune. Diskutieren Sie mit uns in den Sozialen Netzwerken.

Twitter & Facebook

www.taz.de

ERFURT

Unbekannte zünden 15 Polizeiautos an

ERFURT | In Erfurt haben Unbekannte 15 Polizeifahrzeuge angezündet. Die fabrikneuen Transporter standen auf dem Gelände eines Autohauses. Alles deute auf eine zielgerichtete Aktion hin, sagte ein Sprecher. Verletzt wurde bei dem Feuer in der Nacht zu Sonntag niemand. Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) verurteilte den Brandanschlag nach einer Tatortbesichtigung als niederträchtige Tat. Die Polizei schätzte den gesamten Sachschaden auf mindestens 750.000 Euro. (dpa)

Abweichler dringend gesucht

STRATEGIE Italiens Regierungschef Enrico Letta will sich dem Druck Berlusconi nicht beugen und im Amt bleiben

AUS ROM MICHAEL BRAUN

Eine neue Regierung unter dem bisherigen Premier Enrico Letta oder aber schnelle Neuwahlen – vor dieser Alternative steht Italien nach dem Auszug von fünf Berlusconi-Ministern aus dem Kabinett. Die Rechtsriege erklärte am Samstagabend ihren Rücktritt. Offizielle Begründung: Die Regierung habe die am 1. Oktober anstehende Mehrwertsteuererhöhung auf 22 Prozent nicht gestoppt. In Wahrheit geht es darum, dass ihrem Chef Silvio Berlusconi in den nächsten Tagen der Entzug seines Senatsmandats droht.

Im Senat, der völlig gleichberechtigten zweiten Kammer des italienischen Parlaments, ist die

Regierungsmehrheit damit erst einmal weg. Doch der Premier und seine gemäßigt linke Partito Democratico (PD) geben sich noch nicht geschlagen: Voraussichtlich am Dienstag will Letta sich dem Parlament stellen – mit einem Kurs der Totalkonfrontation gegen Berlusconi und mit dem ziemlich offenen Angebot an mögliche Abweichler von der Rechten, sie seien in einer neuen Regierungsmehrheit willkommen.

Sie haben keine Lust auf den Kamikaze-Kurs ihres Chefs

Berlusconi habe mit dem Auszug der Minister zu „einer wahn-sinnigen und unverantwortlichen Geste“ gegriffen, die allein als „Deckmantel für seine persönliche Angelegenheiten“ diene, erklärte der Premier und kündigte an, das Vertrauensvotum des Parlaments zu suchen.

Im Abgeordnetenhaus ist das kein Problem: Aufgrund des italienischen Wahlrechts, das der siegreichen Koalition in der ersten Kammer 340 der 630 Sitze einräumt, hat hier die Demokratische Partei zusammen der stramm linken Sinistra Ecologia Libertà (SEL – Linke, Ökologie, Freiheit) die klare Mehrheit.

Anders im Senat: Hier hat die bisherige Koalition nach dem Auszug der Berlusconi-Rechten

nur 137 der 321 Sitze; 108 entfallen auf die Demokratische Partei, 20 auf den Zentrumsblock unter Mario Monti, 10 auf kleinere Gruppierungen. Hinzu kämen noch fünf Senatoren auf Lebenszeit, die allesamt als mögliche Parteigänger Lettas gelten, außerdem würden die sieben Senatoren der linken SEL, die bei der Koalition mit Berlusconi nicht dabei sein wollten, einer Anti-Berlusconi-Koalition ohne weiteres beitreten.

Damit aber fehlen immer noch mehr als zehn Stimmen zur absoluten Mehrheit. Letta hofft nun auf Abweichler auf dem Berlusconi-Lager, das über 91 Sitze verfügt, ebenso wie auf Dissidenten aus Beppe Grillos Movimento5Stelle (M5S – 5-Ster-

ne-Bewegung), die auf 50 Senatoren kommt. In beiden Lagern nämlich tobt hinter den Kulissen schon seit Monaten ein Kampf zwischen „Falken“ und „Tauben“.

Diverse Berlusconi-Senatoren, so heißt es in Rom, hätten keinerlei Lust, den Kamikaze-Kurs ihres Chefs mitzumachen und nur fünf Monate nach der Regierungsbildung nicht bloß eine tiefe Krise des Landes, sondern auch den Verlust ihres Mandats bei vorgezogenen Neuwahlen zu riskieren. Mindestens vier der fünf zurückgetretenen Minister gelten als heimliche Gegner des Kurses der radikalen Konfrontation.

Auch im Grillo-Lager gibt es einen Chef, der den totalen Zusammenstoß predigt. Grillo verlangt jetzt sofortige Neuwahlen. Wenn es nach ihm geht, nimmt nicht nur Letta seinen Hut, sondern gleich auch Staatspräsident Giorgio Napolitano, der in den Augen Grillos der Verantwortliche für die bisherige Koalition ebenso wie für ihr Scheitern ist.

Doch schon in den letzten Monaten haben vier Senatoren die M5S-Fraktion verlassen. Sie wurden ausgeschlossen oder sind ausgetreten, weil sie für einen Dialog mit der PD eintraten und das Dogma, alle „Altparteien“ seien gleich, nicht mittragen mochten. Weitere zehn bis 15 Senatoren des M5S stehen im Verdacht, ihrerseits den Diktaten Grillos nicht mehr folgen zu wollen. Unklar ist jedoch, wie viele von ihnen effektiv den Bruch vollziehen und in eine neue Koalition überwechseln.

Doch Letta wird es darauf ankommen lassen. Sollte er allerdings im Vertrauensvotum scheitern, bleibt nur eine Alternative: Neuwahlen. Theoretisch könnten sie noch im Dezember, sonst aber unmittelbar nach der Weihnachtspause stattfinden.



Silvio Berlusconi (Sonnenbrille) in besseren Tagen, umgeben von Senatoren. Jetzt will er die Regierung in die Knie zwingen Foto: R. Casilli/reuters

Die fünf Marionetten gehorchten sofort

FORZA ITALIA Kurz bevor der Parteichef seine Strafe wegen Steuerbetrugs antreten muss, beschert er dem Land noch schnell eine Krise

ROM *taz* | 77 Jahre alt wurde Silvio Berlusconi am Sonntag, und das schönste Geburtstagsgeschenk machte er sich gleich selber: Er bescherte sich – und Italien – die Regierungskrise.

Das gibt es momentan wohl in keiner anderen westlichen Demokratie: Ein gerade rechtskräftig wegen Steuerbetrugs Verurteilter, der in wenigen Tagen seine Strafe antreten muss (ein Jahr Hausarrest oder Sozialstunden), macht nicht bloß als Parteichef einfach weiter. Er beschließt

auch ganz allein den Rückzug seiner Partei aus der Regierung – als wütende Reaktion auf seine Verurteilung und den nun anstehenden Mandatsverlust.

Wieder einmal machte der Autokrat alles selbst: Kein Parteivorstand verfügte den Rücktritt der Berlusconi-Minister, keine Fraktions-sitzung segnete ihn ab. Selbst die betroffenen Minister wurden an den Beratungen ebenso wenig beteiligt wie die Fraktionsvorsitzenden in Abgeordnetenhaus und Senat.

In seine Villa vor den Toren Mailands hatte Berlusconi sich zurückgezogen, zu einem Gespräch mit drei Getreuen – unter ihnen natürlich sein wichtigster Strafverteidiger, Nicolò Ghedini. Und es war wohl Ghedini, der den Anstoß gab. Berlusconi drohe die baldige Verhaftung in anderen Verfahren, wegen Abgeordnetenbestechung und anderen Petitesse, warnte der Anwalt. Daraufhin setzte Berlusconi in wenigen Minuten ein Kom-muni-qué auf, mit der „Einla-

dung“ an seine Minister, „sofort ihren Rücktritt einzureichen“. Die fünf Marionetten gehorchten sofort; ihr mauer Protest gegen das würdelose Verfahren reduzierte sich darauf, dass sie ihrerseits jenes Kommuniqué nicht gegenzeichnen mochten.

So geht es seit 20 Jahren, so soll es auch in Zukunft weitergehen: Seit Berlusconi Anfang 1994 Forza Italia aus der Taufe hob, führte er den Laden wie eine seiner Firmen, und nicht einmal der Anschein innerer Demokratie

war da gefragt – er hätte den Kult um Silvio ja nur beeinträchtigt. Auch in den Zeiten seines drohenden Untergangs will Berlusconi am bewährten Verfahren festhalten.

Er selbst kann bei den nächsten Wahlen nicht mehr antreten, doch den Beschluss, wer unter ihm als Spitzenkandidat ins Rennen geht, behält er sich vor. Und am liebsten wäre ihm wohl die nordkoreanische Lösung, mit Tochter Marina als Frontfrau der Rechten. **MICHAEL BRAUN**

THEMA
DES TAGES



Grüne

Auf der Suche nach sich selbst lotet die Partei mögliche Richtungen aus. Und hat dabei vor allem „die Mitte“ im Blick



Das Selbstfindungsseminar

PARTEITAG Nächste Runde im Wundenlecken und Fehlersuchen bei den Grünen: Auf dem kleinen Parteitag taten sich Gräben auf

AUS BERLIN ULRICH SCHULTE

Winfried Kretschmann verfügt über einen großen Fundus philosophischer Zitate, die er sehr bewusst einzusetzen weiß. Dieses Mal bringt er das Orakel von Delphi, die griechische Weissagungsstätte also, in der Orientierungslose schon in der Antike Rat suchten. Am Eingang sollen Inschriften gestanden haben, die Kretschmann geeignet scheinen, seine Partei auf einen neuen Kurs einzuschwören. Auf seinen Kurs. „Erkenne dich selbst“ und „Nichts im Übermaß“.

Die Grünen seien in erster Linie dafür da, die Ökologisierung

Es ist Kretschmanns Generalabrechnung mit dem Wahlkampf, den er von Anfang an für falsch hielt

der Gesellschaft, des Verkehrs, der Wirtschaft durchzusetzen, beginnt Kretschmann in den Berliner Uferhallen. Eilig drängeln sich hinten die letzten Delegierten des Kleinen Parteitags durch den Eingang. Kretschmanns Rede ist ein Höhepunkt der Aufarbeitung vom Wahldebakel am Samstag.

Vorn am Rednerpult liest ihnen das Orakel von Stuttgart die Leviten. Die Grünen stünden mit diesem Projekt nicht mehr am Rand der Gesellschaft, sondern in der Mitte, donnert Kretschmann. So viel zur Selbsterkenntnis. Nun zum Maß halten: Für die ökologische Transformation der Wirtschaft brauche man Unternehmen als Partner, nicht als Gegner. Der Fokus auf Steuererhöhungen habe die klassischen Lager mobilisiert, wettet er. „Zu viel ist halt zu viel!“

Es ist Kretschmanns Generalabrechnung mit dem Wahlkampf der Bundespartei, den er von Anfang an für falsch hielt. Und mit dessen Hauptfigur. „Darum, lieber Jürgen“, ruft Kretschmann dem Mann zu, der in der ersten Reihe heftig mit dem Kopf schüttelt, „darum darf das Hauptwort nicht mehr ‚Angriff‘



Ich, du, er, sie, es – wer führt die Grünen künftig wohin? Jürgen Trittin (links) ist passé, Katrin „KGM“ Göring-Eckardt will bleiben, Winfried Kretschmann orakelt herum Foto: Stefan Boness/Ipom

sein“. Jürgen Trittin, heißt das, der künftig ein einfacher Abgeordneter ist, habe mit seinem Konfrontationskurs nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die bürgerliche Mitte verprellt.

Mit dem Gestus Trittins, der im Moment für alles Mögliche herhalten muss, sind viele unzufrieden. Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Robert Habeck drückt das so aus: „Dieses ‚Wir gegen die‘ ist nicht mehr zeitgemäß.“ (siehe Interview) Bleibt nur die Frage, wie das neue „Wir sind alle“ denn nun aussehen soll. Zwar bemühten sich die Grünen am Wochenende um einen erwachsenen Auftritt, doch im Grunde sind sie eine tief verunsicherte Partei. Der Länderrat

war auch der Beginn eines kollektiven Selbstfindungsseminars mit offenem Ausgang. Mehr Wirtschaft und Öko, weniger Soziales? Wo genau ist eigentlich die Mitte? Und wer verkörpert die neuen Grünen? Das sind einige der Fragen; es deuteten sich Antworten an, aber auch Gräben.

Trittin scheint aber mit sich im Reinen. In aller Ruhe trägt er den Delegierten seine Lesart vor von dem, was schiefging. Er räumt ein, dass die Partei den Widerstand unterschätzt habe. Er wiederholt, dass alle sich hinter das Finanzkonzept gestellt hätten. Als „Bruch in der Geschichte“ des Wahlkampfs sieht Trittin aber, dass die Grünen als Verbotspartei hingestellt wurden.

Trittin lässt sich nicht beirren, auch nicht, als Boris Palmer, Tübingens Oberbürgermeister, dazwischen brüllt: „Das war Klassenkampf!“ Kretschmann und Palmer sind nicht die Einzigen, die richtig wütend sind. An den Stehtischen auf dem Hof zwischen führende Grüne aus Baden-Württemberg noch ganz andere Beschreibungen Trittins.

Nun sei dahin gestellt, ob die marxistische Theorie den Grünen-Wahlkampf tatsächlich angemessen beschreiben. Sicher ist aber, dass Trittins Rede taktische Zwecke im Klassenkampf der Parteiflügel erfüllte. Er gab den Blitzableiter, zog den Zorn der Enttäuschten auf sich und schlug einen Pflock im anstehenden

Streit über das Programm ein: „Es war nicht zu links.“

Mehr Kretschmann, weniger Bund. Ein wichtiges Gefecht der grünen Zukunft ist hier noch nicht entschieden. Nämlich die Frage, welche Frau künftig die Fraktion leitet. Kerstin Andreae, Wirtschaftspolitikerin aus Baden-Württemberg, genießt Kretschmanns Wohlwollen. Ihre Wirtschaftskompetenz, heißt es in seinem Umfeld, sei im Moment sehr nötig. Und es wäre für den Ministerpräsidenten wohl auch eine schöne Achse zwischen Bundesrat und Fraktion.

Andreae kann in dem Duell mit Exspitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt einen Punktsieg verbuchen. Rund 200 Vertreter

des Realo-Flügels trafen sich am Freitagabend in Baden-Württembergs Ländervertretung, beide Anwärterinnen warben in Reden für sich. Der Applaus, sagen Teilnehmer, sei für Andreae klar stärker gewesen.

Allerdings heißt das nicht viel. Göring-Eckardt verschränkt in einer Ecke der Halle die Arme, sie redet leise, aber sehr bestimmt. „Ich werde mich auf jeden Fall in der Fraktion zur Wahl stellen.“ Im Klartext: Das Applausometer eines Flügeltreffens ist mir schnuppe. Sie hat ein gutes Argument, denn die Fraktion ist das demokratische Gremium. Am Montag geht das Duell in eine neue Runde, dann treffen sich die Realos der Fraktion.

„Es ist okay, in Deutschland zu leben. Ja, es ist sogar schön“

ZUKUNFT Robert Habeck wirft seiner Partei Rechthaberei vor. Die Grünen müssten die Leute abholen und ein freudvolles Verhältnis zum Staat entwickeln

taz: Herr Habeck, die Grünen sind nach ihrem Wahldebakel tief verunsichert. Wie haucht man einer am Boden zerstörten Partei Selbstbewusstsein ein?
Robert Habeck: Neues Selbstbewusstsein kann man nicht einfach verordnen. Bei einer Partei wie den Grünen entsteht es nur durch einen offenen Diskurs. Der Länderrat, auf dem die wichtigsten Punkte angesprochen wurden, war der Anfang eines kathartischen Reinigungsprozesses, der notwendig ist. Wir befinden uns sicher noch im Tunnel, aber wir sehen bereits Licht. **Sie fordern, die Grünen müssten anders auf die Gesellschaft zugehen. Wie genau?**
Die Grünen müssen sich entscheiden, ob sie sich in einer Nische einnisten oder breit wirken wollen. Die Nischenantwort lau-

tet: Wir bleiben klein, fein und rein, kämpfen für unsere Wahrheiten und warten dann eben so lange, bis die Gesellschaft unser Steuerkonzept endlich verstanden hat. Das ist die „8 bis 10 Prozent“-Strategie. **Verraten Sie uns die Habeck-Strategie. Wir muten der Gesellschaft keine schmerzhaften Fragen zu und holen 25 Prozent?**
Das wäre Merkel-grün und auch falsch. Aber wir haben eben keine Fragen zugemutet und andere in die Situation gebracht, darauf Antworten geben zu müssen. Wir haben ausgestrahlt: Wir wissen alles. Und jeder, der was anderes weiß, liegt nicht nur falsch, sondern ist auch noch böse. **Was schlagen Sie also vor?**
Wir müssen den Gestus ändern, mit dem wir der Gesellschaft begegnen. Dieses „Wir gegen die“ ist

nicht mehr zeitgemäß. Und zahlenlastige Rechthaberei auch nicht. Stattdessen sollten die Grünen die Menschen da abholen, wo sie stehen, wo ihre Bedürfnisse sind. Nicht die Grüne Partei bestimmt, was die gesellschaftliche Mitte ist. Die Menschen tun es. **Auf die Mitte zugehen, das war der Job von Katrin Göring-Eckardt im Wahlkampf. Zielt Ihre Kritik auch auf sie, die ja Fraktionschefin werden will?**
Spitzenkandidaten stehen immer in der symbolischen Verantwortung. Wer gewinnt, ist der Held. Wer verliert, kriegt auf die Mütze. Das ist bitter und ungerecht, aber so funktioniert das politische Geschäft. Deswegen sollten die Realos sich eingestehen, dass gerade sie nicht die Kraft hatten, genug Ausstrah-

lung in bürgerliche Milieus zu entwickeln. Dass Jürgen Trittin wie Jürgen Trittin ist, wussten doch alle vorher. Das ausgleichende Element fehlte. **Große Frage: Wie müssen die Grünen im Jahr 2017 aussehen?**
Die Grünen müssen ihr emotionales Verhältnis zur Gesellschaft klären. „Wir leben in einem Scheißsystem, und das müssen wir attackieren und ändern.“ Dieser Satz aus den 80ern stimmt einfach nicht mehr. Es ist okay, in Deutschland zu leben, ja, es ist sogar schön. Und Merkel ist nicht Helmut Kohl geschweige denn Franz Josef Strauß. Wir repräsentieren längst selbst den Staat. Die Frage ist doch nur, welchen Staat, ob das Ganze auch freudvoll und cool sein kann. **Wirtschaftsverbände kämpften brutal gegen Steuerpläne der**

Grünen. Ist da Versöhnlichkeit nicht etwas naiv?
Klar tun sie das. Sie glauben, das ist ihre Daseinsberechtigung. Und die muss man verändern. Ich musste neulich vor 1.500 Bauern auftreten, die mich alle auspiffen. Solchen Menschen muss ich dann aber Brücken bauen, über die sie zu mir kommen können. Frei nach Max Frisch: Man soll dem anderen die Wahrheit nicht wie einen nassen Waschlappen um die Ohren schlagen, sondern sie hinhalten wie einen Mantel, in den man hineinschlüpfen kann. **Aber es geht doch um die Machtfrage. Eine Partei, die etwas will, muss sich in Konflikten positionieren.**
Genau. Und die Machtfrage haben wir nicht für uns entschieden. Wir haben sie verloren. Und

jetzt können wir jammern, dass die anderen böse sind, Großkapitalisten und Lobbyisten. Oder wir analysieren, wieso unsere Antworten nicht ausreichend angekommen sind.

INTERVIEW: ULRICH SCHULTE

Robert Habeck

Habeck, 44, ist Energiewendeminister und stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Er führte die Grünen als Spitzenkandidat im Landtagswahlkampf 2012, die Partei schaffte damals 13,2 Prozent – ihr bestes Ergebnis in dem Bundesland. Vor seiner politischen Karriere arbeitete er als Schriftsteller.



Foto: Axel Heimken/opa



Neonazis

Totschlag, Erpressung, Geldwäsche: Die Chefs der griechischen „Goldenen Morgenröte“ sitzen als Klub von Kriminellen in Haft



Der vor wenigen Tagen ermordete griechische Rapper und Aktivist Pavlos Fyssas, hier auf einem Foto vom Juni 2011 Foto: John D. Carnessiotis/ap

Partei als kriminelle Vereinigung

RECHT Juristisches Neuland: Wie kann man gegen die rechtsradikale „Goldene Morgenröte“ vorgehen? Die griechischen Neonazis sollen für über hundert Gewalttaten verantwortlich sein

ATHEN taz | Der griechische Minister für öffentliche Ordnung, Nikos Dendias, verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: Die rechtsextreme Partei „Goldene Morgenröte“ soll zwar nicht verboten, aber als „kriminelle Vereinigung“ behandelt und bestraft werden. Der entsprechende Straftatbestand im Art. 187 des griechischen Strafgesetzbuchs ist dem deutschen Paragraphen 129 im Strafgesetzbuch (StGB) nicht unähnlich: Die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ setzt einen auf Dauer angelegten organisatorischen Zusammenschluss von mindestens drei Personen voraus, die vorsätzlich Verbrechen begehen.

Nach dem griechischen Strafgesetzbuch handelt es sich um ein Dauerdelikt, das mit einer Strafe von bis zu zehn Jahren Haft belegt wird und in Tateinheit mit weiteren Straftaten sogar eine lebenslange Freiheitsstrafe zur Folge haben kann. Welche weiteren Straftaten in Betracht kämen, dokumentierte in der vergangenen Woche der Minister für öffentliche Ordnung in einer Vorlage an den Areopag, dem obersten Gericht Griechenlands. Dort ist die Rede von 33 Übergriffen in den vergangenen zwei Jahren.

Beispiele: Im Mai 2013 haben vermutliche Mitglieder der „Goldenen Morgenröte“ einen 14-jährigen Jungen aus Afghanistan mit einer gebrochenen Flasche angegriffen und schwer verletzt. Im September 2012 attackierten Rechtsextreme drei Migranten aus Pakistan an einer Bushaltestelle im Athener Vorort Metamorfosi und verletzten einen von ihnen durch Messerstiche. Zwei Monate später wurden zwei Studenten der kommunistischen Jugendorganisation KNE an einer Berufsschule in der Nähe von Thessaloniki angegriffen. Auch den tätlichen Angriff eines Neonazi-Abgeordneten auf den Bürgermeister der griechischen Hauptstadt Athen im Februar 2013 dokumentiert Dendias. Dazu kommen etliche Schlägereien und Drohungen gegen Ausländer, vermutliche Linke, Andersdenkende und Journalisten.

Die Linksopposition wirft dem Minister vor, weitere Übergriffe „vergessen“ zu haben, und überreicht ihrerseits dem obersten Gerichtshof Griechenlands eine Liste mit mehr als 150 Vorfällen rechtsextrem motivierter Gewalttaten im Zeitraum von 1992 bis 2012.

Nach Auffassung der Athener Staatsanwaltschaft sei die „kriminelle Vereinigung“ im vorliegenden Fall straff nach dem Führerprinzip organisiert, wobei der 56-jährige Parteichef Nikos Michaloliakos unbestritten das Sagen hat und der Fraktionssprecher der „Goldenen Morgenröte“ im Parlament, Christos Pappas, als dessen Vizechef fungiert. Über 24 Stunden lang wurde Pappas polizeilich gesucht, am Sonntagnachmittag hat er sich freiwillig gestellt. „Ich komme hierher auf eigene Faust und habe nichts zu verbergen“ sagte er trotz der vor dem Polizeipräsidium weilenden Journalisten.

Schon in den 1970er Jahren war Michaloliakos der Polizei aufgefallen. Im Dezember 1976 soll er, gemeinsam mit anderen rechten Schlägern, Journalisten angegriffen und mindestens fünf von ihnen schwer verletzt haben, doch seine Taten wurden für verjährt erklärt.

1993 gründete Michaloliakos die „Goldene Morgenröte“. Lange blieben die Neonazis eine Randerscheinung der griechischen Politik. Erst in der Eurokrise wuchs die Partei, die heute mit insgesamt 18 Abgeordneten im Parlament vertreten ist.

Nach der ersten Verhaftungswelle rief die „Goldene Morgenröte“ ihre Mitglieder via SMS zu einer massiven Protestkundgebung vor dem Athener Polizeipräsidium am Samstagabend auf, doch es kamen nicht mehr als 300 Parteianhänger.

Dabei hat die „Goldene Morgenröte“ nach eigenen Angaben „Tausende Mitglieder“ – wie viele genau, will die rechtsextreme Organisation nicht verraten, möglicherweise, um nach jedem Übergriff behaupten zu können, der Täter habe mit ihr überhaupt nichts zu tun.

JANNIS PAPADIMITRIOU

Neonazis in Handschellen

GRIECHENLAND Die gesamte Parteiführung der „Goldenen Morgenröte“ wird festgenommen und als „kriminelle Vereinigung“ behandelt. Erst ein Mord brachte die Justiz in Bewegung

AUS ATHEN
JANNIS PAPADIMITRIOU

Bilder mit Symbolwirkung: In Handschellen wird der 56-jährige Nikos Michaloliakos, Parteichef der rechtsextremen „Goldenen Morgenröte“, vor laufenden Kameras abgeführt. Abgeordnete der Neonazipartei werden vor laufenden Kameras zum Athener Polizeipräsidium gebracht, begleitet von Antiterrorereinheiten der griechischen Polizei. Auf Michaloliakos folgen der Parteisprecher Ilias Kassidiaris, der für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständige Abgeordnete Jannis Lagos, Agitator Ilias Panagiotaros und weitere Parteimitglieder. Sie wirken alle überrascht, manche schreien und drohen, gestikulieren mit Kopf und Schultern.

„Wir werden uns nicht beugen“, ruft der ehemalige Elitesoldat Kassidiaris in die Menge. Danach sieht es im Moment nicht aus: Den führenden Köpfen der „Goldenen Morgenröte“ wird vorgeworfen, eine „kriminelle Vereinigung“ gebildet zu haben. Weitere vermutete Straftaten: Totschlag, Körperverletzung, Erpressung, Sprengstoffanschläge sowie Geldwäsche. Unter anderem sollen die Rechtsradikalen Schutzgelder von Geschäftsinhabern wie auch von Migranten erpresst haben. Den Neonazis drohen Haftstrafen, möglicherweise sogar lebenslange.

Auslöser für das harte Durchgreifen der Justiz war der Mord an dem HipHop-Musiker und antifaschistischen Aktivisten Pavlos Fyssas. Der mutmaßliche Täter wurde auf frischer Tat ertappt und festgenommen; er gab sich als Mitglied der „Goldenen Morgenröte“ aus. Die rechtsextreme Partei bestreitet jede Ver-

antwortung, doch die Staatsanwaltschaft soll in den letzten Tagen herausgefunden haben, dass der Mörder vor und nach der Tat in ständigem Kontakt mit führenden Parteimitgliedern gewesen ist.

„Es war das allererste Mal, dass der Angreifer auf frischer Tat ertappt wurde. Nach diesem Vorfall konnte man über das Problem nicht einfach hinwegsehen“, erklärte der sozialistische Politiker Antonis Liaros und nannte „das Problem“ auch gleich beim Namen: „In der Vergangenheit gab es vielerorts Verzögerungen; ich würde sogar behaupten, dass manche Verantwortliche abgeneigt waren, gegen die Rechtsextremen vorzugehen“, klagt der Politiker über die Koalitionsregierung unter Führung des konservativen Premiers Antonis Samaras.

Nicht nur Liaros ist der Auffassung, dass der eine oder andere Staatsdiener auf dem rechten Auge blind war; auch die Staatsanwaltschaft scheint diesem Verdacht nachzugehen. Am Samstag wurden auch zwei Polizisten aus Piräus festgenommen. Nach Informationen der Wochenzeitung *Proto Thema* sei einer von ihnen damit beauftragt gewesen, Anzeigen wegen ausländerfeindlicher Angriffe entgegenzunehmen und sachdienliche Hinweise weiterzuleiten, habe aber nicht seine Vorgesetzten bei der Polizei, sondern die Parteimitglieder der „Goldenen Morgenröte“ benachrichtigt.

„Diese Festnahmen hätten vor zwei oder drei Jahren stattfinden müssen“, klagt Javed Aslam, Vorsitzender der pakistanischen Gemeinde in Griechenland. Der Mann ist sich sicher: „Hätte der Staat damals durchgegriffen, dann hätte er auch neunhundert



„Wir werden diese neofaschistische Neonazi-Missgeburt auseinandernehmen“

REGIERUNGSPRECHER
SIMOS KEDIKOGLOU

bis eintausend rassistisch motivierte Angriffe in diesem Land verhindern können.“

Das Zögern gegenüber den Rechtsextremen hat wohl auch damit zu tun, dass die griechische Verfassung weder ein Parteienverbot noch eine Verfassungsgerichtsbarkeit vorsieht. Selbst nach der Festnahme der gesamten Führungsriege der „Goldenen Morgenröte“ sind die meisten Verfassungsjuristen Griechenlands der Ansicht, dass ein Verbot der 1993 gegründeten Partei praktisch unmöglich ist.

Als im vergangenen Juni der damalige Justizminister Antonis Roupakiotis von der „Demokratischen Linken“ ein schärferes Antirassismugesetz ins Parlament einbrachte, das harte Strafen für Verbalrassisten und Holocaustleugner vorsah, lehnten die Konservativen diesen Entwurf strikt ab.

Die Demokratische Linke wechselte in die Opposition, das Antirassismugesetz geriet in Vergessenheit. Erst nach dem Tod von Pavlos Fyssas versprach der konservative Minister für öffentliche Ordnung, Nikos Dendias, ein hartes Durchgreifen – allerdings auf der Grundlage geltender Gesetze über die „Bildung krimineller Vereinigungen“.

Der Kommentator Alexis Papachelas glaubt, dass der Minister gegen Widerstände kämpfen musste, nicht zuletzt in deiner eigenen Partei: „Dendias hat eine tapfere Entscheidung getroffen, aber auch ein Risiko auf sich genommen, da nicht alle Regierungsmitglieder seiner Meinung waren“, sagt Papachelas. Eindeutig äußerte sich da Regierungssprecher Simos Kedikoglou: „Wir werden diese neofaschistische Neonazi-Missgeburt auseinandernehmen“, sagte er.



Anhänger der „Goldenen Morgenröte“ protestieren gegen die Festnahmen. Nur wenige hundert Menschen beteiligten sich Foto: dpa



Syrien

Es gibt den zivilen und es gibt den bewaffneten Widerstand.
Doch dieser zerfällt in immer mehr verfeindete Flügel



Aleppo, 25. September: Ein Kämpfer der Freien Syrischen Armee (FSA) transportiert eine Kanone mit dem Traktor Fotos: reuters

Das Ende der Toleranz

„Zugegeben, es sind Fanatiker, aber sie helfen uns“, sagt Abu Adel, der sich der Freien Syrischen Armee angeschlossen hat. Den religiösen Eifer der Al-Qaida-Kämpfer nimmt er bis zum Sturz Assads hin

AUS ALEPPO
GABRIELE DEL GRANDE

Bevor der Krieg ausbrach, arbeitete Iqbal im Erdölministerium. Er ist seit 2011 auf allen Demonstrationen gewesen, solange noch Gewaltlosigkeit die Losung war. Der Federhalter in seiner Hand stammt von einer Kollegin. Eine junge Alawitin, aus der Minderheit, der auch die Präsidentenfamilie Assad angehört. Sie gab Iqbal den Stift, bevor sie wegging. Das war im vorigen Jahr, die Feuergefechte in Aleppo hatten gerade begonnen. Seither hat der Ingenieur sie nicht mehr gesehen. Die Kollegin ist nach Lattakia geflüchtet, an die Küste, wo die Mehrzahl der Alawiten lebt. Iqbal betrachtet den Stift in seiner Hand und sagt dann: „Wenn sie sie finden, schneiden sie ihr die Kehle durch.“

Der Krieg in Syrien wird mit dem Ende des Regimes nicht vorbei sein. Es könnte noch schlimmer kommen – eine grausame Abrechnung mit den Alawiten. Und deswegen glaubt Iqbal nicht mehr an die Revolution. Er ist nicht allein damit. Neben den Fürsprechern des Friedens, all den Leuten, die müde sind, die es satt haben und die bereit sind, die Freiheit gegen Sicherheit einzutauschen, wächst die Gruppe der Reumütigen. Gestern marschierten sie noch auf der Straße, heute wissen sie nicht mehr, mit wem sie demonstrieren sollen, weil sie fürchten, das Land verwandelt sich in ein Meer aus Blut. Sie haben Angst zu reden, weil sie in den Augen der Freien Syrischen Armee (FSA) und ihrer islamistischen Flügel nicht als Verräter gelten wollen. Wenn man hartnäckig nachfragt, geben sie zu, dass, seit die Bewegung zu den Waffen gegriffen hat, zu viele Fehler gemacht wurden. Für Iqbal war die

Geschichte mit den plündern den FSA-Kämpfern in Aleppo noch das geringere Übel. Was ihn viel mehr beunruhigt, ist der Pakt mit den Milizen der Fundamentalisten.

Iqbal meint nicht den Revoluzzer-Look der jungen Männer in Aleppo: Tarnanzug und wilder Bartwuchs, was sie halb wie Partisanen halb wie Dschihad-Kämpfern aussehen lässt. Er meint nicht die Reden des Imam am Freitag in der Moschee, die den Wert der toten Märtyrer preisen. Er meint nicht die Milizen der Salafisten und die syrischen Muslimbrüder, die Geld von Saudi-Arabien und aus Katar erhalten. Er meint auch nicht die Amerikanern und ihre Ziele in Syrien.

„Noch sind sie eine Minderheit, aber sie sind äußerst gefährlich“

WASSIM, ZIVILER AKTIVIST AUS ALEPPO, ÜBER AL-QAIDA IN SYRIEN

Iqbal spricht von al-Qaida, die in Syrien mit zwei Gruppierungen vertreten ist: der Gruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (Isis), Gefolgsleuten von Abu Bakr al-Baghdadi im Irak, sowie der Al-Nusra-Front, die von Mohammad al-Julani angeführt wird und zu den Getreuen von Al-Qaida-Chef Aiman al-Sawahiri zählt. Auch wenn sie konkurrieren und einander bekämpfen, haben die beiden Gruppen ein gemeinsames Ziel: ein islamisches Kalifat in Syrien zu schaffen. Aus diesem Grund erkennen sie die syrische Opposition nicht an, nicht einmal die Führung der Freien Syrischen Armee, auch wenn sie mit ihr punktuell militärisch zusammenarbeiten.

Dafür, dass sie eine Minderheit sind (sie sollen etwa 10 Prozent der bewaffneten Kräfte der Opposition stellen), machen die Al-Qaida-Leute in Syrien viel von sich reden. Das verdanken sie ihren bedeutenden militärischen Eroberungen durch die Selbstmordanschläge, das verdanken sie ihrem religiösen Fanatismus, mit dem sie die von ihnen verwalteten Zonen regieren (Rakka, einige Dörfer in der Umgebung von Idlib und Aleppo, Deir al-Sor). Was auch zählt, ist, wie mühelos sie über jeden Verdacht einer Zusammenarbeit mit dem Regime erhaben scheinen. Außerdem macht ihr Fanatismus vielen schlicht Angst.

Auch Wassim geht es so. Man findet ihn im Lokal der Aktivisten seines Viertels in Aleppo, wo er jetzt als Bürgerjournalist auf Facebook berichtet. „Zu Beginn der Revolution haben wir ‚eins, eins, eins‘ gesungen. ‚Das syrische Volk ist eins‘“, sagt er. „Das stimmt nicht mehr. Die Aktivisten im Exil werden dir zwar sagen, dass die syrische Gesellschaft gemäßigt und tolerant ist und dass das Sektierertum nicht die Oberhand gewinnen wird. Das mag ja für uns Zivilisten gelten, aber nicht für die Rebellen.“

Um besser zu erklären, was er meint, geht Wassim ins Internet und zeigt ein Youtube-Video. „Polizei der Ungläubigen, wartet ihr Alawiten, wir werden euch die Kehle aufschlitzen. Schiiten, wir werden euch abschlachten!“ Der Sänger ist kein Syrer. Vom Akzent her könnte er Saudi sein: dichter Bart, kariertes Shirt und lilafarbene Jacke. Er schwenkt das Mikro und singt das Lied, das viele in Angst versetzt: die Hymne der Al-Qaida-Brigaden in Syrien gegen die Schiiten. „Unser Führer ist Bin Laden. Unser Führer ist Mullah Omar. Wir haben



Aleppo, 21. September: FSA-Rebellen suchen Deckung vor Heckenschützen

Gespaltene Opposition

■ Der Vorsitzende des Oppositionsbündnisses Nationale Koalition (NK) mit Sitz in Istanbul, Ahmed Dscharba, hat den syrischen Islamisten vorgeworfen, „unsere Revolution zu stehlen“. Das Regime habe terroristische Organisationen „geschaffen und bewaffnet“ und ihnen Gebiete überlassen, aus denen die Regimetruppen vertrieben worden seien, sagte Dscharba in New York gegenüber Vertretern der „Freunde Syriens“, ein Staatenbündnis, das den Sturz Baschar al-Assads befürwortet. Am Wochenende traf sich UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erstmals mit Dscharba. ■ Letzte Woche hatten islamistische Brigaden, darunter drei, die bisher unter dem Banner der FSA kämpften, eine Erklärung herausgegeben, in der sie sich von der NK distanzieren und für die Einführung der Scharia aussprachen. Von den beiden Al-Qaida-Gruppen in Syrien ist die Al-Nusra-Front Mitunterzeichnerin, während die Signatur des „Islamischen Staats im Irak und in Syrien“ fehlt. (b.s.)

Amerika zerstört. Ein Flugzeug hat die Twin Towers in Staub und Asche gelegt!“

Der Videoclip wurde im Juni 2013 in Taftanas in der Idlib-Provinz gedreht. Wassim drückt auf „Pause“ und zeigt ein Bild mit Solidaritätsbekundungen für al-Qaida in Mali. Dann drückt er wieder auf „Play“. Um den Sänger herum sieht man Dutzende junger Männer, die die schwarzen Flaggen von al-Qaida schwenken und skandieren: „Ihr nennt uns Terroristen, das ehrt uns.“ Und noch mal: „Ihr Schiiten, wir kommen und schlachten euch ab!“

Was für ein Unterschied: die Slogans der gewaltfreien Bewegung von 2011 und die Hassparolen, die das Syrien des Krieges infiziert haben. Wassim blödeln einen Moment herum und trällert den Refrain des Liedes, dann macht er den Computer aus und zündet sich eine Zigarette an. „Noch sind sie eine Minderheit“, sagt er, „aber sie sind äußerst gefährlich. Sie glauben, einen Krieg gegen die Alawiten und gegen die Schiiten im Allgemeinen kämpfen zu müssen, weil Assad

diese Allianzen mit dem Iran und der Hisbollah hat. Es sind ungebildete Jungs aus der Unterschicht. Die Waffen sind ihnen zu Kopf gestiegen, haben sie grausam werden lassen. Zu töten ist banal geworden. Sie wollen nur das Blut des Feindes.“

Es scheint, als hätte das Regime eine Zeitbombe gelegt. Seit Beginn der Proteste hat Assad darauf gesetzt, die Bevölkerung zu spalten. Er ließ die sunnitischen Viertel von den alawitischen aus bombardieren und rekrutierte unter den Alawiten die Männer für seine Tötungskommandos. Es dauerte nicht lange, bis der jahrhundertalte Hass wieder hochkam, eine Folge der vielen Kriege zwischen Sunniten und Schiiten. Für die Al-Qaida-Kämpfer in Syrien sind Alawiten und Schiiten der Feind schlechthin, Ungläubige; ihr Blut soll das der 150.000 sunnitischen Märtyrer reinwaschen, die in diesen zwei Jahren von den Truppen des Regimes ermordet wurden.

Abu Adel hat mit Al-Qaida-Leuten an verschiedenen Fronten gekämpft. Noch vor zwei Jahren wollte er Ingenieur werden und interessierte sich leidenschaftlich für Fußball. Zu den ersten Protestmärschen ging er gemeinsam mit Wassim. Dann trennten sich ihre Wege. Wassim engagierte sich im zivilen Widerstand, Abu Adel schloss sich dem bewaffneten Kampf an.

„Fast alle sind Ausländer“, sagt er über die Isis-Leute. „Die wichtigste Miliz ist die aus dem Kaukasus, Tschetschenen, die sich aber Anfang September von der Isis losgesagt haben, weil sie ihnen zu extremistisch seien. Und das aus ihrem Mund! Die anderen sind überwiegend Libyer, Algerier, Tunesier, aber es sind auch Jungs aus Pakistan, Australien und Europa dabei. Die kontrollieren die Grenze bei Atma, von dort schmuggeln sie Waffen und Freiwillige aus dem Ausland rein.“

Auch aus Europa. Franzosen, Engländer, manche ohne militärische Erfahrung. „Einige kommen mit dem aufrichtigen Wunsch, ihren syrischen Brüdern zu Hilfe zu eilen“, sagt Abu Adel. „Aber es gibt auch ganz andere Kandidaten. Ich habe einen Typen aus Dagestan getroffen, auf dessen Arm ein Kreuz tätowiert war. Das Jahr zuvor schlief er noch auf den Straßen Moskaus, ein Alkoholiker. Dann lernte er einen Tschetschenen kennen, konvertierte und kam als Kämpfer hierher. Ein anderer, Tadschike, hat dreißig Jahre Dschihad hinter sich. Dreißig Jahre! Der war in Afghanistan, Tschetschenen, im Irak, in Somalia, und bevor er hierher kam, in Mali.“

Abu Adel lächelt ein bisschen, während er erzählt. „Es sind Fanatiker, zugegeben, aber sie helfen uns. Wenn das Regime gestürzt ist, werden wir uns mit ihnen auseinandersetzen.“

Nur fünf Tage später haben Al-Qaida-Kämpfer in Asas, drei Kilometer vor der türkischen Grenze, Truppen der Freien Syrischen Armee angegriffen, das war am 18. September. Die Auseinandersetzungen endeten mit einem Waffenstillstand. Niemand glaubt, dass er lange halten wird. Im Gegenteil, die meisten denken, dass jetzt die Stunde der Abrechnung zwischen Islamisten und Gemäßigten gekommen ist. Ein interne Front, die die bewaffnete Opposition schwächen und das Regime stärken könnte. Aus dem Italienischen Sabine Seifert

NACHRICHTEN

BUNDESPRÄSIDENT

Gauck fühlt sich von seinem Amt gestresst



Müder Bundespräsident: Joachim Gauck Foto: dpa

HAMBURG | Bundespräsident Joachim Gauck macht sein Amt offenbar zu schaffen. Die Arbeit könne „nicht in diesem Tempo und in dieser Intensität weitergehen“, zitiert der *Spiegel* Aussagen Gaucks aus einer neuen Biografie des Staatsoberhauptes. Auch enge Mitarbeiter beschreiben in dem Buch des Autors Mario Frank demnach die Belastung Gaucks. Gauck beklage die vielen Terminzusagen, die seine Vorgänger gemacht hätten und die er nun erfüllen müsse, zitierte der *Spiegel* Aussagen Hirschs. Die „intellektuelle und körperliche Bürde des Amtes“ belaste den Bundespräsidenten. (afp)

PLAGIATSVORWÜRFE

Steinmeier setzt sich zur Wehr

BERLIN | SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier setzt sich gegen Plagiatsvorwürfe wegen seiner juristischen Doktorarbeit zur Wehr. Die Anschuldigungen des Münsteraner Hochschullehrers Uwe Kamenz, Steinmeier habe in seiner Promotion von 1991 unsauber zitiert, sei absurd, sagte der Politiker dem Magazin *Focus*. Einer Überprüfung der Arbeit durch die Universität Gießen sehe er mit Gelassenheit entgegen. Die Hochschule werde am Montag über ihr weiteres Vorgehen entscheiden, sagte eine Sprecherin dem *Focus*. (rtr)

BUNDESBANKCHEF

Werben für weniger Kündigungsschutz

BERLIN | Bundesbankpräsident Jens Weidmann spricht sich für weniger Kündigungsschutz bei gleichzeitig besserer Absicherung aus. Es komme auf das Gesamtpaket an, sagte Weidmann der *Welt am Sonntag*: „Unternehmen benötigen genügend Handlungsspielräume und Planungssicherheit, Arbeitnehmer zugleich hinreichend Schutz. Es geht darum, das Wirtschaftsleben einfacher, berechenbarer und flexibler zu machen.“ Er forderte die nächste Bundesregierung auf, den Arbeitsmarkt dynamischer zu machen. (rtr)

ORGANSPENDESKANDAL

In Münster wird ermittelt

MÜNCHEN | Nach dem Bekanntwerden mutmaßlicher Manipulationen bei Organspenden in Münster hat die Staatsanwaltschaft nun offiziell Ermittlungen aufgenommen. Bei den Vorermittlungen habe sich ein Anfangsverdacht ergeben, sagte Oberstaatsanwalt Heribert Beck der *Süddeutschen Zeitung*. Ermittelt werde zunächst gegen den Leiter der dortigen Klinik für Transplantationsmedizin, da dieser der formal Verantwortliche sei. Über eine Anklage gegen ihn oder andere Ärzte werde in einigen Monaten entschieden.

DAS WETTER

Im Großen und Ganzen ganz schön

Seit Langem gibt es zum Wochenbeginn mal wieder fast überall sonniges Herbstwetter. Nur im äußersten Norden wird es nicht ganz so nett, es breiten sich Schleierwolken von der Nordsee her in Richtung Brandenburg aus. Wie in den Vortagen halten sich auch im Süden die Wolken recht zäh. Aber abgesehen von ein paar Schauern an den Alpen bleibt es trocken. Die Temperaturen liegen zwischen 13 und 18 Grad. Dabei weht ein ziemlich kräftiger Ostwind.

Nur nicht fürs Protokoll

NSU Ein ehemaliger V-Mann will 2006 eine Waffenübergabe des mutmaßlichen NSU-Mörders Mundlos beobachtet haben. Die Polizei blockte ab

HAMBURG *taz* | Der Deckname war „Heidi“. Sieben Jahre galt Thomas M. alias „Heidi“ der Dortmunder Polizei als guter Informant. Nach dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU 2011 meldete sich der frühere Taxifahrer M. bei Kriminalhauptkommissar J., da er auf einem Foto das NSU-Mitglied Uwe Mundlos wiedererkannt haben will.

M. habe Mundlos und eine Frau – Beate Zschäpe? – am 1. April 2006 am Dortmunder Hauptbahnhof zusammen mit dem „Gesinnungskameraden“ Toni S. in seinem Taxi abgeholt.

Ex-V-Mann M. ist sich sicher, Mundlos erkannt zu haben: „Zu 100 Prozent“

Während einer weiteren Fahrt am selben Tag, die Frau sei nicht mehr mit dabei gewesen, habe Mundlos Toni S. eine Waffe übergeben, so M. zur *taz*. S. hätte daraufhin M. die Waffe samt Munition für 1.000 Euro angeboten. Doch Hauptkommissar J. habe diese Beobachtung damals nicht protokollieren wollen, „da er sonst in Teufels Küche käme“. S. genieße „einen gewissen Schutz“.

Drei Tage nach der Taxifahrt, am 4. April 2006, wurde der türkischstämmige Mehmet Kubasik mit mehreren Kopfschüssen vor dessen Kiosk getötet. Der Mord wird dem NSU zugeschrieben.

M., der von 2005 bis 2012 die Dortmunder Polizei mit Hinweisen aus der rechten Szene versorgte, will „die Sache“ nicht auf

sich beruhen lassen. In einen Brief hat er sich über seinen Anwalt an den Rechtsbeistand der Familie Kubasik im laufenden NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München gewendet.

M.s Aussagen werfen auch Fragen zur Rolle von Toni S. auf. 2002 war bei einem Verfahren gegen S. vor dem Landgericht Berlin aufgefliegen, dass S. mit dem Brandenburger Verfassungsschutz zusammenarbeitete. In der Szene sei er dennoch weiter aktiv gewesen: „Ich habe ihn zu Herren der NPD gefahren“, sagt M., der darüber auch beim BKA aussagte und S. 2005 kennengelernt haben will: „Er wurde Stammkunde bei mir.“

Das BKA hielt im März J. die Aussagen von M. vor. J. verneinte, durch M. von der Waffe gehört zu haben.

Im November 2013 trafen sich M. und J., nachdem M. sich wegen der Wiedererkennung von Mundlos gemeldet hatte. Bei dem Gespräch soll J. zu M. gesagt haben, „dass er das mit der Waffe von damals nicht mehr schreiben kann“. Beim BKA tritt der Beamte dies ab, bestätigte aber, dass M. Mundlos identifiziert haben wolle.

Am Montag ist im Münchner NSU-Prozess eine Aussage der Zeugin Veronika von A. geplant. Sie will die Hauptangeklagte Beate Zschäpe vor dem Mord in Dortmund gesehen haben. Es wird aber nicht ausgeschlossen, dass es sich um eine Verwechslung handelte. M. indes ist sich sicher, Mundlos erkannt zu haben: „zu 100 Prozent“. Auch er soll noch als Zeuge in München aussagen: „Ich warte auf den Termin.“ **ANDREAS SPEIT**

Mal mit der Merkel reden

SPD-PARTEIKONVENT

Genossen für Sondierungsgespräche mit der Union. Mitgliedervotum soll über möglichen Koalitionsvertrag entscheiden

AUS BERLIN ANJA MAIER

Ulrike Bahr hat eine anstrengende Woche hinter sich. Am 22. September hat die Augsburger Hauptschullehrerin ein Bundestagsmandat gewonnen. Und schon bei den Fraktionssitzungen am Dienstag und Mittwoch in Berlin und dann beim SPD-Konvent am Freitagabend hat die 49-jährige erlebt, was das heißt, wenn die Sozialdemokraten die Krise kriegten.

Ulrike Bahr, die Neue in der SPD-Bundestagsfraktion, war dabei, als die Genossen im Willy-Brandt-Haus stundenlang darüber diskutierten, ob sie nach ihrem mäßigen 25,7-Prozent-Ergebnis bei der Bundestagswahl mit der Union koalieren sollten. Oder besser: ob sie überhaupt mit Merkel reden möchten.

Und ja, sie sollen. Mit fünf Gegenstimmen und drei Enthaltungen haben die Genossen den Weg freigemacht für Sondierungsgespräche. Nach einer ersten Runde, die in dieser Woche stattfinden könnte, soll der Parteikonvent erneut tagen und darüber entscheiden, ob Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden. Falls ja, soll nach Abschluss dieser Verhandlungen ein „bindendes Mitgliedervotum“ darüber befinden, ob die SPD dem Koalitionsvertrag zustimmt. Ein riskantes Verfahren, das die SPD im Falle eines Schei-



Chefunterhändler: Parteichef Gabriel, Ex-Kanzlerkandidat Steinbrück, Fraktionschef Steinmeier (v. l.) F.: Jensen/dpa

terns als Chaostruppe dastehen ließe. Und an dessen Ende die Parteiführung kippen könnte.

Ulrike Bahr ist zufrieden mit diesem ersten Ergebnis. „Sehr konstruktiv“ fand sie die Stimmung unter den Delegierten, „mutig“ das Verfahren. Großen Respekt hat sie davor, dass Parteichef Gabriel „sich einlässt. Er geht ein Risiko ein, das ist anerkannt worden.“ Messlatte für alle weiteren Schritte müsse aber das SPD-Wahlprogramm sein: „Es kommt auf unsere Inhalte an.“

Bevor es jedoch um ebendiese geht, stecken Partei und Fraktion schon mal die personellen Claims ab. Laut Medienberichten möchte die SPD in einer schwarz-roten Regierung sechs Ministerposten beanspruchen. Zudem steht bereits die Besetzung der Verhandlungsdelegation fest. Neben der Führungstroika aus Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück sollen ihr Generalsekretärin Andrea Nahles sowie die Minister-

Bevor es um Inhalte geht, stecken Partei und Fraktion die personellen Claims ab

präsidenten Olaf Scholz und Hannelore Kraft angehören.

Für den gescheiterten Kanzlerkandidaten Steinbrück würden die möglichen Verhandlungsgespräche zur persönlichen Abschiedsrunde: er werde kein weiteres Spitzenamt in der SPD anstreben, verkündete er am Freitagabend.

Kraft, stellvertretende SPD-Vorsitzende und entschiedene Kritikerin einer Großen Koalition, schraubte die Erwartungen auf eine zügige Einigung unterdessen herunter. Sondierungsgespräche seien noch keine „Schnellstraße in Richtung Große Koalition“, sagte sie dem WDR. „Wir werden unsere Inhalte nicht auf dem Ramschtisch verhö-

kern.“ Man habe „keine Angst vor einer großen Koalition. Wir haben aber auch keine Angst vor Schwarz-Grün oder Neuwahlen.“

Ulrike Bahr sieht nun Arbeit auf sich zukommen. 1.500 GenossInnen in 21 Ortsvereinen gibt es allein in ihrem Unterbezirk. Ob die nach dem mäßig erfolgreichen SPD-Wahlkampf schon wieder für ein mögliches Mitgliedervotum zu mobilisieren sind? „Sondierungsgespräche“, sagt Bahr, „sind selbstverständlich, aber der Maßstab sind und bleiben die Inhalte.“

Genauso sieht das Parteichef Gabriel. Seine SPD gehe „selbstbewusst in die Gespräche“. Man habe den Auftrag der Wähler, für einen Politikwechsel zu sorgen, „insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, bei Löhnen, bei der Entwicklung des Bildungssektors, bei Kommunen“. Zwei Knackpunkte fehlten in seiner Aufzählung: das Betreuungsgeld der Union und Steuererhöhungen. Meinung + Diskussion SEITE 12

tazpresso-Dose

Die richtige Dose für den besten Espresso.
Aufbewahrungsdose aus Blech im tazpresso-Design, für 250 g Kaffee.

€ 300

➔ 10 % Rabatt für taz-AbonentInnen & taz-GenossInnen

taz Shop
Rudi-Dutschke-Straße 23 | 10969 Berlin
T (030) 2590 21 38 | F (030) 2590 25 38
tazshop@taz.de | www.taz.de

Gaschke droht Disziplinarverfahren

STEUERDEAL Schleswig-Holsteiner Kommunalaufsicht prüft juristische Schritte gegen Kieler SPD-Oberbürgermeisterin. Sie soll einem Arzt rechtswidrig Zinsen in Millionenhöhe erlassen haben

HAMBURG *taz* | Die Kieler Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke (SPD) könnte mit zehn Monaten bereits die längste Zeit im Amt gewesen sein. Denn sie hat sich mit drei der mächtigsten Parteifreunde in Schleswig-Holstein angelegt: mit Ministerpräsident Torsten Albig, Parteichef Ralf Stegner und dessen Vize und Innenminister Andreas Breitner. Grund ist, dass die Kommunalaufsicht des Landes am Freitag Gaschkes Steuerdeal mit einem Augenarzt für rechtswidrig er-

klärte und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens prüft.

Gaschke, Exredakteurin der Wochenzeitung *Die Zeit*, unterstellt Albig, „persönlich in dieses Verfahren eingegriffen“ zu haben. Der Genosse Ministerpräsident findet das eine „unglaubliche Verdächtigung“, gegen die er sich juristische Schritte vorbehalte.

Am schlimmsten für Gaschke dürfte jedoch eine knappe Stellungnahme des Innenministeriums sein, dem die Kommunal-

aufsicht untersteht. Gaschke hatte erklärt, die Entscheidung erst erhalten zu haben, nachdem sie bereits „Rundfunk und Agentur“ vorgelegen habe. Breitner lässt klarstellen, Gaschke sei am Freitagvormittag „als Betroffene vorab und vor allen anderen telefonisch über das Ergebnis der Prüfung informiert worden“.

Ende Juni hatte Gaschke einem Mediziner Zinsen und Säumniszuschläge in Höhe von 3,7 Millionen Euro erlassen. Der Arzt stottert im Gegenzug in ei-

nem jahrelangen Verfahren fällige Gewerbesteuern in Höhe von 4,1 Millionen Euro ab. Gaschke hatte ihre Entscheidung mit der wirtschaftlichen Lage des Schuldners begründet. Zugleich stellte sie die Frage, warum die Forderungen nicht bereits vor Jahren vollstreckt wurden. Damit spielte sie auf ein mögliches Fehlverhalten ihres Vorgängers Albig an. Gaschke stellte auch klar, dass sie ihren von der Landtags-FDP geforderten Rücktritt ablehne. **SVEN-MICHAEL VEIT**

Mit Superhelden durch den Kiez

AKTIONSTAG Tausende haben am Samstag in verschiedenen Städten gegen steigende Mieten protestiert. In Hamburg wurde kurzzeitig ein leer stehendes Geschäftshaus besetzt

VON GESA STEEGER
UND KAI VON APPEN

BERLIN / HAMBURG *taz* | Ein Superheld huscht durch die Menge. Ihm dicht auf den Fersen ein Zweiter. Ihre Botschaft ziehen sie auf wehenden Fahnen hinter sich her: die Revolution. Von unten. Sie begleiten das Berliner Aktionsbündnis „Wir bleiben alle“, das an diesem Samstag in Berlin zum Protest geladen hat.

Mehrere tausend Menschen haben sich am Samstag in verschiedenen deutschen Städten am bundesweiten Aktionstag „Keine Profite mit der Miete“ beteiligt. In Hamburg seien mehr als 5.000, in Berlin mehr als 3.000 Menschen gegen steigende Mieten und die Verdrängung aus ihren Vierteln auf die Straße gegangen, teilten die Veranstalter am Sonntag in Berlin mit. Auch in Frankfurt am Main, Düsseldorf, Freiburg, Bremen, Leipzig und weiteren Orten gab es kleinere Demonstrationen.

In Berlin sind Wutbürger, Gewerkschafter, Anwohner, verkleidete Hausbesetzer und Studenten gekommen. Vollbärte, Leopardenleggings und wetterfeste Windjacken bestimmen das Bild. Geraucht wird Selbstge-drehtes. Auf den Schildern und Transparenten stehen Forderungen wie: „Unser Haus, Investoren raus“. Über den Köpfen weht, wie ein großes Fragezeichen, ein Banner: „Wem gehört Berlin?“

„Berlin gehört momentan den falschen Leuten“, erklärt Lea Voigt, Pressesprecherin von „Wir bleiben alle“, während ihr Kollege noch am Lautsprecherwagen herummacht. Dass jetzt erstmals bundesweit für die gleiche Sache demonstriert werde, sei ein großer Erfolg. „Menschen, die normalerweise nichts mit Politik am



Unter denen, die jetzt auf die Straße gehen, sind viele selbst Betroffene: hier eine Demonstrantin in Berlin-Kreuzberg Foto: Stefan Boness/Ipon

Hut haben, gehen jetzt auf die Straße“, sagt Voigt. „Ich glaube, da kommt ein neuer sozialer Konflikt auf, den bisher noch niemand auf dem Schirm hat.“

Von den Stufen der Emmaus-Kirche ertönt plötzlich Beethovens neunte Symphonie. Aus brummigen Männerkehlen. Die Gegner des geplanten Ausbaus der Autobahn A100 singen ihren Protest laut hinaus. Unter lauten Trommelschlägen und wildem

In Berlin sollen 3.000, in Hamburg mehr als 5.000 auf die Straße gegangen sein

Pfeifen setzt sich der Demonstrationzug in Bewegung. Vor einem unscheinbaren Haus, aus dem Anfang des Jahres eine Familie unter großem Protest

zwangsgeräumt wurde, entrollen Nachbarn ein Plakat mit der Aufschrift: „Stadt für alle“. Weiter geht es aus Kreuzberg über die Oberbaumbrücke und die Spree in den Nachbarbezirk Friedrichshain. Ein paar Superhelden skandieren lautstark: „Miete macht uns sauer, Superheldenpower!“

In Hamburg schlängelte sich die Demonstration derweil vom Kiez in St. Pauli, wo gerade die sogenannten Esso Häuser vom Abriss bedroht sind, an weiteren Objekten vorbei, die aufgrund von Immobilienspekulation derzeit leer stehen. Gerufen hatte das Anti-Gentrifizierungs-Netzwerk „Recht auf Stadt“. Anders als früher kam in den Reden diesmal auch die Situation von Obdachlosen und Flüchtlingen kurz vor dem Winter zur Sprache.

„Wir meinen: Wohnraum ist keine Ware, sondern muss allen Menschen zur Verfügung gestellt werden“, sagt Maarten Thiele vom Bündnis „Mietenwahnsinn stoppen“. In einigen Bezirksverwaltungen Hamburgs gäbe es bereits Überlegungen, ob bei einem Büro-Leerstand von 1,6 Millionen Quadratmetern in der Hansestadt ungenutzte Objekte nicht beschlagnahmt und gegen eine staatliche festgesetzte Miete genutzt werden könnten.

Die Hamburger Polizei hatte sich auf eine Hausbesetzung im Hamburger Karolinenviertel vorbereitet. Dort hatte die städtische Wohnungsgesellschaft eine intakte und denkmalgeschützte Häuserzeile verrotten lassen, sie soll nun abgerissen werden. Doch die Hausbesetzer schlugen woanders zu und besetzten ein leer stehendes Geschäftshaus am Hauptbahnhof, das Luxus-Neubauten weichen soll. Fünf Besetzer wurden von der Polizei festgenommen.

LESERINNENBRIEFE

taz. die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor.
Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Warum nicht Rot-Rot-Grün?

■ betr.: „Brücke für Politikwechsel“, taz vom 27. 9. 13

Wenn die SPD eine Große Koalition eingeht, bricht sie ein Wahlversprechen. Wenn die Grünen mit der CDU koalieren, brechen sie ein Wahlversprechen. Wenn es Rot-Rot-Grün gibt, brechen beide ein Wahlversprechen. Warum dann nicht Rot-Rot-Grün?

DIETER BALDENIUS, Hamburg

Große Koalition ohne CSU

■ betr.: „Union steuert spitz Richtung Koalition“, taz vom 27. 9. 13

52 Millionen Menschen können die CSU nicht wählen und fragen sich, wieso eine Partei, die im Bundesschnitt kaum mehr als 5 Prozent der Wählerinnen und Wähler repräsentiert, die Geschicke der Republik derart beeinflussen kann. Der Umstand, dass eine Regionalpartei, die in 15 Bundesländern nicht einmal wählbar ist, Bundespolitik machen möchte, ist nur schwer zu akzeptieren – von der Gefahr eines langsam wachsenden Separatismus im Süden unseres Landes ganz zu schweigen. Sollte die CDU im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der SPD eine vierjährige Pause ihrer „Zwangsehe“ mit der CSU ins Gespräch bringen, würde das die Genossen schneller an den Verhandlungstisch bringen und den überzogenen Machtanspruch der CSU zurückdrängen. Dass sich beide Unionsparteien mittelfristig im gesamten Bundesgebiet dem Votum des Wählers stellen, sollte das Ziel sein. JASCHA THELEMANN, Goslar

Parteien sollten Profil schärfen

■ betr.: „Wir sind nicht adäquat“, taz vom 25. 9. 13

Die Ausführungen kommen mir überzogen vor, auch wenn ich den bitteren Unterton angesichts der Niederlage bei den Bundestagswahlen nachvollziehen kann. Ich rate zu mehr Sachlichkeit. Merkel gewann deshalb, weil sie flugs konservative Urpositionen aufgab und sozialdemokratische Eckpunkte übernahm – zumindest verbal. SPD und Grüne hätten klarer, selbstbewusster auftreten sollen, die Kanzlerin beim Wort nehmen sollen. Tatsache ist zudem, dass die übergroße Mehrheit nicht nur in Deutschland politisch passiv ist und nur dann die Opposition wählt, gar auf die Straße geht, wenn sie mit der Regierungsarbeit unzufrieden ist. Ich rate allen Parteien, ihr Profil zu schärfen, nach innen demokratischer zu werden. Die Mitglieder sollen über alle Personal- und Sachfragen entscheiden etwa vor den Landes- und Bundesversammlungen, ferner bei der Aufstellung der Wahlkandidierenden. So vermeidet man Welt- und Wählerfremdheit, jeden Anschein von Bevormundung und Klüngelei. CHRISTIAN FUCHS, Gutenstetten

In der Mitte verloren

■ betr.: „Die Ursachen der Niederlage“ von Rezzo Schlauch, taz vom 28. 9. 13

ja, na klar, hinterher wissen sie alle bescheid. auch ich habe mir einen reim gemacht auf die sogenannte niederlage der grünen. Warum meine partei sich nicht schon längst erneuert hat und warum die wählerInnen die wahrheit gar nicht hören wollen. Von wegen ehegattensplitting. rezzo, du glaubst doch nicht im ernst, dass die leute in scharen weglaufen, weil sie die steuern als unangemessen griff in die eigene tasche ansehen? dein hinweis auf baden württemberg hinkt ja nicht nur, er liegt am boden. du erinnerst dich an s 21, an den filz von mappus und an die vielen leute, die diese lügengebilde einfach nur satt hatten? nein, dann wird dich auch der ausgang der nächsten baden-württemberg-wahl wundern. wenn die grün-rote mehrheit für ihren sparwahn, für den nichtausbau des bildungswe-sens und die tatenlosigkeit bei s 21 abgestraft wird. das nennt man dann: angekommen in der mitte der gesellschaft? zurück zur bundestagswahl. die sogenannte mitte der gesellschaft hat sich der sicherheitsrhetorik unserer kanzlerin hingegeben. es gibt keine wechselgründe, weil für die meisten alles läuft. sogar die „linke“ mehrheit im bundestag aus linken, grünen und sozialdemo-kraten wird „übersehen“ ja keine experimente. mehr kretschmann wagen halte ich für eine ziemlich dümmliche parole, weil das bw-model für alle anderen bundesländer nicht tauglich ist und weil die grünen längst in der mitte der gesellschaft angekommen sind. lieber rezzo, schau doch einfach mal nach, von wem die grünen gewählt werden. aber ob das ausreicht, auf dauer und in anbetracht, dass die linken positionen schon immer zum grünen spektrum gehört haben? also, mein eindruck ist, dass sich die grünen in der mitte der ge-sellschaft nicht verlieren dürfen. Weil da schon viele, viele andere sind. WOLFGANG RAUCH, Kronau

Unangenehme Gepäckschlepperei

■ betr.: „Die Ordnung der Dinge“, taz vom 21. 9. 13

In der Sonntaz wurde mit vielen Worten das Chaos beschrieben, wenn Fernzüge der Deutschen Bahn in umgedrehter Wagenfolge in die Bahnhöfe rauschen. Jedoch wurde die wichtigste Frage dem Pres-sesprecher der DBAG nicht gestellt: Warum werden die Fahrgäste erst zwei Minuten vor Abfahrt des Zuges über die umgedrehte Zugfolge informiert? Tatsache ist doch, dass der Zug meist schon stundenlang in dieser verdrehten Folge unterwegs ist. Warum kann dann nicht bei der Erstanzeige des Zuges im jeweiligen Zustiegebahnhof dieser zu erwartende Zustand den Reisenden mitgeteilt werden? Dies würde jede Menge unangenehmer Gepäckschlepperei vermeiden und die Zufriedenheit mit der DBAG um mindestens drei Punkte erhöhen. HANS HOFFERBERTH, Höchst

Wenn Hausaufgaben zu schwul sind

HOMOPHOBIE Insbesondere an Schulen stoßen Lesben und Schwule häufig auf Ablehnung. Doch es gibt wenig Strategien dagegen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mahnt jetzt Konzepte an

BERLIN *taz* | Als ein Schüler in seiner zweiten Unterrichtsstunde homophobe Bemerkungen machte, stellte Alexander Lotz ihn zur Rede und sagte, dass er sich davon persönlich getroffen fühle. Seit diesem Outing wird der 30-jährige Lehrer am Goethe-Gymnasium in Frankfurt am Main von manchen angefeindet, Beschimpfungen wie „schwule Sau“ tönen ihm auf dem Schulflur nach. Schule, das ist für Lotz ein homophober Ort.

Nicht nur für ihn. Denn Homophobie ist an deutschen Schulen weit verbreitet. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes, der kürzlich in Berlin vorgelegt wurde. Nicht nur, dass „schwul“, „Schwuchtel“ oder „Lesbe“ auf vielen Pausenhöfen als Schimpfwörter gelten. Sogar ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer mache sich über Homosexualität lustig, heißt es da.

Eine Erfahrung, die auch Alexander Lotz gemacht hat. Aus seinem Kollegenkreis habe er anfangs jedenfalls kaum Unterstützung erhalten, denn: „Auch sie hatten teilweise Vorbehalte“, glaubt er. Viele hätten ihm selbst die Schuld an seinen Problemen gegeben, nach dem Motto: Wenn er sich schon oute, dann müsse er auch mit den Konsequenzen klarkommen. Inzwischen habe er mehr Rückhalt erfahren.



Nicht überall eine Selbstverständlichkeit: ein kräftiges Regenbogenmuster, hier auf einem Flugdrachen am Strand Foto: Angelika Warmuth/dpa

Viele würden aber gar nicht merken, dass sie selbst homophob denken, so Lotz. Einige raten betroffenen Kolleginnen oder Kollegen, sich nicht zu outen, um keine Schwierigkeiten zu bekommen – anstatt sie darin zu bestärken, offen mit dem Thema umzugehen. Das grundsätzliche Problem der Diskriminierung würden sie kaum reflektieren.

Dabei zeigen schon nebenbei dahergesagte Sätze, dass viele jugendliche Homosexualität negativ sehen. „Wenn die Schüler etwas doof finden, zum Beispiel Hausaufgaben, dann bezeichnen sie das als schwul“, berichtet Lotz. Für ihn ist klar: Wenn Homosexualität in der Schule nicht sicht-

bar wird, kann sich daran auch nichts ändern. Das Thema werde tabuisiert.

Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes kommt in ihrem Bericht jetzt zu dem Schluss, dass sich die Mehrzahl der Bildungseinrichtungen in Deutschland im Umgang mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen noch immer schwer tue. Viele Lehrkräfte würden selbst homophobe Einstellungen reproduzieren, und in den Schulbüchern würden zu viele Stereotype von Partnerschaft und Familie vermittelt. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder vielfältige Formen von Familie kämen kaum vor.

„Schule als System denkt heteronormativ“, findet auch Alexander Lotz. „Mutter, Vater, Kind – das ist noch immer die Norm“, hat der Lehrer für Biologie und Chemie festgestellt. Homosexualität werde, wenn überhaupt, nur als Randaspekt diskutiert. In Hessen zum Beispiel sei sie zwar Teil des Lehrplans – „aber nur in den Fächern Biologie, Ethik und Religion“. Das gehe an den Lebensrealitäten vieler Jugendlicher vorbei, meint Lotz.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mahnt jetzt dringend mehr Schulkonzepte gegen eine Benachteiligung homosexueller Menschen an. Die seien bisher eine absolute Ausnahme und würden nur selten umgesetzt, heißt es in dem Bericht. Dabei habe das fatale Folgen: Denn wenn SchülerInnen ständig diskriminiert werden, verringert sich ihr Selbstwertgefühl, und auch ihre Leistungen verschlechtern sich.

Die Schulgesetze der Länder bieten Betroffenen rechtlich nur wenig Schutz vor Diskriminierung. Nicht definiert ist, wohin sich Betroffene wenden können. Deshalb fordert die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Christine Lüders, unabhängige Beschwerdestellen für Schulen. „Die brauchen wir unbedingt“, stimmt Alexander Lotz zu.

LAURA ESSLINGER

NACHRICHTEN

GREENPEACE IN RUSSLAND

Justiz nimmt weitere Aktivisten in U-Haft



Dmitry Litvinov im Bezirksgericht von Murmansk Foto: reuters

MOSKAU | Nach dem Greenpeace-Protest gegen Ölbohrungen in der Arktis hat ein russisches Gericht weitere Umweltschützer in Untersuchungshaft nehmen lassen. Der schwedisch-amerikanische Aktivist Dmitry Litvinov muss wegen Fluchtgefahr für zwei Monate hinter Gitter, wie Greenpeace am Sonntag bei Twitter mitteilte. Damit sitzen nun mindestens 23 der insgesamt 30 Besatzungsmitglieder des Aktionsschiffes „Arctic Sunrise“ in U-Haft. Im Fall von sieben weiteren wurde eine Entscheidung noch am Sonntag erwartet. Die Justiz ermittelt wegen bandenmäßiger Piraterie. (dpa)

BERICHTIGUNG

Klimawandel stärker als gemeldet

BERLIN | In unserer Berichterstattung zum Report des Weltklimamarats IPCC am Samstag sind uns zwei Fehler unterlaufen. Eine Grafik, die fälschlicherweise „Arkt. Eis im Sommer, Ausdehnung“ betitelt ist, zeigt in Wirklichkeit die zunehmende Speicherung von Wärme in den Ozeanen. Auch die 82 Zentimeter Meeresspiegelanstieg, die in der „zerlegten Zahl“ genannt werden, sind so nicht korrekt: Tatsächlich rechnet der IPCC im schlimmsten Fall bis 2100 mit insgesamt sogar 98 Zentimeter höheren Ozeanen. (bpo)

GASEXPLOSION HARTHAUSEN

Brandstiftung nicht ausgeschlossen

HARTHAUSEN | Nach einer Gasexplosion auf einem Firmengelände mit 16 verletzten Feuerwehrleuten ist in Rheinland-Pfalz ein ganzer Ort evakuiert worden. Rund 3.000 Menschen mussten am Samstag in Harthausen wegen weiterer Explosionsgefahr ihre Wohnungen verlassen. Auf dem Hof einer Gasfirma war am frühen Morgen mindestens ein Lkw aus noch unbedeutenden Gründen in Brand geraten. Die Polizei schloss Brandstiftung nicht aus. Kurz nach dem Eintreffen der Feuerwehr explodierte ein Gastank. (dpa)

KOMMUNEN

Jede zweite Brücke ist marode

BERLIN | Der Zustand der Verkehrswege in Deutschland ist nach Informationen der Welt am Sonntag alarmierend – und das gilt auch für kommunale Brücken. Jedes zweite der insgesamt 66.714 Bauwerke, für deren Erhalt die Kommunen zuständig sind, ist marode, wie die Zeitung nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in 456 Städten, Gemeinden und Landkreisen berichtet. Knapp die Hälfte der kommunalen Brücken weise „problematische oder schlechte Zustände“ auf. (dpa)

ZAHL DES TAGES

Siemens spart am Personal

Fast ein Jahr lang mussten die Siemens-Mitarbeiter auf die genaue Zahl warten: 15.000 Stellen fallen bei dem Technologiekonzern weg. Davon werden rund 5.000 in Deutschland abgebaut, wie ein Konzernsprecher am Sonntag sagte. Für die Hälfte der 15.000 Jobs sei bereits ein Interessensausgleich vereinbart. Betriebsbedingte Kündigungen wolle man vermeiden. Betroffen seien vor allem die Sparten Industrie und Energie. (rtr)

15.000

„Ohne Zäune lernt der Wolf, dass Schafe schmecken“

RAUBTIER Wir müssen lernen, mit Wölfen zu leben, sagt Sachsens Artenschutz-Referent Bernd Dankert

taz: Herr Dankert, wie böse ist der böse Wolf?

Bernd Dankert: Der Wolf weckt wie kein anderes Tier die Emotionen. Er ist nicht böse, sondern ein Wildtier wie andere auch. Ein Wildtier, das gefährlich werden kann ...

Auch wenn Unfälle nicht ganz auszuschließen sind: In keiner Statistik der Welt finden Sie den Wolf als Todesursache.

Was ist mit dem Reißen von Schafen und Kälbern?

Wölfe fressen zu über 95 Prozent Wildtiere. In Sachsen leben die meisten Wölfe Deutschlands – etwa 60 bis 70 Tiere. Demgegenüber wurden dieses Jahr bislang 19 Nutztiere gerissen. Deutschland hat einen historischen Höchstbestand an Schalenwild, und da nimmt ein Großraubtier wie der Wolf eine ökologisch wichtige Rolle ein.

Die Schafhalter sehen das nicht so gelassen.

Dieser Streit wird immer bleiben. Tierhalter, besonders Schäfer, müssen ihre Haltungsbedingungen ändern, wenn der Wolf dauerhaft anwesend ist. Eine Zeit ohne ihn wird es nicht mehr geben. Er ist streng geschützt, und man muss lernen, mit ihm zu leben. Es geht darum, wie man den Konflikt möglichst verringert. Wenn ein Wolf ein Tier gerissen hat, leistet das Land Schadenersatz. Und wir fördern den Herdenschutz.

Das Land zahlt für höhere Zäune?

Ja, das ist eine der wichtigsten Maßnahmen. Im Umkreis von

Wolfsrevieren fördern wir 60 Prozent der Kosten – übrigens auch für Hobbytierhalter. Sonst lernt der Wolf dort, dass Schafe schmecken.

Wie aufwendig ist der Schutz der Wölfe?

Im Gegensatz zum Artenschutz anderer Tiere, etwa des Storchs, sind Projekte zum Wolf relativ einfach, weil man ihm keinen Lebensraum gestalten muss. Er breitet sich von ganz allein aus, wir arbeiten nur an seiner Akzeptanz.

Wie passt es dazu, dass der Wolf 2012 ins Sächsische Jagdgesetz aufgenommen wurde?

Das Jagdrecht wurde angepasst, ohne dass der Wolf seinen Schutzstatus verloren hat.

Aber der Wolf soll irgendwann wieder gejagt werden dürfen?

Sicherlich. Denn unser Artenschutz wird Erfolg haben und Wölfe werden irgendwann nicht mehr bedroht sein. Dann wird er behandelt wie Reh oder Wildschwein, ohne seinen Bestand zu gefährden.

INTERVIEW: JEAN-PHILIPP BAECK

Bernd Dankert

■ 51, ist seit 2007 Referent für Artenschutz im Sächsischen Umweltministerium. Der studierte Forstwirt ist dort für den Wolf und andere gefährdete Arten zuständig.



Foto: privat

AUS PEKING FELIX LEE

Sonderwirtschaftszonen gibt es in China zwar schon viele. Fast jede größere Stadt hat einen Teil, in dem Unternehmen Steuer- und Handelserleichterungen oder spezielle Investitionshilfen bekommen. Nun lässt die chinesische Führung auf dem Staatsgebiet der Volksrepublik aber erstmals eine komplette Freihandelszone zu.

Seit Sonntag dürfen Chinesen und Ausländer auf der Halbinsel Pudong in der 20-Millionen-Metropole Schanghai offiziell frei mit Finanzdienstleistungen handeln. Vor allem ausländische Unternehmen kommen zum Zuge: Ihnen wird erlaubt, mit chinesischen Geldgebern Banken zu gründen, Versicherungspolice zu verkaufen und ins Anlagegeschäft einzusteigen. Außerdem erhalten Nichtchinesen mehr Geschäftsmöglichkeiten im Anwaltswesen, in der Touristik und im Internetgeschäft.

Auch die Freigabe der bisher in China gesperrten Internetseiten der New York Times, von Facebook und Twitter ist im Gespräch. Angeblich soll in der rund 29 Quadratkilometer großen Zone zudem schon bald die chinesische Währung frei gehandelt werden. Bislang ist der Yuan an den US-Dollar gekoppelt und darf nur in einer sehr kleinen Bandbreite schwanken.

All das ist neu für China. Der Kapitalmarkt ist streng reguliert, die Banken sind staatlich, für sie gilt ein von der Zentralbank festgelegter Einheitszinssatz. Und nur wenigen ausländischen Banken und Versicherern waren bis-

lang Geschäfte auf dem chinesischen Kapitalmarkt erlaubt. Die chinesische Führung fürchtete, ein allzu liberalisierter Finanzmarkt könnte zu heftigen Schwankungen führen und ihre Reformpläne durcheinanderbringen.

Doch der neue Premierminister Li Keqiang sieht immer mehr die Kehrseiten eines allzu abgeschotteten Kapitalmarktes. Für die chinesischen Sparer gibt es kaum Anlagemöglichkeiten, weswegen sie einseitig in Immobilien investieren – was wiederum die Preise für Häuser und Wohnungen anheizt. Sorge bereitet ihm vor allem aber, dass die eigenen Banken zu ineffizienten Giganten herangewachsen

sind, die finanziell fragwürdige Großprojekte, aber zu wenig kleine und mittlere Unternehmen finanzieren. Diese leihen sich dann Geld von dubiosen Schattenbanken – dies jedoch zu horrenden Zinssätzen und außerhalb jeglicher Regulierung.

Li Keqiang will nun aufräumen. Und wie einst die Sonderwirtschaftszonen ausländische Unternehmer anziehen, die eine Industrie aufbauen, hofft er,

Der Staat hofft, dass sich ein global wettbewerbsfähiges Finanzsystem entwickelt



Zu der Freihandelszone gehört auch ein Tiefwasserhafen etwa für Containerschiffe Foto: Carlos Barria/reuters

Höhere Gewalt führt zu höheren Preisen

SCHIENE Bahn fahren wird ab Dezember etwas teurer, berichten Medien. Grund sei unter anderem, dass künftig auch bei Unwetter Entschädigungen fällig werden. Das könnte den Konzern Millionen kosten

BERLIN taz | Die Deutsche Bahn plant einem Zeitungsbericht zufolge, die Fahrpreise zu erhöhen. Mit dem Beginn des Winterfahrplans am 15. Dezember sollten die Tickets um 2 bis 3 Prozent teurer werden, schrieb die Bild am Sonntag. Ein Grund für die Erhöhung seien die um rund 220 Millionen Euro gestiegenen Personalkosten. Die Bahn hatte 2012 rund 10.000 und 2013 bislang 7.000 neue Mitarbeiter eingestellt.

Die Preiserhöhung solle allerdings nicht für die vom Juni-Hochwasser betroffene West-Ost-Verbindung zwischen Köln und Berlin gelten, berichtet das

Blatt weiter. Auf der Strecke gibt es bis heute Verspätungen. Auch die Bahncard sowie Monatskarten für Schüler, Studierende und Senioren würden nicht teurer.

Die Bahn äußerte sich zu dem Bericht am Sonntag nicht. Man wolle voraussichtlich am Dienstag Stellung nehmen, erklärte die Pressestelle auf taz-Anfrage.

Auch der Spiegel berichtet in seiner aktuellen Ausgabe von möglicherweise steigenden Ticketpreisen. Das Magazin nennt jedoch andere Gründe. Die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg werde die Bahn einen zweistelligen Millionenbetrag kosten,

so der Bericht. Denn nun müssen Fahrgäste auch dann Geld zurück bekommen, wenn Verspätungen durch höhere Gewalt wie Unwetter oder Streiks begründet sind.

Der Deutsche Bahnkunden-Verband kritisiert die mögliche Preiserhöhung. „Die Kosten für das Urteil werden sicherlich bei den Kunden landen“, sagte Gerhard Curth, Präsident des Verbandes, der taz. „Durch ihre Monopolstellung kann die Bahn alles direkt auf die Kunden umlegen.“ Der Gesetzgeber sei hier in der Pflicht, dem Konzern zu helfen. „Der Staat müsste bei höherer Gewalt zu 100 Prozent einspringen.“ Dann gebe es keinen

Grund für Erhöhungen. Schließlich habe die Bahn einen staatlichen Versorgungsauftrag.

Auch am Leipziger Hauptbahnhof mussten sich Reisende in den vergangenen Tagen mit Umwegen und längeren Fahrtzeiten herumschlagen: Seit Mittwoch war der Bahnhof komplett gesperrt. Am Sonntag wurde der reguläre Verkehr dann wieder aufgenommen. Grund für die Sperrung war ein neuer Tunnel, der ins Netz eingebunden werden musste. Durch den 960 Millionen Euro teuren Tunnel werden in der Nacht zum Mittwoch die ersten Züge im Probetrieb rollen.

JAKOB STRULLER

bewegung.taz.de

Was macht die Bewegung?

■ Montag, 30. September
Hamburg | Tierversuche
Mehrtägige Mahnwache vor LPT, einem Auftragslabor für Tierversuche, ab 6 Uhr früh, bis Mittwoch, Redderweg 8
Stuttgart | Polizeieinsatz
Montagsdemonstration am 3. Jahrestag des gewalttätigen Polizeieinsatzes im Schlossgarten, Start: 18 Uhr am Hauptbahnhof
München | Landkonflikt
Infoveranstaltung über den Kampf der KleinbäuerInnen in Honduras, 19 Uhr, EineWelt-Haus, Schwanthalerstraße 80

■ Dienstag, 1. Oktober
Berlin | Asyl Monologe
Die Asyl-Monologe erzählen von Menschen, die Grenzen überwunden haben, 19.30 Uhr, Heimathafen, Karl-Marx-Straße 141

■ Mittwoch, 2. Oktober
Dresden | Ghandi
Der indische Autor Anant Kumar beleuchtet die wichtigsten Ereignisse im Leben des Widerstandskämpfers, 19.45 Uhr, Quilombo, Schillingstraße 7
Köln | Recht auf Land
Vortrag und Diskussion über Landlosigkeit, Land Grabbing und Ernährungssouveränität, 20 Uhr, Kolbhalle, Helmholtzstr. 8

■ Donnerstag, 3. Oktober
Berlin | Antirassismus
„Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft“, antirassistische Demonstration in Berlin Hellersdorf, Start: 15 Uhr, Cecilienplatz, Bhf. Kaulsdorf Nord

Termine & Aktionen
www.bewegung.taz.de

„Eine Katastrophe“

KLIMA Die Karibik würde eine Erderwärmung um zwei Grad kaum überleben, sagt Klimaexperte Ulric O’Donnell Trotz aus Belize

INTERVIEW BERNHARD PÖTTER

taz: Herr Trotz, der UN-Klimarat IPCC geht von einem Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 90 Zentimeter bis 2100 aus. Was bedeutet dies für die Karibik? Ulric O’Donnell Trotz: Eine komplette Katastrophe. In der Karibik liegen die Städte, Straßen, Krankenhäuser, Flughäfen und Hotels nah am Ufer. Guyana, Surinam und Belize wären besonders betroffen. In Guyana leben 90 Prozent der Bevölkerung auf Land, das 1,80 Meter unter dem Meeresspiegel liegt. Beobachten Sie bereits Anzeichen des Klimawandels? Bei Überschwemmungen mit intensivem Regen kann man heute in zwei oder drei Tagen so viel Niederschlag bekommen wie sonst in drei Monaten. Extreme Wetterlagen werden häufiger: längere Dürren, stärkerer Regen. Was tun die karibischen Staaten, um sich zu schützen? Sie können die Deiche erhöhen, aber das ist teuer. Surinam und

Guyana können auf höher liegendes Land umsiedeln und ihre Landwirtschaft anpassen. All das kostet Geld. Es gibt Studien, nach denen manche Staaten im Jahr 2030 zwischen 20 und 30 Prozent ihres BIP für die Anpassung an den Klimawandel ausgeben müssen. Und das sind noch konservative Schätzungen. Das ist sehr viel Geld. Wir gelten als Staaten mit mittlerem Einkommen. Aber wir haben eine Menge Armut und eine besondere Verwundbarkeit, weil die Staaten so klein sind. Als letz-

Ulric O’Donnell Trotz

■ ist Vizedirektor und wissenschaftlicher Berater des Caribbean Community Climate Change Center in Belize. Der promovierte Chemiker stammt aus Guyana.

Foto: iisd

tes Jahr der Hurrikan „Ivan“ Grenada traf, waren alle betroffen: Das Haus des Premierministers wurde zerstört, und er musste auf einem englischen Kriegsschiff Schutz suchen. Ein ähnlicher Sturm traf Miami, gerade als die Republikaner ihren Parteitag abhielten. Aber dort ging das Leben weiter. Hurrikan „Ivan“ kostete etwa 200 Prozent von Grenadas BIP. Dazu kommt: Grenada lebt vom Export von Muskatnuss. Das ganze Anbaugebiet wurde vernichtet; es wird Jahre dauern, es wieder aufzubauen. In dieser Zeit verliert Grenada den Markt für Muskatnuss an Asien. Wir sind ohnehin anfällig, und der Klimawandel macht das noch schlimmer. Die Inselstaaten drängen in den internationalen Verhandlungen seit langem auf eine Obergrenze von 1,5 Grad Erwärmung. Jetzt sagt das IPCC: Mit viel Mühe schaffen wir gerade so zwei Grad. Was heißt das für Sie? Nur ein Grad mehr Wärme im Ozean bedeutet bereits, dass die



In der Karibik könnte Trinkwasser bald knapper werden, warnen Klimaforscher Foto: Dieu Nalio Chery/ap

meisten unserer Fischarten aus der Karibik in kältere Gewässer auswandern. Unsere Region bezieht aber 80 Prozent ihrer Proteine aus dem Meer. Stellen Sie sich vor, welchen Einfluss das auf unser Leben und unsere Gesundheit hat. Wir sehen auch, dass die Stürme mehr Niederschläge bringen. Das verursacht inzwischen manchmal mehr Schaden als der Wind. Wenn die Ozeane wärmer werden, leiden auch die Korallen, die jetzt schon blei-

ben die Tauchtouristen aus, die ökonomisch sehr wichtig sind. Wie stark leben Sie von den Touristen? Auf manchen Inseln macht der Tourismus 60 bis 70 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Die Touristen kommen aber mit dem Flugzeug. Das verstärkt den Klimawandel, der die Inseln bedroht. Ja, das ist eine sehr schwierige Frage. Aber seien wir realistisch. Das Fliegen kann man nicht verhindern. Vielleicht sollten wir

mit Europa verhandeln, einen Teil der Klimaabgaben auf den Flugverkehr für die Anpassung an den Klimawandel in armen Ländern zu verwenden. Wie sieht die Karibik 2050 aus? Ist sie noch das Paradies, von dem viele Europäer träumen? Wenn die Strände und die Kokosnüsse verschwinden, dann wird sich auch das Image ändern. Unsere Inseln sind eine wunderschöne Region, die wir gern so erhalten würden. Aber wir müssen eine neue Karibik planen.

Eis macht gefährliche Abkürzung frei

ARKTIS Erstmals passiert ein Frachtschiff die Nordwestpassage. Bei Unfall ist Hilfe weit entfernt

STOCKHOLM taz | Ausgerechnet als der Weltklimarat am Freitag seinen neuen Bericht in Stockholm präsentierte, erreichte 4.000 Kilometer weiter westlich die „Nordic Orion“ die Küstengewässer vor Grönland. Als erstes Frachtschiff hatte es die Nordwestpassage, den arktischen Seeweg zwischen dem Pazifik und dem Atlantik vor der Nordküste Alaskas und Kanadas, durchquert. Elf Tage vorher war der Frachter beladen mit Kohle für ein finnisches Stahlwerk in Vancouver in See gestochen. Für die dänische Reederei rechnet sich die durch das schmelzende Eis er-

Der Ruß des Treibstoffs beschleunige das Abschmelzen des Eises, kritisieren Aktivisten

mögliche Route: Sie ist 2.000 Kilometer kürzer als die durch den Panamakanal, und das Schiff konnte wegen der größeren Wassertiefe ein Fünftel mehr Ladung transportieren. Von einer „neuen Schifffahrtsära“ schwärmte die Nachrichtenagentur Reuters: Die Erderwärmung werde die Transportzeiten und -kosten der globalen Schifffahrt deutlich verringern. „Eine solche Fahrt stellt ein enormes Risiko für die Umwelt und einen sehr negativen Präzedenzfall dar“, sagt dagegen Sigurd Enge, Arktisexperte der norwegischen Umweltorganisation Bellona. Entlang der Route gebe es bislang keinen Hafen, den ein Schiff der Größe der „Nordic Orion“ in einem Notfall anlaufen könne. Auf der Nordostpassage, dem Seeweg zwischen Asien und Europa vor der Küste Sibiriens, gebe es dagegen 16 Tiefwasserhäfen. Und auch diese Infrastruktur sei eigentlich ungenügend. Selbst Hilfe aus der Luft könne im Extremfall mehr

als einen Tag dauern, da die Helikopter der kanadischen Küstenwache weit von dieser Passage entfernt stationiert seien. Laut John Falkingham, einem Navigationsexperten der kanadischen Eis-Überwachung CIS, ist nur ein Zehntel der Nordwestpassage kartografisch so erfasst, wie es aktuellen Standards entspreche. Schiffe, die diese Abkürzung nähmen, gingen ein unverantwortliches Risiko ein. In Konkurrenz zur Nordwestpassage hat sich die Nordostpassage vor der Küste Sibiriens mit noch günstigeren Eisverhältnissen mittlerweile deutlich als neuer Schifffahrtsweg zwischen Atlantik und Pazifik positioniert. Legten 2010 die gesamte Passage erst vier und 2012 46 Schiffe zurück, erhielten bislang in diesem Jahr rund 580 Schiffe die Genehmigung der russischen Behörden, diese Passage ganz oder teilweise zu befahren. Anfang September nahm beispielsweise erstmals ein Containerschiff diese nördliche Route zwischen dem chinesischen Dalian und Rotterdam. Und sparte damit ein Drittel Fahrtweg gegenüber der üblichen Route durch den Suezkanal ein. Doch auch der aufgrund der kürzeren Strecken eingesparte Treibstoff ist Bellona zufolge kein Argument für die arktischen Seewege: „Die Rußemissionen des Schweröls eliminieren die Vorteile der Ersparnisse“, sagt Enge. „Der Ruß beschleunigt erwiesenermaßen das Abschmelzen des Eises. Die kürzeren Fahrwege dienen nur dem Profit und gehen auf Kosten der Umwelt.“ Ein Unfall am 4. September in der Nordostpassage bestätigte die Warnungen. Im sibirischen Kara-Meer schlug die mit Diesel beladene „Nordvik“ leck und blieb im Eis liegen. Eisbrecherhilfe kam erst eine Woche später, weil gleich vier Atomeisbrecher mit der Begleitung eines russischen Marinekonvois beschäftigt waren. REINHARD WOLFF



Was der Wasserfrosch wirklich vom Regen hält, sehen Sie in Indonesien. Oder in VIEW.

VIEW FÜRS IPAD. 3,59 € PRO AUSGABE. GRATIS FÜR HEFT-ABONNENTEN. INFOS UNTER VIEW-APP.DE

So hab ich das noch nie gesehen



VIEW DIE BESTEN BILDER DES MONATS

KARLIE KLOSS: Dieser schwärmte: 'Secret' Single macht's gegen die Single

DIE LETZTEN IHRE ART: Eine Rasse aus dem Urwald unserer Erde

NEU! Ab jetzt mit View-Poster

MUTPROBE: Die besten Bilder des Monats

DONNER-WETTER! Wie schnell du dich umgibst

Eine Klasse für sich

Nicht nur im Boxing: Vladimir Klitschko

OKTOBER

NACHRICHTEN

INDONESIEN
Miss World ist eine Philippinin

NUSA DUA | Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen ist am Samstag auf der Ferieninsel Bali die diesjährige „Miss World“ gekürt worden: Schönste Frau der Welt ist die 23-jährige Megan Young von den Philippinen. Im Vorfeld hatten radikale Islamisten gedroht, die Veranstaltung zu sprengen. Das Finale verlief jedoch ohne Zwischenfälle. An zweiter Stelle kam die Französin Marine Lorphelin, gefolgt von Okailey Shooter aus Ghana. Young brach bei ihrer Wahl in Freudentränen aus. Die Studentin und Moderatorin verkündete, sie werde die „beste Miss World aller Zeiten“ sein. (afp)



Die Schönste: die 23-jährige Megan Young von den Philippinen Foto: ap

TÜRKEI
Festnahmen bei neuem Protest

ISTANBUL | Die türkische Polizei ist erneut gewaltsam gegen eine Demonstration auf dem zentralen Taksimplatz in Istanbul vorgegangen. Bei dem neuen Protest am Vorabend seien 13 Menschen festgenommen worden, berichteten türkische Medien am Sonntag. Die Protestwelle in der Türkei hatte sich im Sommer an Plänen der Regierung entzündet, die den Gezipark am Rande des Taksimplatz bebauen will. Sie richten sich inzwischen aber vor allem gegen den autoritären Restil des islamischen Ministerpräsidenten Erdogan. (dpa)

SYRIEN/UNO
Sicherheitsrat für Syrien-Resolution

NEW YORK | Nach der Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Vernichtung der Chemiewaffen Syriens steht das Regime in Damaskus jetzt in der Pflicht. In der am Freitag von Sicherheitsrat einstimmig verabschiedeten Resolution 2118 wird Damaskus zur Herausgabe und Vernichtung seiner Chemiewaffen verpflichtet. Zudem treiben die Vereinten Nationen die Initiative zu einer Syrien-Konferenz voran, mit der das Blutvergießen in dem Bürgerkrieg beendet werden soll. Die Resolution stieß allgemein auf positive Resonanz. (dpa)

PAKISTAN
Aber dutzende Tote bei Doppelanschlag

ISLAMABAD | Bei einem schweren Anschlag sind in der nordwestpakistanischen Stadt Peshawar am Sonntag mindestens 38 Menschen getötet worden. Rettungskräfte zählten zudem mehr als 100 Verletzte, nachdem auf einem Markt in der Nähe einer Polizeistation ein kleiner Sprengsatz und kurz darauf eine Autobombe explodiert waren. Die Autobombe sei aus mehr als 200 Kilogramm Sprengstoff und Metallteilen gebaut worden, teilten die Behörden mit. Es war der dritte schwere Anschlag binnen acht Tagen. (dpa)

SERBIEN
Parade Gay-Pride in Belgrad untersagt

BELGRAD | Im dritten Jahr in Folge hat die serbische Regierung die Homosexuellenparade Gay Pride untersagt: Regierungschef Ivica Dacic begründete das Verbot mit Drohungen ultrarechter Gruppen. Am Samstag waren in Belgrad an zentralen Punkten Hunderte Bereitschaftspolizisten im Einsatz. Die Veranstalter erklärten, die Regierung habe die „Chance verpasst“ zu beweisen, dass Serbien ein Rechtsstaat sei. Das seien „äußerst schlechte Nachrichten“, denn es werde deutlich, dass „Menschenrechte nicht beachtet“ würden. (afp)

Pinochets Geheimdienstchef begeht zu Hause Suizid

CHILE Vor Verlegung aus Luxuszelle nimmt sich der Exgeneral Odlanier Mena bei Freigang das Leben

SANTIAGO dpa | Nur wenige Stunden vor seiner Verlegung in ein anderes Gefängnis hat sich Chiles Exgeheimpolizeiführer Odlanier Mena bei einem Wochenendfreigang das Leben genommen. Der pensionierte General erschoss sich in seinem Haus in Las Condes, einem Stadtteil Santiagos. Kurz danach setzte die chilenische Regierung ihre Ankündigung um und verlegte die verbliebenen neun Häftlinge aus der Luxushaftanstalt Penal Cordillera für ehemalige Militärs aus der Zeit der Pinochet-Diktatur (von 1973 bis 1990). Die Insassen wurden unter strengen Sicherheitsvorkehrungen ins Gefängnis Punta Peuco rund vierzig Kilometer nördlich von Santiago gebracht. Mena war einer von zehn Häftlingen, die wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur verurteilt wurden. Chiles Präsident Sebastián Piñera hatte die Schließung des Gefängnisses und die Verlegung am Donnerstag angekündigt. Am Samstag betonte er dann, dass die Entscheidung trotz des tragischen Todesfalls zum geeigneten Zeitpunkt umgesetzt werde. Odlanier Mena wurde 1977 nach der Auflösung der berüchtigten Dina-Geheimpolizei ers-

ter Chef der Nachfolgeorganisation Central Nacional de Informaciones (CNI), die er bis 1980 führte. Ein Gericht verurteilte ihn 2009 wegen des Mordes an drei Sozialisten im Oktober 1973 zu sechs Jahren Haft. Der gesundheitlich angeschlagene Exgeneral hatte das Gefängnis als einziger der Insassen jeweils von Freitag 18 Uhr bis Sonntag 22 Uhr verlassen dürfen. Zu den verlegten Gefangenen gehört auch Ex-Dina-Chef General Manuel Contreras, der zu über 300 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ein weiterer Gefangener ist Oberst Marcelo Moren, der Folterer des in Gefangenschaft gestorbenen Generals Alberto Bachelet, Vater der ehemaligen Präsidentin Michelle Bachelet. Menschenrechtler hatten immer wieder die Sonderbehandlung in der Haftanstalt beanstandet. Im Penal Cordillera gibt es Bungalows, Tennisplätze und Swimmingpools. Das Luxusgefängnis war 2004 im Auftrag des damaligen Präsidenten Ricardo Lagos gebaut worden. General Augusto Pinochet stand von 1973 bis 1990 an der Spitze einer Militärdiktatur in Chile. Während dieser Zeit wurden bis zu 38.000 Menschen gefoltert oder getötet, viele verschwanden auch.

So wie es ist, wird's halt bleiben

ÖSTERREICH Die Große Koalition aus SPÖ und ÖVP dürfte das Land weiterhin regieren. Die Freiheitlichen legen deutlich zu. Grüne kommen kaum vom Fleck. Neos über 4 Prozent

AUS WIEN RALF LEONHARD

Wenn man in der Politik von einem Start-Ziel-Sieg sprechen kann, dann trifft es auf die SPÖ zu. Die Kanzlerpartei unter Werner Faymann erreichte bei den Nationalratswahlen am Sonntag die allgemein prognostizierten 26,5 Prozent und damit den ersten Platz. Koalitionspartner ÖVP blieb mit 23,7 im Rahmen der Erwartungen. Beide verloren aber nach der ersten Hochrechnung über 2 Prozentpunkte und erzielten das jeweils schlechteste Ergebnis in der Parteigeschichte. Dennoch dürfte es für die Fortsetzung der Großen Koalition reichen, die nur mehr aus alter Gewohnheit so genannt werden kann. ÖVP-Generalsekretär Hannes Rauch gab sich nachdenklich: „Die neue Regierung braucht einen neuen Denksatz.“ Für SPÖ-Wahlkampfleiter Norbert Darabos „überwiegt die Freude“ über den ersten Platz. ÖVP-Vizekanzler Spindelegger spürt im Nacken bereits den heißen Atem von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der sich mit 22 Prozent und fast 5 Prozentpunkten plus gegenüber 2008 als eigentlicher Sieger feiern lässt. Den Grünen, die einen Kampf um den dritten Platz ausgerufen hatten, ging wieder einmal in der Zielgerade die Luft aus. Mit ernüchternden 11,5 Prozent können sie zwar auf einen knappen Zuwachs verweisen, blieben aber hinter den eigenen Erwartungen weit zurück. Stefan Wallner, Bundesgeschäftsführer der Grünen, versuchte die Enttäuschung schönzureden: „Wir

haben quer durch Österreich an Vertrauen dazugewonnen.“ Die schwarz-rote Mehrheit zu brechen und damit „eine Reformkoalition zu erzwingen“ sei aber nicht gelungen. Das Team Stronach des schrulligen Milliardärs Frank Stronach schaffte zwar mit 6 Prozent den Einzug in den Nationalrat, verfehlte aber das Ziel, sich mit einem zweistelligen Ergebnis

Mit nur 11,5 Prozent können die Grünen auf einen knappen Zuwachs verweisen

als Koalitionspartner zu empfehlen. Die eigentliche Überraschung lieferten die Neos, die erst vor einem knappen Jahr mit Startgeld des Bauunternehmers Hans Peter Haselsteiner gegründet wurden. Sie dürften mit 4,6 Prozent im nächsten Parlament vertreten sein. Mit liberalen Positionen appellierten sie vor allem an Jungwähler und ÖVP-Anhänger, denen ihre Partei zu verpöpt geworden ist. Sie dürften aber auch von den Grünen Stimmen abgesaugt haben und von Jörg Haider's Gründung, der arg zersausten BZÖ, das die Vierprozenthürde verfehlte. Der Wahlkampf war zwar relativ inhaltsleer, hatte aber durch

inflationäre Fernsehduelle teilweise hohen Unterhaltungswert. Bemerkenswert war, dass die Koalitionspartner Faymann und Spindelegger, die mit einem Kuschelkurs begonnen hatten, der vermuten ließ, die künftige Koalition sei bereits ausgemachte Sache, im Laufe der Zeit zunehmend auf Konfrontation gingen. In den letzten Tagen hatten sie einander unterstellt, politisch fremdgehen zu wollen. Eindringlich warnte Faymann vor Schwarz-Blau, gegebenenfalls ergänzt durch Stronach, und Spindelegger versuchte die Schrecken einer rot-grünen Allianz an die Wand zu malen: „Sie wollen uns das Schnitzel wegnehmen.“



Wieder nur zweiter. Das sieht man den ÖVP-Herren an. Aber doch noch an der Macht Foto: Heinz-Peter Bader/reuters

Massud Barsani gewinnt die Wahlen klar

NORDIRAK Die Kurdische Demokratische Partei bleibt stärkste Kraft. Schwere Schlappe für den bisherigen Koalitionspartner von der PUK. Die neue Antikorruptionsliste Gorran kommt erstmals im Parlament

VON BEATE SEEL

BERLIN taz | In Erbil, der Hauptstadt Irakisch-Kurdistans, sind am Sonntag vier Autobomben in der Nähe des Hauptquartiers der regionalen Sicherheitskräfte explodiert. Wie die britische BBC berichtete, war anschließend Gewehrfeuer zu hören. Zwei Personen sollen getötet und acht weitere verletzt worden sein. Aus dem Irak werden fast täglich Anschläge mit zahlreichen Toten gemeldet. Doch Erbil bildet bislang eine Ausnahme. Die Sicherheitslage gilt als gut, was ausländische Investitionen anzieht und für einen regionalen Boom sorgt hat. Die Explosio-

nen erfolgten, nachdem am Vortag Wahlergebnisse verkündet worden waren. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat. In der autonomen Kurdenregion im Nordirak war am 21. September ein neues Parlament gewählt worden. Wie die Wahlkommission am Wochenende mitteilte, erhielt die Kurdische Demokratische Partei (KDP) von Regionalpräsident Massud Barsani mit Abstand am meisten Stimmen. Die Partei Gorran (Wandel), die vor allem den Kampf gegen die Korruption thematisierte, wurde zweitstärkste Kraft. Eine Niederlage musste die Patriotische Union Kurdistans (PUK) des irakischen Präsidenten Dschalal

Talabani hinnehmen, der krank ist und seit Dezember in einem Krankenhaus in Deutschland liegen soll. In der Vergangenheit hatten die dominanten Parteien PUK und KDP zusammen regiert. Gorran ist erst seit 2009 im Parlament vertreten. Auch zwei islamistische Parteien konnten Sitze erringen. Gorrans Aufstieg zur zweitstärksten politischen Kraft ist Ausdruck der Unzufriedenheit mit Korruption und schlechter Infrastruktur, vor allem in den von der PUK beherrschten Städten wie Suleimaniyah. So wurde Gorran auch 2006 von einem PUK-Gründer und Stellvertreter Talabanis ins Leben gerufen. Mit

Beginn der arabischen Rebellion kam es auch in Irakisch-Kurdistan zu Demonstrationen, wobei 10 Personen getötet und rund 500 verletzt wurden. Die jetzigen Wahlen sind ein wichtiges Stimmungsbarometer für die ersten Provinzwahlen seit acht Jahren, die im November stattfinden sollen. In regionaler Hinsicht wurde mit Barsani derjenige Kurdenführer gestärkt, der über gute Beziehungen zur türkischen Regierung verfügt. Und schließlich steht die mehrfach angekündigte und verschoben große Kurdenkonferenz noch bevor, an der Kurden aus dem Irak, Syrien, der Türkei und dem Iran teilnehmen werden.

Ich teile mir die taz mit 13.000 anderen.
Mehr als 13.000 Genossinnen und Genossen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Wer einen Anteil von 500 €* zeichnet, kann Genossin werden.
geno@taz.de
T (030) 25 90 22 13
*auch in 20 Raten zahlbar

www.taz.de/genossenschaft

Neue Runde im Haushaltsstreit

USA Präsident Obama warnt vor der Zahlungsunfähigkeit des Staates. Die Republikaner wollen die Gesundheitsreform aufschieben. Die Tea Party macht weiter Druck



Macht die Supermacht am Dienstag dicht? Foto: Jonathan Ernst/reuters

AUS WASHINGTON
DOROTHEA HAHN

Wenn kein Wunder in Washington geschieht, macht die Regierung der Supermacht am Dienstag zu. Schickt Hunderttausende Regierungsbeschäftigte in den unbezahlten und unbefristeten Zwangsurlaub, stoppt die Zahlungen an VeteranInnen und schließt sämtliche Behörden, Dienstleistungen und öffentliche Orte, die sie für „nicht wesentlich“ hält.

Der letzte Vorschlag zu einer „Einigung“, den die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus in der Nacht zu Sonntag an den Senat geschickt hat, ist für die dortige demokratische Mehrheit nicht akzeptabel. Denn dieser Vorschlag sieht einen neuen – und auch nur vorübergehenden – Haushalt vor, der die bereits im Jahr 2010 verabschiedete Gesundheitsreform finanziell aushöhlt.

Hinter der neuen Blockade im Kongress steckt wieder einmal die Tea Party. Sie befindet sich bereits im Vorwahlkampf für die Halbzeitwahlen im Herbst nächsten Jahres und will dabei zahlreiche eigenen KandidatInnen gegen das Establishment ihrer Partei ins Rennen schicken. Zu diesem Zweck hat sie die Forderung nach Verknüpfung von Haushalt und Gesundheitsreform durchgeboxt.

Gegenüber den rechten Rebellen in ihren eigenen Reihen ist die republikanische Führung im Repräsentantenhaus und im Senat machtlos. Unter den vielen rechten Rebellen ragt ein Senator aus Texas hervor: Ted Cruz hat in der vergangenen Woche 21 Stunden lang nonstop im Senat geredet, um seine Opposition gegen die Gesundheitsreform zu begründen. Der Haushalt der USA für das neue Geschäftsjahr spielte bei seinem Redemarathon nur eine untergeordnete Rolle.

„Republikaner können nicht einmal miteinander verhandeln“

NANCY PELOSI, OBAMA-VERTRAUTE

Präsident Barack Obama, für den die Gesundheitsreform das zentrale Politikstück seiner ersten Amtszeit war, wirft den RepublikanerInnen vor, „rein ideologische Gründe“ für die Verknüpfung zwischen Haushalt und Gesundheitsreform zu haben, und bezeichnet den drohenden „Shut-down“ der US-Regierung als eine „selbst gemachte Wunde“.

In der vorausgegangenen Haushaltsblockade versuchte Obama noch mit dem Sprecher der RepublikanerInnen im Repräsentantenhaus, John Boehner, zu verhandeln. Doch dieses Mal schätzt die Demokratische Spitze die Lage in der Republika-

nischen Partei so ein, dass sich neue Verhandlung nicht lohnen. „Die Republikaner können nicht einmal miteinander verhandeln“, sagt etwa die demokratische Abgeordnete und Obama-Vertraute Nancy Pelosi.

Das „Erschwingliche Gesundheitspflege“ (ACA – Affordable Care Act) genannte Gesetz wird den meisten der 48 Millionen Nichtversicherten in den USA Zugang zu einer Krankenversicherung verschaffen. Seit seiner Verabschiedung im März 2010 ist es schrittweise in Kraft getreten. Am Dienstag, wenn in den USA das neue Geschäftsjahr beginnt, tritt zufällig auch eine neue Stufe der ACA-Reform in Kraft.

Dann soll eine von der Regierung aufgestellte und von den Privatversicherungen unabhängige Webseite (www.healthcare.gov/) erstmals einen nationalen Überblick und Preisvergleich über die Angebote der Krankenkassen schaffen. Nach Angaben des Weißen Hauses können 60 Prozent der bislang Nichtversicherten mithilfe der neuen Webseite ihre künftige Versicherung „kaufen“. Der Abschluss einer Krankenversicherung werde, versichert Präsident Obama, „so einfach wie das Buchen eines Fluges“.

In der letzten Vorbereitungsphase für die Eröffnung des elektronischen „Marktplatzes“ gibt es allerdings eine Reihe von politischen und technischen Pannen. In den republikanisch regierten Bundesstaaten tun die Behörden alles, um die Aufklärung über die neuen Möglichkeiten der Gesundheitsreform zu verhindern. Sämtliche BeraterInnen in diesen Bundesstaaten sind von Washington entsandt und bezahlt. Gleichzeitig sind einige Funktionen der Webseite, unter anderem ihre spanischsprachige Version, noch nicht fertig.

Wieder ein bisschen weniger Sozialismus auf der Insel

KUBA Achtzehn weitere Berufe hat die Regierung für die Selbständigkeit freigegeben. Ein kleiner Schritt

BERLIN taz | Immobilienmakler, Maurer, Klempner, aber auch Zwischenhändler von Telefonutensilien und Agrargütern dürfen seit der Vorwoche ganz offiziell in Kuba selbständig arbeiten. Dazu müssen sie nur eine offizielle Lizenz bei den Behörden beantragen, fortan Steuer zahlen und Sozialabgaben. Das machen nach offiziellen Angaben derzeit 463.000 „Cuentapropistas“, wie die Kleinunternehmer in Kuba genannt werden; deutlich weniger als ursprünglich in Havanna erwartet.

Als im Oktober 2010 die Freigabe von 178 Berufen für die Selbständigkeit als bisher wichtigste Reform des kubanischen Arbeitsmarkts bekanntgegeben wurde, da hatte die Regierung massive Entlassungen im staatlichen Sektor angekündigt. Man müsse neue Wege gehen und bis zu 1,8 Millionen Jobs beim Staat bis 2015 abbauen, hieß es aus dem Finanzministerium. Die Leute, so das Kalkül, sollten doch einfach in den bis dato sträflich vernachlässigten Privatsektor wechseln. In einem ersten Schritt sollten bis zum Parteitag im Frühjahr 2011 500.000 Angestellte entlassen werden, um so das Problem der *plantillas infladas*, der aufgeblähten Belegschaften, in den Griff zu bekommen.

Doch das Schockprogramm sorgte für Widerstände und Un-

mut in der Bevölkerung. Folgerichtig wurde es nach rund 250.000 Entlassungen zurückgezogen. Das haben kritische Ökonomen wie der verstorbene Oscar Espinosa Chepe genauso kritisiert wie der in Medellín lehrende Pavel Vidal Alejandro. Beide haben schon 2010 für die Freigabe von mehr Berufen für die Selbständigkeit plädiert. Jetzt sind die Verantwortlichen am Platz der Revolution aktiv geworden und haben achtzehn weitere Berufe freigegeben, die den Privatsektor weiter wachsen lassen sollen.

Darunter sind so populäre Berufe wie Klempner, Mauerer oder Zimmermann, die zwar unter der Hand längst ausgeübt wurden, aber denen nun auch legal nachgegangen werden kann. Ziel ist es ein Klima des Vertrauens und der Legalität zu schaffen“, schreibt die Parteizeitung *Granma*. Doch Kuba wäre nicht Kuba, wenn es nicht auch eine Einschränkung gäbe. So soll der Wiederverkauf von Produkten aus staatlichen Devisenshops fortan eingeschränkt werden, wie die *Granma* betonte. Spekulation sei nicht erwünscht, so der Berater. Der vergaß aber zu erwähnen, dass die Einrichtung von Großmärkten zur Versorgung des Privatsektors bis heute nicht so recht vom Fleck gekommen ist – trotz aller Ankündigungen.

KNUT HENKEL

Freies Kiffen unter Palmen am Strand

KARIBIK Eine Vielzahl der karibischen Staaten steht einer Freigabe der Marihuana-Pflanze inzwischen positiv gegenüber. Für Touristen werden schon spezielle Ausflüge zu den Ganja-Feldern angeboten

AUS SANTO DOMINGO
ULRICH DILLMANN

Beim diesjährigen Karneval in der puerto-ricanischen Hafenstadt Ponce ließen ein paar Pailletten und Strass behängte Teilnehmer des Kostüumzugs schon mal den Blick in die Ferne schweifen. Ein überdimensionaler Joint mit der Aufschrift „Lass es wachsen“ präsentierten sie den Schaulustigen bei der Festparade. Zukunftsträume noch für die Kiffer auf der viergrößten Karibikinsel, die mit den USA frei assoziiert ist. Aber der Traum könnte schon bald Wirklichkeit werden. Denn mehrere Mitglieder des Parlaments wollen jetzt das gesetzliche Verbot des Marihuana-Konsums aufheben – wenn auch vorerst nur „zu medizinischen Zwecken“. Eine entsprechende Studie hat der Senat der ehemaligen spanischen Kolonie beschlossen.

Puerto Rico macht den Vorreiter, aber die Mehrzahl der 15 Mitgliedstaaten der Karibischen Gemeinschaft Caricom, bei der Puerto Rico nur einen Beobachterstatus hat, steht einer möglichen „Legalisierung“ der berauschenden Pflanze mit ihren Heilwirkungen inzwischen auch aufgeschlossen gegenüber. „Ich glau-

be, es ist an der Zeit, dass Caricom auf regionaler Ebene sich diesem Thema sensibel, konzentriert und ohne Hysterie annimmt“, plädierte der Premierminister von St. Vincent und den Grenadinen, Ralph Gonsalves, für einen liberaleren Umgang mit dem illegalen Hanfkonsum innerhalb der karibischen Wirtschaftsgemeinschaft. Das Thema soll auf die Sitzung der Karibikstaaten im Februar auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Initiative ist nicht selbstlos, denn ein Viertel aller Häftlinge auf St. Vincent und den Grena-

dinen sind wegen des Konsums oder des Handels mit Marihuana verurteilt worden. Würde die Gesetzgebung liberalisiert, würden sich nicht nur dort die Gefängnisse leeren, auch auf Dominica, den Saint Kitts und Nevis sowie Saint Lucia wären wieder Plätze hinter Gitter frei für die steigende Zahl von gewalttätigen Landesbewohner. In St. Lucia sind ein Drittel der straffälligen Frauen wegen Drogenbesitzes verurteilt worden. Während in St. Kitts und Navid der Anteil der Drogenkriminalität an der Gesamtstatistik bei 4 Prozent liegt, liegt St.

Vincent mit 11 Prozent an der Spitze der Dreiergruppe.

Auch auf der Reggae-Insel Jamaika, für deren Rasta-Community das Kiffen eine spirituell-religiöse Frage ist, und wo der Marihuanakonsum zwar seit 1903 unter Strafe steht, aber von der Polizei bei den Rastafaris stillschweigend geduldet wird, regen sich liberale Stimmen.

Der angesehene jamaikanische Mediziner Henry Lowe hat in der größten Tageszeitung *Jamaika Gleaner* gefordert, eine Studie über die Vorzüge des Anbaus und Verarbeitung der im Land Ganja genannten Pflanze zu geben. Unternehmer träumen davon, kosmetische und pharmazeutische Hanfprodukte „made in Jamaica“ vertreiben zu können. Auch die chronisch leere Staatskasse könnte so eine kräftige Steuerspritze erhalten, wird argumentiert.

Im Tourismus haben Rastas bereits die Marktlücke erkannt. Sie bieten Touristen jetzt spezielle Ausflüge zu den Ganja-Feldern in den jamaikanischen Bergregionen ab. Besucher müssen aber zuvor mit dem Reiseführer einen Joint rauchen – möglicherweise um sicherzustellen, dass sich nicht Polizisten unter die Hanfurlauber mischen.



Dieser junge Mann raucht gerade seinen Joint in Bluff Town an der karibischen Küste im mittelamerikanischen Nicaragua Foto: Oswaldo Rivas/reuters

taz.abo

Ihre Prämie für ein Kombiabo: Nexus 7-Tablet-Computer

Nexus 7 ist groß genug, um komfortabel die taz zu lesen, leicht genug, um es in einer Hand zu halten, und klein genug, um es in der Jacken- oder Handtasche verschwinden zu lassen. Hardware vom renommierten Hersteller ASUS, 32 GB Speicher, Software Android in der neuesten Version 4.3



OHNE ZUZAHLUNG

Sie erhalten die taz am Wochenende gedruckt und zusätzlich das taz E-Paper mit allen Lokalausgaben und der deutschen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* für 23,90 Euro. Die Mindestvertragsdauer beträgt 24 Monate. Das Angebot gilt nur für NeukundInnen.

taz-Aboabteilung | Rudi-Dutschke-Straße 23 | 10969 Berlin
abomail@taz.de | T (030) 25 90 25 90 | www.taz.de/nexus-angebot

MICHAEL BRAUN ÜBER BERLUSCONIS NEUESTE KAPRIOLEN

Italiens Lage ist hochgefährlich

Das nächste Haushaltsgesetz wird uns die Troika schreiben“ – mit diesem Kassandraruf reagierte Stefano Fassina, Staatsminister im Finanzministerium, auf den Ausbruch der Regierungskrise. In der Tat ist das Risiko groß, dass die politische Instabilität Italiens zur dramatischen Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise führt.

Schon die bisherige Regierung unter Enrico Letta verdankte sich ausschließlich der Not des Landes. Eines Landes, das seit zwei Jahren unter der Rezession ächzt, das zudem über keine reale politische Mehrheit im Parlament verfügt – und das unter kontinuierlicher Sonderbeobachtung der Finanzmärkte steht.

Das Kabinett Letta hat Italien bislang nur Zeit gekauft: Zeit, in der der Zinsabstand (Spread) unter 3 Prozent verharrte, Zeit, in der spekulative Attacken gegen Italien ausblieben. Trotzdem hat sich die Situation erneut verschlechtert. Die Staatsschulden für

2013 sind wieder über die 3-Prozent-Marke geklettert, damit droht ein neues Defizitverfahren der EU-Kommission. Und der IWF warnt vor kommenden milliardenschweren Schieflagen bei den Banken.

Sollte die Regierungskrise zu schnellen Neuwahlen führen, so dürfte sich die Lage fatal zuspitzen. Denn das herrschende Wahlrecht lässt die Wiederholung des Results der Wahlen vom Februar 2013 wahrscheinlich werden: einen Senat ohne klare Mehrheiten und ein Parlament, in dem die aus europäischer Sicht völlig unkalkulierbaren Truppen Berlusconi und Beppe Grillo weiter starkes Gewicht haben werden. An einer neuen Notstandsregierung führt deshalb kein Weg vorbei. Sie müsste allerdings eine Regierung sein, die – anders als das bisherige Kabinett Letta – nicht nur aus der Not geboren ist, sondern sich ihr endlich stellt, vorneweg mit einer entschlossenen Wahlrechtsreform.

Der Tag SEITE 2

ULRIKE HERRMANN ÜBER DIE AKTUELLE STEUERDISKUSSION

Die Reichen werden bezahlen

Die Steuern werden steigen. Zwar sträuben sich viele Unionswähler gegen diese unbequeme Einsicht, aber es wird ihnen nichts nutzen. Schließlich sind sie selbst schuld. Es gehört zu den Wundern der Parteitaktik, dass die meisten Konservativen nie begriffen haben, was die „Schuldenbremse“ langfristig bedeutet, die sie mit so viel Verve im Grundgesetz verankerten. Wenn der Staat demnächst keine Schulden mehr machen darf, muss er seine Einnahmen erhöhen. So schlicht können Zusammenhänge sein.

Falls jetzt der Einwand kommen sollte, dass der Staat doch auch seine Ausgaben senken könnte: Kann er nicht. Das gesamte Tafelsilber ist bereits verkauft, viele Kommunen sind pleite, und der Rückstau bei den öffentlichen Investitionen ist enorm. Auch Unternehmen fällt inzwischen auf, dass es nicht zukunftsträchtig sein kann, wenn die Hälfte aller Brücken marode ist.

Die interessante Frage ist daher nur, welche Steuern erhöht werden. So kann man darauf wetten, dass die Mehrwertsteuer nicht steigt. Denn sogar Sozialdemokraten ist zuzutrauen, dass sie lernfähig sind: Bekanntlich wurde die SPD an den Urnen abgestraft, weil sie 2005 mit der Union beschlossen hatte, die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zu erhöhen.

„Die Mitte“ wird diesmal geschont. Stattdessen wird es die Spitzenverdiener treffen, die noch oft bedauern werden, dass sich ihr Lobbyistenverband namens FDP selbst abgeschafft hat.

Mitleid mit den Millionären ist übrigens nicht nötig. Wie Studien zeigen, zahlen die reichsten Deutschen im Durchschnitt nur etwa 30 Prozent an Einkommensteuern – trotz offizieller Reichensteuer. Aber die „Steuergestaltung“ der Millionäre ist eben fantasievoll. Union und SPD dürfte daher bald auffallen, dass man die Reichen gefahrlos belasten kann.

Inland SEITE 6

Ein Staat, der keine Schulden mehr machen kann, muss Steuern erheben. So einfach ist das

FELIX LEE ÜBER SCHANGHAIS NEUE FREIHANDELSZONE

Gut für die kleinen Fische

Der chinesische Premierminister Li Keqiang hat in Rekordgeschwindigkeit eine Regelung durchgeboxt, die aus der Schanghai vorgelagerten Halbinsel Pudong auf einen Schlag eine Freihandelszone macht. Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik ist damit auf dem Festland des offiziell sich noch als kommunistisch bezeichnenden Staatsgebiets Finanzkapitalismus möglich. Das heißt: Internationale Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister dürfen anlegen und spekulieren, wie sie es in Frankfurt, Hongkong und New York auch tun.

Mehr Wettbewerb im chinesischen Finanzsektor ist durchaus eine gute Idee. Denn so sehr in westlichen Ländern mehr staatliche Regulierung im Bankensystem vonnöten ist – auf China trifft das Gegenteil zu. Das bisherige Bankensystem der Volksrepublik mit seinem Einheitszinssatz hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Staatsunternehmen

und Großkonzerne in der Volksrepublik noch größer, mächtiger, aber auch ineffizienter geworden sind.

Kleine und mittelständische Unternehmen hingegen erhalten wegen einer höheren Risikobewertung nur schwer Zugang zu Krediten und müssen sich zu horrenden Zinsen Geld von informellen Banken leihen – außerhalb jeglicher staatlichen Kontrolle. Chinas Kapitalmarkt ist so völlig außer Rand und Band geraten. Die ausländische Konkurrenz könnte diesen Missstand zumindest ein Stück weit aufheben.

Von einem ausartendem Finanzkapitalismus bleibt die Volksrepublik trotz des Schanghai-Experimentierfelds ohnehin weit entfernt. Die Erfahrung in China lehrt: Nur was das Machtmonopol der regierenden Kommunistischen Partei nicht gefährdet, wird irgendwann auch im Rest des Landes eingeführt. Das heißt: Solange die KP nicht abdankt – nie. Umwelt + Wirtschaft SEITE 8



Sinnlose Selbstverpflichtung

ELEKTRONIK Nicht nur Handys produzieren zu viel Müll. Damit Tablet und Co nachhaltiger werden, muss die EU endlich neue Regeln durchsetzen

Den Prototyp gibt es schon. Hellgrau, sehr eckig im Vergleich zu dem, was man sonst von Smartphones gewohnt ist, und mit kleinen Symbolen auf der Rückseite: Unter dem Batterie-Icon befindet sich der Akku, unter der Uhr der Prozessor, unter dem Mikrofon das Audiomodul. Hinter den Klötzchen verbirgt sich eine gute Idee: Warum werfen wir unser Telefon weg und kaufen uns ein neues, wenn irgendwas zu langsam, zu alt oder es schlichtweg kaputt ist? Warum tauschen wir die einzelnen Teile nicht einfach aus?

Niemand will dicke Handys

Das Problem ist kein geringes: Laut Branchenverband Bitkom liegen bundesweit mittlerweile 86 Millionen Telefone ungenutzt in Schubladen. 86 Millionen Akkus, Prozessoren, Kabel und Kontakte, mit Materialien wie Plastik, Kupfer, Gold und Coltan. Die meisten Komponenten, selbst die Akkus, werden heute fest eingebaut – auch in Tablets und Notebooks. Die feste Verbindung erschwert aber nicht nur das Recycling der enthaltenen Rohstoffe. Sie verkürzt auch die Lebensdauer der Geräte. Klar, man kann ein kaputtes Handy einschicken, Wochen warten, derweil eines der 86 Millionen Schubladentelefone nutzen, den Akkutauch bezahlen und dann das alte Gerät weiter nutzen. Aber lohnt sich das? Für den Hersteller bislang nicht. Und der setzt alles daran, Langlebigkeit auch für den Nutzer unattraktiv zu machen.

Ideen wie die „Phonebloks“ des Niederländers Dave Hakkens wollen dieser Wegwerfkultur ein Ende setzen. Anders als die Telefone auf dem Markt ist das eckige Smartphone aus einzelnen Modulen zusammengesetzt. Akku, Speicher, Kamera – alles in kleinen grauen Kästen verpackt, die über eine Hauptplatine miteinander verbunden sind. Vorne ein Bildschirm drauf, fertig, so präsentiert Hakkens das Ergebnis. Die Idee klingt tatsächlich bestechend: Ist der Prozessor zu langsam, tauscht man ihn gegen einen schnelleren aus. Wer kein WLAN nutzt, aber gern Fotos macht, baut eine große Kamera ein. Warum mit dieser Methode nicht mal eben den Markt revolutionieren? Selbst wenn das Gerät erst mal ein recht nischiges Produkt wäre – was heute wenige nutzen, kann es übermorgen schon Mainstream sein.

Die Probleme liegen woanders. Etwa in der Frage, ob so ein Handy tatsächlich viel nachhaltiger wäre als ein herkömmliches Smartphone. Zunächst einmal würde ein modulares

Telefon nämlich mehr Material verbrauchen als ein vergleichbares Kompaktgerät. Denn die Technik in den auswechselbaren Modulen muss gut verpackt sein, um beim Umstecken nicht kaputtzugehen. Das macht das Telefon recht dick – ganz gegen den Trend zu immer schlankeren Geräten.

Fairphone ist die bessere Idee

Um einen positiven ökologischen Effekt zu erzielen, müssten die einzelnen Teile zudem länger genutzt werden als herkömmliche Telefone. Wenn also nach drei Jahren ein alter Akku ausgetauscht wird und sonst nichts, würden die Ressourcen effizienter genutzt. Wechselt ein Nutzer aber im Halbjahrestakt den Prozessor, um mehr Leistung zu erzielen, ist der Ökoeffekt dahin. Zumal offen bleibt, wie kompatibel die einzelnen Teile wären. Funktioniert die neue, leistungsfähige Kamera mit dem alten Prozessor?

Vielversprechender erscheint daher das Fairphone. Nicht, weil ein paar der rund 30 Metalle im Gerät aus fairen Quellen stammen. Sondern weil die Hersteller alles dafür tun, dass die Nutzer es lange verwenden können und dabei wenig Müll produzieren. In einer normalen Handyverpackung befinden sich nicht nur Gerät und Akku, sondern auch Ladekabel, Adapter, Kopfhörer, Polster und Ähnliches. Fürs Fairphone muss der Kunde das Zubehör ausdrücklich bestellen und extra bezahlen. Den Akku kann der Nutzer selbst tauschen, der Slot für eine zweite SIM-Karte macht ein Zweithandy überflüssig, und das Display besteht aus zwei Schichten. Wird die äu-

ßere beschädigt, lässt sie sich ersetzen, ohne den Sensor erneuern zu müssen.

Das Fairphone, mit 25.000 Stück nur für einen Minimarkt gemacht, zeigt vor allem eines: Es ist möglich, auf vier, fünf ökologisch besonders kritische Punkte zu achten und trotzdem ein nach Leistungs- und optischen Kriterien konkurrenzfähiges Telefon zu produzieren.

Bleibt nur die Frage, wer ein Interesse daran hat. Bislang ist die Elektronikindustrie in Sachen Nachhaltigkeit nicht weiter aufgefallen. Besteht das Risiko, die kurzen Kaufzyklen zu gefährden, werden die großen Hersteller den neuen Beispielen kaum folgen – jedenfalls nicht freiwillig. Das zeigt schon der Konflikt um die Ladekabel.

Die Sache mit dem Ladekabel

Rund 30 unterschiedliche Modelle gibt es auf dem Markt, jedem neuen Handy liegt eines bei. Es wird ein Handyleben lang genutzt und landet mit dem Telefon auf dem Elektroschrott. Nach Schätzungen der EU-Kommission wächst dieser Berg EU-weit um 51.000 Tonnen pro Jahr. Die Kommission hat daraus eigentlich den richtigen Schluss gezogen: Die Hersteller müssen den Neuschrott reduzieren. Leider beschränkt sich Brüssel dabei bislang auf Appelle an den guten Willen, mit entsprechend kosmetischen Resultaten: Als die Hersteller sich endlich auf ein einheitliches Ladegerät geeinigt hatten, war die Laufzeit der ausgehandelten Selbstverpflichtung schon fast wieder um. Als größter Querschläger gilt hier übrigens Apple: Das Unternehmen hat die – zwar erlaubte, aber eben auch mehr Müll produzierende – Variante eines Kabels plus Adapter gewählt.

Eine neue Vereinbarung gibt es bislang nicht, und so erscheint eine EU-Verordnung inzwischen fast wahrscheinlicher als eine weitere Einigung der Hersteller. Eines zeigt der Widerstand der Industrie in der vergleichsweise marginalen Kabelfrage klar: Mit gutem Willen ist auf Herstellerseite nichts zu machen. Nun ließe sich wieder bei den Verbrauchern anfangen, etwa mit einem Handypfand. Das kann die Recyclingquote sicher erhöhen. Mindestens ebenso wichtig sind aber Maßnahmen, die greifen, bevor das Telefon in der Schublade landet. Müssen die Hersteller alles, was der Nutzer selbst austauschen und reparieren könnte, entsprechend einbauen, steigt die Lebensdauer der Geräte. Die EU sitzt hier am richtigen Hebel. Sie muss ihn nur noch umlegen.

SVENJA BERGT



VON NINA APIN

Nein, ich war nicht dabei. Nein, ich kann mich kaum erinnern. Nein, ich möchte nicht darüber sprechen. Wer heute danach fragt, wie es in den Siebzigern und Achtzigern zu pädophilenfreundlichen Einstellungen und Beschlüssen kommen konnte, bekommt es meist mit einer dieser drei Antworten zu tun. Die Angst derer, die damals jung waren, vor dem moralischen Furor der heute Jungen wiegt schwer. „Wie konntet ihr nur Sex zwischen Erwachsenen und Kindern gutheißen?“ – diese Frage verlangt, von heute aus gesehen, nach Erklärung. Es waren ja nicht nur ein paar grüne Landesverbände, die einvernehmlichen Sex“ mit unter 14-Jährigen zeitweise okay fanden. Sondern große Teile des Alternativmilieus, darunter auch der linke FDP-Nachwuchs. Personen, die heute eine wichtige Rolle im Establishment spielen. Warum dachten sie damals so? Die Erinnerungslücken sind groß und die Bereitschaft zum Reden gering. Was bleibt, sind konkrete Daten und Fakten, denen man sich kriminologisch nähern kann.

Kaum Empörung

Zum Beispiel die Konferenz in Grünberg. Im März 1980 trafen sich rund 200 Jungdemokraten in dem hessischen Städtchen zu einer Bundesdelegiertenkonferenz. Alle elf Landesverbände hatten ihre Delegierten ordnungsgemäß angemeldet und ihre Anträge dabei. Die Berliner brachten einen Antrag auf „Gleichberechtigung für sexuelle Minderheiten“ ein. Das Anliegen: Niemand dürfe mehr seiner sexuellen Orientierung wegen diskriminiert werden. Dies sollte für schwule Beamte genauso gelten wie für praktizierende Sodomasochisten. Oder für sanfte Pädophile. Unter der Überschrift „Keine Bestrafung der freiwilligen und einvernehmlichen Sexualität“ beschloss man laut Protokoll: „Die Paragraphen 173 (Inzest), 174 (Sexualität mit Schutzbeholdenen), 175 (besonderes „Schutzalter“ für männliche Homosexuelle), 176 (Sexualität mit Kindern) sind zu streichen.“

Der FDP-Nachwuchs wollte also mehrheitlich einen wichtigen Teil des Sexualstrafrechts abschaffen. Als der Beschluss von Grünberg unlängst öffentlich wurde, hielt sich die Empörung erstaunlicherweise in Grenzen. Obwohl vergleichbare Beschlüsse der Grünen auf Kommunal- und Bundesebene zu Rücktrittsforderungen an das aktuelle Personal führten. Die Jungdemokraten von damals haben Glück: Keiner von ihnen ist mehr FDP-Mitglied, kaum einer noch in der Politik aktiv.

Die Jungdemokraten, die sich 1982 von der FDP abspalteten und seitdem ein parteiunabhängiger Jugendverband sind, sind nicht vergleichbar mit den neoliberalen JuLis. Wer damals in Grünberg dabei war, vertrat bürgerrechtliche bis radikal linke Positionen: gegen den Nato-Doppelbeschluss, für die Straffreiheit von Abtreibung und Homosexualität. Die Delegierten von damals sind heute Mitglieder der SPD oder der Linkspartei. Sie haben es weit gebracht, sind Staatssekretär, Polizeipräsident einer Großstadt, Vorstand einer Im-



Die Jungdemokraten waren ein aufmüpfiger FDP-Flügel: Hier diskutiert ein Jungdemokrat 1973 in Berlin mit Mitgliedern der FDJ, der damaligen DDR-Jugendorganisation Foto: Lehnartz/Ullstein

Liberaler Liebesfantasien

PÄDOPHILIE Im März 1980 beschloss der FDP-Nachwuchs, „einvernehmlichen“ Sex mit Kindern zu erlauben. Wie konnte es zu diesem Beschluss der Jungdemokraten kommen? Eine Spurensuche

mobilenbank, Vorsitzender einer Politikstiftung geworden. Öffentlich will keiner von ihnen über Grünberg reden. Anfragen werden nicht beantwortet oder von Sekretärinnen abgewimmelt – zu groß ist die Sorge, mit dem Schmuddelthema Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Es äußert sich nur, wer auch heute noch etwas zu verlieren hat im politischen Geschäft.

Christoph Strässer, damals Vorsitzender der Jungdemokraten, sitzt heute für die SPD im Bundestag. Im Wahlkampf-Endspurt erklärte er den Beschluss von 1980 zum „groben Unfug“, den er notgedrungen mitgetragen habe. Andrea Arcais, SPD-Europakandidat aus Münster, sagt am Telefon, er könne sich noch gut an einzelne Diskussionen in Grünberg erinnern.

„Beherrschende Themen waren der bevorstehende Bruch der sozialliberalen Koalition. Und die massenhafte Abwanderung unserer Mitglieder zu den Grünen. Darüber redeten wir uns die Köpfe heiß.“ Sexualthemen hätten damals nur einen kleinen Kreis der Delegierten interessiert, ihn als friedensbewegten 19-Jährigen nicht. „Ich kann mich beim besten Willen nicht daran erinnern, darüber mit ab-

gestimmt zu haben“, sagt Arcais heute. „Könnte aber gut sein – ich will mich nicht rausreden“. Aus heutiger Sicht fände er die Abschaffung der Paragraphen 173–176 auch problematisch. Die Jungdemokraten hätten einen Widerwillen gegen staatliche Reglementierung gehabt, auch für die Gleichberechtigung von Schwulen und Frauen sei man selbstverständlich eingetreten. Der Beschluss sei trotzdem kein Freifahrtsschein für Pädophile: Schließlich sprachen sich die Delegierten auch dafür aus, die Bestrafung für Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und den sexuellen Missbrauch Widerstandsunfähiger zu verschärfen, wenn das Opfer ein Kind ist.

Dass Kinder eines besonderen Schutzes bedürfen, war den Jungdemokraten also klar. Auch dass es dafür gesetzliche Schranken braucht. Sie saßen aber dem – im linksalternativen Milieu der damaligen Zeit verbreiteten – Irrtum auf, dass es „einvernehmliche“ Sexualbeziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen gibt. Der Schauspieler Gerd Manfred Arndt, der Ende der 70er in Dortmund die SchwuDos aufbaute, einen Arbeitskreis Schwuler Jungdemokraten, erinnert sich: Schwulen- und Frauen-

NACHRUF

Ikone

Auch außerhalb Ghanas ist der Schriftsteller, Poet und Diplomat Kofi Awoonor (*Foto*) als literarisches Genie weltberühmt. Dann nahm er an einem Literaturfestival in einem Einkaufszentrum in Nairobi teil und wurde Opfer der Islamisten, die das Westgate Shopping Center überfielen **SEITE 16**



Foto: ap

DOKUMENTATION

Talentscout

Du schaffst das! Der Gelsenkirchener Suat Yilmaz sucht den Bildungsnachwuchs in Deutschland. Für die ARD bereist er die Schulen im Ruhrgebiet auf der Suche nach begabten Arbeiterkindern, die er unterstützen kann: beim Abitur, bei der Studienwahl, beim Wechsel auf die Hochschule **SEITE 17**

MONTAG,
30. SEPTEMBER 2013

13

DIE GESELLSCHAFTSKRITIK

Essensspiele

■ **WAS SAGT UNS DAS?** Burger King bringt Pommes in einer Light-Version auf dem Markt – mit 40 Prozent weniger Fett

Wir mögen es doch alle, uns selbst zu verarschen, damit wir ein besseres Gewissen zu haben. Um Kalorien zu sparen, greifen wir zur Cola light anstatt zur richtig bösen Zuckerbombe. Auch fettarme Chips schreien in unseren Köpfen weniger laut „Sünde!“ als ihr Mutterprodukt. Und wenn wir mal zur Kalorienhöhle McDonald’s gehen, dann holen wir uns sicher nicht nur Salat und Mineralwasser.

Und was macht Burger King? Die wollen jetzt auch ihren Beitrag zur Übergewichtsbekämpfung leisten, um ihr ungesundes Image aufzupolieren. Mit „Satisfries“, einer Wortkombination aus „Satisfaction“ (Zufrieden-

heit) und „French Fries“ (Pommes), schicken sie eine Alternative zu den herkömmlichen Fritten ins Rennen. Diese gesünderen Pommes trumpfen mit 40 Prozent weniger Fett und 70 Kalorien weniger als die McDonald’s-Fritten auf.

Da Gesundheit ein teures Gut ist, verkauft Burger King die kalorienärmeren Pommes mit einem Aufpreis von gut 20 Cent. Der fettige Beilagen-Burger ist bei diesen „guten“ Pommes dann nur noch halb so schlimm. An einer anderen Stelle wurden ja schon Kalorien gespart, denkt man, und beißt genüsslich in Ungesundes.

Wir können nun also eine riesengroße Portion fettarme Pommes kaufen und uns freuen, dass wir Kalorien sparen. Was ein Selbstbetrugswahnsinn. Aber irgendwie auch witzig. LIM



Echte Fritten mit viel Fett und noch mehr Kalorien Foto: dpa

DIE DREI FRAGEZEICHEN

„Es ist kinderleicht“

■ **WIE BITTE?** Ein Brite hatte genug von Firmen, die ihm am Telefon Versicherungen verkaufen wollten. Jetzt verdient er selber daran

taz: **Herr Beaumont, wie verdient man Geld mit Werbeanrufen?**

Lee Beaumont: In den letzten Jahren haben mich fast täglich irgendwelche Firmen angerufen und wollten mir Versicherungen oder Handyverträge aufschwätzen, meistens auch noch während meine Lieblingsserie im Fernsehen lief. Irgendwann habe ich gedacht: Jetzt reicht’s! und wollte meine Telefonnummer ändern. Im Internet las ich, dass ich mit einer neuen Nummer vielleicht etwas dazuverdienen könnte. Also richtete ich mir eine kostenpflichtige Hotline ein und gab diese anschließend bei jeder Gelegenheit als Kontakt an.

Kann man das so einfach?

Es ist kinderleicht. Das Einrichten einer solchen Nummer dauert keine fünf Minuten und kostet in Großbritannien einmalig 10 Pfund. Monatliche Gebühren fallen nicht an. Bei den meisten Anbietern kann man sich außerdem aussuchen, was der Anrufer pro Minute zahlen muss. Allerdings muss man sich an ein paar Regeln halten. Zum Beispiel muss man jedem Anrufer mitteilen, dass es sich um ein kostenpflichtiges Gespräch handelt.

Das schreckt die Anrufer nicht ab?

Manche legen sofort auf, aber viele wollen wissen, warum ich so eine Nummer habe. Ich antworte immer ehrlich, dass ich die Einnahmen als Entschädigung für meine verlorene Zeit sehe. Wer mich auf meiner Hotline anruft, bezahlt 12 Pence Grundgebühr und anschließend pro Minute 10 Pence, von denen 7 an mich gehen. Seit November 2011 sind so schon über 340 Pfund zusammengekommen. Mittlerweile freue ich mich sogar über Werbeanrufe. Seit meine Idee in den Medien ist, hat sich die Zahl der Anrufer verdreifacht.

INTERVIEW: ROBERT IWANETZ

■ Lee Beaumont, 25, ist Internet-Unternehmer und lebt in Leeds

ANZEIGE

Die Wochenzeitung
Jungle World
präsentiert:
Die extradicke
Ungarn-Sonderausgabe!
Ab 2. Oktober
im Handel!
Achtung, scharf!

GESAGT IST GESAGT

„Wir werden unsere Inhalte nicht auf dem Ramschtisch verhöckern“

STELLVERTRETENDE SPD-VORSITZENDE
HANNELORE KRAFT

„Ich verspreche, die beste Miss World aller Zeiten zu sein“

DIE NEUE MISS WORLD HEISST
MEGAN YOUNG. DIE 23 JAHRE ALTE
PHILIPPINERIN GEWANN DEN UM-
STRITTENEN SCHÖNHEITSWETTBEWERB

Wie geht es uns, Herr Küppersbusch?

Die Fünfprozenthürde gehört abgeschafft, und ausgerülpste Moralgase wehen in Richtung SPD

taz: **Herr Küppersbusch, was war schlecht in der vergangenen Woche?**

Friedrich Küppersbusch: Immer noch keine Neuwahlen. Was wird besser in dieser?

Eurobonds wäre ein Thema, dass die CDU der SPD nicht klauen kann, das zerrisse sie. Aber kann die SPD?

Erstmals will die SPD ihre Mitglieder über die Bildung einer Großen Koalition auf Bundesebene mitentscheiden lassen. Eine gute Idee?

Pragmatisch. Der Untergang der „Titanic“ wäre sicher reizvoller geworden mit vielen tausend „Ja zum Eisberg“-Zetteln an Bord.

Die Linken haben die FDP zur Hölle gewünscht, jetzt ist sie aus dem Bundestag raus. Ist die Welt ohne die Liberalen im Parlament tatsächlich besser dran? Die linksliberalen Grünen und die nationalliberale AfD wäre eine Sortierung, mit der etwa die Niederlande seit Jahrzehntengut auskommen. Wobei an der AfD nichts liberal ist und an den Grünen wenig links. Für die Union wird der Weiße-Kragen-Rassismus des AfD die erste ernsthafte Gefahr einer Konkurrenz von rechts. Ob man das taktisch bejubeln kann oder moralisch betrauern, weiß der Henker. Der Henker der SPD, Gerhard Schröder, findet es duftete und warf mitten im Kuschelwahlkampf jäh die flackernde Fackel Richtung „Griechenrettung“. Prognose: Man wird der FPD nachrühmen, dass sie sich bei Gefahr des Todes nicht verhaudert hat.

SPD, Linke und Grüne haben eine Mehrheit im Bundestag. Die sie wohl wieder einmal nicht nutzen werden. Was ist dieser Begriff „strukturelle linke Mehrheit“ eigentlich noch? Der Trostpreis für linke Wähler? Die



Foto: imago

Das Bild des privatisierten Oskar Lafontaine, wie er statt politischer Antworten seinen neugeborenen Sohn vom Balkon zeigt, prismsiert: Es ging um Testosteron

Selbstvergewisserung, dass man trotz verllorener Wahl doch auf der richtigen Seite steht?

Jetzt wäre es ein „Eingehungsbeitrag“ – die drei haben diese Mehrheit bekommen unter dem Versprechen, sie nicht zu nutzen. CDU und FDP haben in der Wende die Blockparteien fröhlich kauernd aufgemampft – samt Mitgliedern und Geld und Immobilien. Nun rülpfen sie seit über 20 Jahren Moralgase in Richtung SPD und Grüne, die anständig bis zur politischen Bulimie waren. Die SPD wird das Thema jetzt abräumen. Adenauer hat seine frühere Zentrumsparterie überredet, für drei sichere Wahlkreise in anderen Gebieten nicht mehr anzutreten, einen solchen Deal in manchen Westländern fand ich sinnvoll für SPD und Linke. Und es wäre sehr sexy, das unter dem Rubrum „Methode Adenauer“ zu verkaufen.

Es gibt eine Diskussion, ob die Fünfprozenthürde weg soll. Soll sie?

Sie isst, bei der kommenden Europawahl. Das Verfassungsgericht hat sie auf 3 Prozent gesenkt – mit der Schmunzelbegründung „dieses Parlament wählt eh keine Regierung“. Also AfD drin und FDP spannend. Bei der Bundestagswahl wählten 28,5 Prozent gar nicht, fast 16 Prozent der Wahlstimmen fielen unter die Hürde. Merkel hätte beinahe eine absolute Mehrheit an Mandaten für kaum ein Drittel der Wahlberechtigten bekommen. Das Weimarer Parlament war, ohne Sperrklausel, mit bis zu 17 Parteien oft gelähmt. Eine Drei-prozenthürde würde Fans kleiner Parteien ermutigen. Nur die FDP wäre gekniffen – ihr traditionell einziges Ar-



Foto: Wächter/Caro

gument „helft uns über 5 Prozent“ wäre perdu.

Mit Schröder hat er seit seinem Rücktritt 1999 nicht mehr gesprochen: Oskar Lafontaine, Fraktionschef der Linken im Saarland, findet: „Vielleicht hätte ich SPD-Parteichef bleiben sollen.“ Typisch Lafontaine?

Das Bild des privatisierten Lafontaine, wie er statt politischer Antworten seinen neugeborenen Sohn vom Balkon zeigt, prismsiert: Es ging um Testosteron. „Ich kann, Schröder nicht.“ Die große Baum der deutschen Sozialdemokratie ist an eitel Ründenpisse fast verdorrt, und gerade weil das an Armseligkeit nicht mehr zu unterbieten ist, ist es nun auch mal gut damit. Der SPD gehen die Ausreden aus, und dass ein bedeutender sozialistischer Demokrat wie Lothar Bisky stirbt, ohne dass ein SPD-Vorsitzender zum Gedächtnis eilt, verlängert beispielhaft die Schande. Mal ab davon, dass aus dem bürgerlichen Lager nur Hotte Köhler an dem Tag nichts Besseres vorhatte. Lafontaines legendäre Schmähung Schmidts, mit Sekundärtugenden könne man auch ein KZ leiten, ist in vollem Umfang auf ihn zurückgeschlagen. Mit nichts als dicke Eier kann man auch eine gute Sache ruinieren. Der Fairness halber: In die Liste der Eigenbürgelverehrer gehört ganz vorn auch Joschka Fischer, der hinterher alles besser weiß.

Und was machen eigentlich die Borussen?

Zum Abpfiff des 5:0 begann die „Lange Dortmunder Museumsnacht“. Das ergab eine sensationelle Mischung aus Hochkultur, Südgegröle und dem gemeinsamen Nenner Bratwurst. FRAGEN: CAK, DAS



FOHLENROLLE. FIEDEL. PFAFFENHOFEN. HIE UND DA IST ES GANZ NÜTZLICH, DAS F. ABER IST DER KONSONANT NOCH ZEITGEMÄß?

Ich verkaufe ein F

Na, den „neuen Kehlmann“ schon gelesen? Ich ja nicht, aber die Werbung des Rowohlt Verlags hat mich nachdenklich gemacht: „Bislang war F nur irgendein Buchstabe.“ Genau, überlegen Sie mal: Wer hätte sich bislang groß einen abgebrochen über das F? Das war halt bislang einfach irgend so ein Buchstabe – klar, ganz nützlich zum Schreiben von Wörtern wie Fischers, Fritz, fängt, frische, Fische, Furunkel, Farfalle, Pfaffenhütchen, Affenpfötchen und ... irgend so Wörter halt. Aber darüber hinaus? Bislang? Schon von den Etruskern, die es seinerzeit aus dem Altgriechischen übernommen hatten, ist nur gleichgültiges Schulterzucken über das F überliefert. F? Pffff.

Und aus dem altgriechischen Alphabet war das F in seiner damaligen Form namens Diagamma (da hieß es wenigstens noch cool; note to self: top Romantitel!) sogar schon mal rausgeflo-

gen, weil’s nicht mehr gebraucht wurde.

Im heutigen Deutsch nun ist das F der achtzehnthäufigste Buchstabe – 18.! Woanders ist das ein Abstiegsrang. Achtzehnter von 26! Mit 1,66 Prozent Häufigkeit in deutschsprachigen Texten – dahinter folgt nur noch Kropfzeug wie das Z, das J, das Y und das notorische Q. Da war es unter dem Primat der Leistungsorientierung eigentlich schon lange mal fällig, das F auf den Prüfstand zu stellen. Sagen wir so: Ein Controller mit etwas Schwung in der Fuchtel hätte diesen kulturromantischen Schmu schon längst beendet und das F wegrationalisiert, freigestellt aus dem deutschen Alphabet, wo wir hier ja wirklich andere Probleme haben, als einem abgehalfterten Konsonanten die Eier zu schaukeln. Ein Manager mit Pfiff hätte das F unter Verweis auf die phonetischen Synergieeffekte mit dem V fusi-

WORTKLAUBEREI
JOSEF WINKLE

oniert, das seinerseits abgeschlagen auf Platz 22 herumkrebst (mit lachhaften 0,67 Prozent), aber wenigstens ein schnittig-zeitloses Design vorzuweisen hat, mit dem durchaus noch was anzufangen wäre auf dem Weltmarkt.

Jetzt hätte ja ein Daniel Kehlmann sagen können: D. Das ist ein Buchstabe, der macht was her, da schwingt was mit, der hat eine Anmutung, da kommt was rüber, und der steht mir auch persönlich viel näher als beispielsweise ein F. Ich nenne mein von weiten Teilen der halben Welt erwartetes neues Buch „D“.

Auch das A hätte was, oder das N, das I, das E sowieso, aber auch das L ist nicht ohne. Oder warum nicht K? Spitzenbuchstabe, klingt toll mit, ehlmann“. So aber hat sich der Autor als Gönner des F positioniert und dieses – bislang nur irgendein Buchstabe – auf ein völlig neues Level gehoben. Wird man diesen dergestalt literarisch geadelten Buchstaben jetzt überhaupt noch unbefangen verwenden können für so banale Dinge wie ... Fallobst. Funkplatte. Ficken. FDP gar? Gut, gerade für Letztere wird man’s in der nächsten Zeit weniger brauchen, und wenn man bedenkt, was in den letzten Jahren über deren Auf und Nieder in die Zeitungen, scheint’s, hat geschrieben werden MÜSSEN und dass sich solcherlei Artikel jetzt hoffentlich erst mal bis auf Weiteres erübrigen: Das könnte das F glatt noch einen Rang oder zwei kosten. Zum Glück hat es jetzt den Promibonus.

DIE FÜNFTAGEVORSCHAU | KOLUMNE@TAZ.DE

Dienstag Jacinta Nandi Die gute Ausländerin	Mittwoch Matthias Lohre Konservativ	Freitag David Denk Fernsehen	Montag Anja Maier Zumutung	Dienstag Deniz Yücel Besser
---	---	------------------------------------	----------------------------------	-----------------------------------



Wohnsiedlung in Kosice Foto: Anja Schäfer/X-Apartments

Stadt der Trennungen

KULTURAUSTAUSCH Nach Kosice, im Osten der Slowakei, lud das Goethe-Institut Künstler zur Erkundung der Stadt ein. Im theatralen Parcour X-Apartments folgen Besucher deren Entdeckungen

VON KATRIN BETTINA MÜLLER

Endlich ist es geschafft. Das „Folk Architecture Monument“ steht: Drei alte Scheunen aus Holz, die der slowakische Künstler Tomas Dzadon in einem Dorf abgebaut hat, thronen seit Freitag auf dem Dach eines 13-geschossigen Hochhauses in Kosice, der zweitgrößten Stadt der Slowakei. Fast sieben Jahre hat Dzadon sein Projekt verfolgt und die finanziellen Mittel zuletzt über Crowdfunding zusammenbekommen.

Einen Tag zuvor noch standen die aus massiven langen Holzbalken gebauten Scheunen auf den Parkplätzen in Lidické, einer der vielen Hochhaussiedlungen, die wie ein Ring die Altstadt von Kosice seit den 1960er Jahren umgeben. Hier erzählte Tomas Dzadon von seinem Interesse für Traditionen. Holz und Beton, das sind die Stoffe, aus denen Vergangenheit und Gegenwart gebaut sind. Er selbst ist, wie mehr als 50 Prozent der Slowaken heute, in einer Hochhaussiedlung aufgewachsen. Während er redet, riecht es nach Holz, nicht nur von den Arbeiten an der Rekonstruktion der Holzhäuser, sondern auch vom Feuer aus den Abfällen in einer Schubkarre. Heiße Sauerkrautsuppe mit Wurstscheiben bietet Dzadon hier seinen Gästen an.

Seine Gäste sind Besucher des Projekts X-Apartments, einem Erkundungsparcours zu 14 Wohnungen in und außerhalb der Stadt Kosice, zu der das Goethe-Institut aus Bratislava eingeladen hat. Anlass, Künstler aus der Slowakei, Deutschland, Österreich, Polen und England in Kosice zusammenzubringen, ist, dass die Stadt in diesem Jahr mit Marseille den Titel Kulturhauptstadt Europas trägt. Gesucht wurde nach Projekten, die einen Bogen zwischen der ansehnlich restaurierten Altstadt und den von den urbanen Strukturen und

dem kulturellen Leben abgeschnittenen Hochhausvierteln schlagen.

Die Leerstelle

Das Goethe-Institut bewarb sich mit X-Apartments, einem Format, das der Theatermacher Matthias Lilienthal vor mehr als zehn Jahren erfunden hat und das inzwischen mehrfach in Berlin, im Ruhrgebiet, in Sao Paulo, Istanbul, Johannesburg und zuletzt in Beirut stattgefunden hat. Die beiden Berliner Kuratorinnen Katrin Moll und Johanna Höhmann warben bei den Künstlern, sich mit der Stadt, ihren Bewohnern, Architekturen und Geschichten auseinanderzusetzen. Vier Tage lang konnten Besucher jeweils zu zweit von Station zu Station pilgern und den Entdeckungen der Künstler folgen.

Der Brite Phil Collins, der die Bilder populärer Medien gerne nach unbeabsichtigten Aufladungen abtastet, nutzte im Zentrum von Kosice ein schönes al-

tes Kino, dessen sachlicher Jugendstil selbst noch im verwischten Zustand der Gegenwart von der einstigen Euphorie für die Moderne erzählt. In den verschlossenen Saal des Usmev-Kinos schauen die Besucher nur durch die kleinen Fenster in der Kammer neben den ratternden Projektoren. In Schwarz-Weiß sind merkwürdige Bilder zu sehen, ein Mann mimt einen Vogel im Baum, Verfolgungsjagden sehen wie ein Kinderspiel aus; irgendetwas unterläuft der Film, ein mehrere Jahrzehnte altes Fragment eines unbekannten slowakischen Künstlers, ständig die Regeln der Illusionserzeugung. Collins Installation hat etwas von der Begegnung mit einem unbekannten Kontinent, der Subkultur der Slowakei. Sie erzählt von Fremdheit und von Bewunderung für eine kaum greifbare Schönheit.

Der Rundgang durch X-Apartments im Zentrum von Kosice ist von vielen Geschichten um Ver-

luste und Sehnsüchte geprägt. In einer leeren und frisch renovierten Wohnung, die gleich neben einer Synagoge für den Rabbi vorgesehen ist, erzählt ein temperamentvoller Student aus Israel, der in Kosice Medizin studiert, dass die kleine jüdische Gemeinde der Stadt keinen Rabbi mehr hat. Zuzeit ist er, der Student, Stellvertreter des Rabbiners. Zugeht ihm die Rolle des Erzählers die österreichische Künstlerin Anja Solomonowitz. Atemlos rast seine Stimme durch die Geschichte der Gemeinde von einst mehr als 11.000 Juden, ermordet in den Lagern der deutschen Nationalsozialisten.

Er zeigt auf die frisch gestrichenen Wände, an denen lange Fotos der ermordeten Familien hängen, eine Gedenkstätte, die sich der erste nach 1945 nach Kosice zurückgekehrte Rabbi eingerichtet hatte. Heute kommen in der alten Synagoge oft nicht die 10 Mitglieder zusammen, die ein Gottesdienst braucht. Die leere Wohnung, zwischen koscherer Schlächtereier, Restaurant und Synagoge gelegen, markiert eine deutliche Leerstelle, von der sehr unsicher scheint, ob sie wieder gefüllt wird.

In einer anderen Zeit

Kosice liegt ganz im Osten der Slowakei, nahe der Grenzen zur Ukraine und Ungarn, und gehörte in den vergangenen Jahrhunderten oft auch zu Ungarn. Die Geschichte der Grenzziehungen wird in zwei Wohnungen im Stadtzentrum thematisiert, voller Zorn über politische Willkür, voller Trauer über zerrissene Familien.

In anderen der kurzen Performances geht es um die anhaltende Ausgrenzung der Roma; davon hört man in Saca, einem Vorort von Kosice, ursprünglich als Idealstadt für die Arbeiter eines Stahlwerks geplant. Da sitzt man dann betroffen einer sechsköp-

figen Familie gegenüber, die sich auf ihrem Sofa unter dem Bild der Maria zusammendrängt und von ihrer Suche nach Arbeit und der Zurückweisung erzählt.

Die Suche nach Kontakten in die jüdische Gemeinde und die Gruppen der Roma war für das Team von X-Apartments ein Kern ihres Projekts und nicht einfach; viel wurde probiert, bis man Vermittler und Mitspieler fand. Die Fenster, die sich jetzt öffnen, sind klein, jede Erzählung erzeugt mehr Nachfragen, als dass sie Antworten gibt. Das Format X-Apartments, das ja jeder Performance nur 10 Minuten gibt, hat sich mit dem Blick auf die Probleme der sogenannten Minderheiten in der Slowakei gleich auch sehr viel auf die Schultern geladen. Aber im Vor-sichtigen, Tastenden der Begegnung scheint eben auch der tiefe Graben der Trennung der unterschiedlichen Gemeinschaften im Alltag auf.

In Saca begegnet man auch einer Rentnerin, die früher Köchin im Stahlwerk war, einer kirchlichen Gruppe im Kampf gegen den Alkoholismus vorstand und in der kommunistischen Partei war. Ihr kleines Wohnzimmer ist mit dem Foto eines Birkenwaldes tapeziert, darüber läuft ein Film der slowakischen Künstlerin Pavlina Fichta Cierna, in dem Irena Cerna aus ihrem Leben erzählt. Darunter sitzt sie aufgeregt den Zuhörern gegenüber, die am Ende ihre Auszeichnungen, die auf ein rotes Samtkissen geheftet sind, bewundern dürfen. Daraus spricht so ein ungebrochener Stolz, dass ihr Leben von den Gästen eines Kunstprojektes angeschaut wird, aber auch eine berührend tiefe Einsamkeit, verhaftet sein in einer Zeit, deren Werte längst nicht mehr gelten. Wegen solchen kostbaren Augenblicken ist das Format X-Apartments unschlagbar.

Das gute Leben der Protestanten

VORTRAG Das Kampnagel-Theater präsentierte sich als Denkfabrik

Zur Spielzeiteröffnung lud das Kampnagel-Theater in Hamburg am Samstag zusammen mit der „Zeit“-Stiftung zum „Fortschritts-Camp“. Ein Vortrag zum Thema „Wie viel ist genug?“ vom keck gekleideten britischen Keynes-Biografen Lord Robert Skidelsky sollte für den Tag den Ton angeben. Das gleichnamige Buch (Kunstmann 2013), eine Streitschrift gegen den „Wachstums-wahn“, das er zusammen mit seinem Sohn Edward Skidelsky verfasst hat, hielt sich im Frühjahr eine Weile auf den hiesigen Bestsellerlisten.

John Maynard Keynes, so holte Skeddesky aus, habe 1930 prognostiziert, der technische Fortschritt werde, indem er die Produktivität stetig erhöhe, eines Tages dazu führen, dass die Menschen kaum noch arbeiten müssten. Das Staunen darüber, dass diese Vorhersage nicht eingetreten ist, obwohl immer mehr Arbeit von Robotern erledigt wird, befeuert heute seine Suche nach Lösungen. Denn: Kaum jemand wolle doch eigentlich noch so viel arbeiten, wie wir es heute tun. Wenn immer mehr Menschen größeren Wert auf Freizeit legen, müsse man dem Genüge tun: mit einer drastischen Verringerung der Wochenarbeitszeit und der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Dass trotzdem viele bereit sind, mehr zu arbeiten als nötig, habe seinen Ursprung in der Unsättlichkeit der Menschen. Die Werbung produziere unnötigerweise immer noch zusätzliche Bedürfnisse. Sein Sohn und er treten daher etwa für die Eindämmung von Werbung ein. Nicht zur Sprache kam eine Einschränkung des individuellen Konsums, wie ihn die beiden im Buch predigen und dabei ihre von protestantischer Ethik geprägten Vorstellungen von einem „guten Leben“ ausbreiten.

Den technischen Fortschritt zu verteufeln, wie Niko Paech, ist Robert Skidelskys Sache nicht. Ihm ist auch nicht das ökonomische Wachstum an sich ein Dorn im Auge. Wohl aber das Bruttoinlandsprodukt als alleiniges Maß unseres Wohlstands und das krisenhafte Expandieren der Finanzwirtschaft. Da vor allem möchte er das Rad der Geschichte zurückdrehen. Und, betonte Skidelsky zum Ende, wir müssten zurück zur Politik der Vollbeschäftigung. Gefragt nach den Akteuren dieser Umkehr, verwies das parteilose Mitglied des britischen Unterhauses auf den Klassenkampf, der seiner Meinung nach zwischen den in der Finanzwirtschaft Tätigen und allen anderen im Gange sei – und auf eine „leise Revolte“ in Richtung eines postkapitalistischen Lebens. **CHRISTIANE MÜLLER-LOBECK**

BERICHTIGUNG

Kein Platz für Kurzmeldungen heute. Aber eine Sache wollten wir schon gerne loswerden: 180 Autor/innen des Suhrkamp-Verlags haben erneut einen Aufruf verfasst, in dem sie drohen, den Suhrkamp-Verlag zu verlassen. Die Drohung geht an Hans Barlach und die Gläubiger, die Ende Oktober dem Sanierungsplan des Verlags zustimmen sollen.

open mike 2013

taz-Publikumspreis

Der taz-Publikumspreis zum open mike 2013 – werden Sie Jury-Mitglied!

Zum 21. Mal verleiht die Berliner Literaturwerkstatt den open mike. Die taz ist auch in diesem Jahr wieder dabei und verleiht zum sechsten Mal den taz-Preis der Publikumsjury. Auch Sie können Jury-Mitglied werden! Der taz-Publikumspreis wird im Anschluss an die Vorträge am 9. und 10. November 2013 verliehen und beinhaltet den Abdruck eines Auszugs aus dem Gewinnertext in der taz.

Bewerben Sie sich als Jury-Mitglied – nähere Informationen unter: www.taz.de/openmike

VON TAHAR BEN JELLOUN

Tahar Ben Jelloun ist Muslim, Awoonor Christ, beide wahrten ein Leben lang kritisch ironische Distanz zu ihrer jeweiligen Religion. Beide engagieren sich in politischen und sozialen Fragen, schreiben in den Sprachen der ehemaligen Kolonialherren, der eine in Französisch, der andere in Englisch.

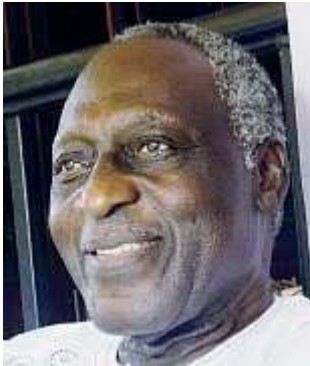
Der große ghanaische Dichter Kofi Awoonor ist in Nairobi bei der Geiselnahme im Westgate-Einkaufszentrum wie viele andere Menschen auch ermordet worden. Sein Sohn, der ihn begleitete, wurde verletzt. Der 78-jährige war ein Vertrauter des ersten ghanaischen Präsidenten Kwa-

me Nkrumah und vertrat sein Land bei der UN in New York. Er gilt als Dichter der afrikanischen Würde. Seine Gedichte sind von der oralen Tradition seines Volkes inspiriert und behandeln soziale und politische Themen. Er betrachtet sein Land, schöpft aus dessen Landschaften und Geschichte, um zum ausgebeuteten und von selbst ernannten Glücksbringern verratenen Volk zu sprechen.

Der Zufall ist manchmal tragisch. Sicher kannten Awoonors Mörder ihn nicht; es sind in jedem Fall Analphabeten, die nicht einmal wissen, was sie tun. Dieser große Mann, der sich für Menschenrechte und den Dialog zwischen den Völkern einsetzte, wurde Opfer von religiösem In-

Auch Dichter sterben einen absurden Tod

NACHRUH Der marokkanische Autor Tahar Ben Jelloun gedenkt seines ghanaischen Dichterkollegen Kofi Awoonor, der am 21. September 2013 bei dem Terroranschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum in Nairobi ums Leben kam



Kofi Awoonor Foto: K. Anyidoho/afp

tegrismus, verbrecherischem Fanatismus. Er glaubte an ein neues Afrika, ganz befreit vom Kolonialismus, das sich derer entledigt, die er „Schurken und böse Menschen“ nennt. Er kämpfte gegen Korruption und kulturelle Entfremdung.

Der radikale Islamismus gewinnt insbesondere in Afrika an Boden; dieser absurde Fundamentalismus konnte aus Mali verjagt werden; er beruht auf der Ignoranz und dem Zynismus unsichtbarer Menschen, die Verbrechen finanzieren im Namen einer Religion, deren Namen und tiefer Sinn Frieden bedeuten.

Die jungen Fanatiker von al-Shabaab kommen aus Somalia, einem Land, das seit 1991 und dem Sturz von Siad Barre im Cha-

os lebt, einem Land ohne Rechtsstaat. Sie sind berüchtigt für ihre Brutalität. Sie haben sich al-Qaida angeschlossen und seit 2009 556 terroristische Anschläge verübt, dabei sind 1437 Menschen ermordet worden. Zwischen ihnen und den Piraten an der somalischen Küste besteht eine Verbindung. Sie werden auf 7.000 Mann geschätzt und sollen 80 Prozent des somalischen Territoriums kontrollieren.

Kofi Awoonor musste nun ausgerechnet dem Kugelhagel dieser Gauner zum Opfer fallen, die den Überlebenswillen durch den Todesinstinkt ersetzt haben, den Tod der anderen oder den eigenen.

Aus dem Französischen von Christiane Kayser

Ein neues Morgengrauen überquerend

Manchmal lesen wir die / Linien im grünen Blatt / Streichen mit den Fingern über / Die Glätte des kostbaren Holzes / Unserer alten Bäume

Manchmal rätselt sogar / Der Sonnenuntergang wenn wir / Nach den Linien suchen / Die die Wolken bewegen / Nach dem Farbschema / Mit den vielfältigen Strukturen / Die der erste Künstler schuf

In den Straßen wird wieder getanzt / Kinderlachen ertönt / durch das Haus / Am Meeresstrand, die jüngsten Ruinen / Von den letzten Stürmen / Erinnern an den Reichtum der Vorfahren / Geplündert, gestohlen, versetzt / Von einem unverantwortlichen Großvater / Der wie ein Herr lebte / Und kommende Generationen verdammt / Zu Verzweigung und Ruin

Doch wer sagt, unsere Zeit sei vorbei / Der Sargzimmerer und der Grabschaufler / Sprächen sich ab / Oder die Priester hätten ihre Gewänder gelüftet / Und der Chor, wie die Trommler / Probtren?

Nein; wo der Wurm isst / Wächst ein Korn. / Die beratenden Gottheiten / Haben die Zeit bemessen / Mit langatmigen / Argumenten der Ewigkeit

Wenn der Tod / An die Tür klopft mit seiner eigenen / Unverwechselbaren Visitenkarte / Findet er ein Heim vor / Durch Lachen und Tanzen auferstanden / Und das Fest des Fleisches / Des jungen Lamms und des roten / Jungen Maisbreis

Wir sind die Zelebranten / Deren Felder von / Schurken und anderen / Bösen Menschen überlaufen / Wurden, die unseren Tanz unterbrechen / Mit obszönen Liedern und bösen Gesten

Jemand sagte, ein kranker Fisch / Sei unsere Lagune hochgeschwommen / Auf der Suche nach einem Abladeplatz der Last / Wie es der Ursprüngliche Plan vorsieht

Meister, wenn Ihr der Ruderer / Unseres Bootes sein könnt / Bitte tut es, tut es. / Ich habe Euch vormals gebeten / Es war an einem Strand / Zuhause wo die / Strandpromenade zusammengeschrumpft ist / Auf den kurzen Raum der Kindheit

Wir heißen die Reisenden willkommen / Kehrt auf dem neuen Boot nach Hause zurück / Frisch gezimmert aus dem aufrechten Baum.

■ Kofi Awoonors letzter Gedichtband, der 2014 erscheinen soll, heißt „Promises of hope“ (Hoffnungsversprechen; University of Nebraska, Press and the African Poetry Book Fund, 2014). Er schreibt in Englisch. „Ein neues Morgengrauen überquerend“ ist eines seiner letzten Gedichte

Aus dem Englischen von Christiane Kayser

Im Innern der Zelle

LOCKED UP Der Beitrag des Prinzhorn-Museums zum 5. Fotofestival Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg

VON URSULA WÖLL

14 Jahre, bis zu seinem Tod 1965, war der Schlosser Julius Klingebiel in der Verwahranstalt Göttingen interniert. In diesen langen Jahren bemalte er die Wände seiner 9-qm-Zelle über und über mit surrealen Bildern, man ist versucht zu sagen, um nicht verrückt zu werden. Das Gesamtkunstwerk ist nun in der Ausstellung „Locked up – Die Zelle“ im Heidelberger Prinzhorn-Museum rekonstruiert. Zu sehen ist auch der Zellenboden, den Marie Lieb 1894 mit Sternen aus gerissenen Betttuch-Streifen verzier-

te, ein hilfloser Versuch, einen Rest ihrer Selbstbestimmung zu retten. Auf keiner der vielen anderen ausgestellten, unbeholfenen Zeichnungen von Anstaltsinsassen, gerne Selbstporträts, fehlt das vergitterte Fenster, das die Ausgrenzung aus der Gesellschaft symbolisiert.

Einst legte man diese Zeugnisse der Not ungerührt in den Krankenakten ab, wo sie der junge Arzt Hans Prinzhorn aufstoberte, sammelte und 1922 in seinem Buch „Bildnerei der Geisteskranken“ interpretierte, gefolgt 1926 von der „Bildnerei der Gefangenen“. Nach 1968 waren sie

Beweisstücke in den heftigen Debatten, die das Prinzip der Zelle grundsätzlich infrage stellten. Franco Basaglia arbeitete damals auf die schrittweise Schließung von Anstalten hin, in Triest konnte man lesen: „La libertà è terapeutica“ (Freiheit heilt). Helga Einsele reformierte als Leiterin des Frankfurter Frauengefängnisses vieles in zähem Beharren, schrieb aber in ihren Lebenserinnerungen: „Anzustreben ist nicht ein besserer Strafvollzug, sondern etwas, das besser ist als Strafvollzug.“ Heute werden die Exponate vor allem als Outsider-Kunst bewundert, Kritik an der

Praxis des Wegsperrens provozieren sie kaum noch.

Grenze des Sujets

Für die Ausstellung „Locked up – Die Zelle“ werden sie mit zahlreichen Aufnahmen von Fotojournalisten konfrontiert, also mit dem „neutralen“ Blick von außen auf die Misere. Die Fotos belegen, wie die Isolierten bis heute im Schreiben und Zeichnen ein Ventil für ihr Mitteilungsbedürfnis suchen. Da ist etwa die Aufnahme von 2011, mit der Stuart Franklin die Zeichnung einer Oase auf der Zellenwand eines libyschen Gefängnisses verewigte.

Der 1956 geborene englische Fotojournalist ist wie alle übrigen Fotografen des „Fotofestivals Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg“ Vollmitglied der legendären Magnum-Fotoagentur. Es scheint, als hätten sie alle die besonders krassen Fälle inhumanen Wegsperrens gesucht. Waren sie besonders investigativ und machten Skandale öffentlich? Oder beugten sie sich dem Marktgesetz des Magazinjournalismus, das spektakuläre Storys belohnt? Jedenfalls fehlen Bilder aus fortschrittlichen Anstalten, in denen freilich die Ausgrenzung ähnlich leidvoll erfahren wird.

Wir sehen Menschen, darunter Kinder, in asiatischen oder osteuropäischen, ja sogar in israelischen und französischen Verliesen vegetieren, die an die berühmten Kerker des italienischen Barockmalers Piranesi erinnern. Doch selbst diese Bilder können uns nicht in die Haut der Abgelichteten versetzen. Der 1948 geborene Magnum-Fotograf Jean Gaumy, der Anstalten in Caen und Rouen fotografierte, schrieb 1979 dazu: „Ich stoße hier an die Grenze des Sujets, aber auch die der Dokumentarfotografie an sich. Vor allem die Zeit, Zeit ohne Abwechslung, monoton, zum Verzweifeln: sie ist für das Auge nicht darstellbar. Das Foto der Mauern, der Gitterstäbe, der Uniformen, der Blicke der Häftlinge? Das ist nichts als Kulisse – ein bisschen Exotik.“

Die Prinzhorn-Ausstellung ist Teil des „5. Fotofestivals Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg“, das an sieben weiteren Ausstellungsorten in den drei Städten stattfindet. Das Festival zeigt ausschließlich Fotos aus dem Magnum-Archiv, insgesamt über 1.300 Bilder von etwa 60 Fotografen. Selbst die Kuratorin

Die Fotos belegen, wie die Isolierten bis heute im Schreiben und Zeichnen ein Ventil suchen

Andréa Holzherr kommt von Magnum. Mit der Krise der Printmedien ist sie nun dafür zuständig, dass die Agentur im Museum in Erscheinung tritt und der legendäre Magnum-Mythos nicht verblasst. Business as usual also? Nicht ganz, denn das Festival-Mammütunternehmen feiert sein 5. Jubiläum als Biennale, auch diesmal ermöglicht durch die BASF.

Für sie fällt Kultursponsoring längst nicht mehr unter die „Grenzgänge“ oder „Trans-Territories“, wie der Titel lautet, der die acht Ausstellungen aus dem Magnum-Archiv zusammenzuführen sucht. Im Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen finden Grenzüberschreitungen der harmlosen Art im Privaten statt, in Form unkonventioneller Fassaden etwa, die Martin Parr zeigt, oder den Ritualen von Jugendgangs, die der Kunstverein zeigt. „Uprooted – Exil“ in der Kunsthalle Mannheim dokumentiert weltweit die unfreiwilligen Grenzgänge von Flüchtlingen in eine ungewisse Zukunft. Entwurzelung heißt auch das Schicksal der chinesischen Wanderarbeiter, mit dem sich der Fotograf Liu Jie auseinandersetzt. Der Abzug der US-amerikanischen GI's aus Mannheimer Kasernen Ende letzten Jahres, dokumentiert aus der Sicht der Betroffenen, ist eine Auftragsarbeit des Festivals.

■ Bis 10. November, Katalog (Kehrer Verlag) 20 Euro



Stuart Franklin, Wandzeichnung im Abu-Salim-Gefängnis in Tripolis, Libyen, 2011 Foto: Stuart Franklin

DAS SOLLTEN SIE SEHEN

Bang!

■ 22.25 Uhr, ZDF, „Inglourious Basterds“; Drama, R: Quentin Tarantino D: Brad Pitt, Christoph Waltz, Diane Krüger Die Jüdin Shosanna muss mitansehen, wie ihre auf einem Bauernhof versteckte Familie von Gehilfen des SS-Obersten Hans Land exekutiert wird. Ihr gelingt die Flucht, vier Jahre später ist sie Kinobetreiberin in Paris und schwört immer noch Rache. Derweil massakrieren die „Inglourious Basterds“, eine Gruppe jüdisch-amerikanischer Soldaten, jeden Nazi, der ihnen über den Weg läuft. Quentin Tarantino



Melanie Laurent als Shosanna
Foto: François Duhamel

nimmt sich raus, die Geschichtsschreibung zu ignorieren, und lenkt das Augenmerk auf die Rachefantasien seiner Protagonisten. Das gelingt ihm unver schämt gut.

MEDIENTICKER

„GALA MEN“

Neue Konzeption

HAMBURG | Gala-Chefredakteur Christian Krug erhöht die Frequenz und verändert die Konzeption von *Gala Men* – das berichtet der Mediendienst Mee- dia. Aus der auf Beauty und Fashion ausgerichteten Zeitschrift soll ein „Premium Personality- und Lifestyle-Magazin“ werden. Damit ist der ehemalige *Max*-Chefredakteur Krug in seinem Element. Die überarbeitete *Gala Men* soll im kommenden Jahr alle zwei Monate, statt zweimal pro Jahr erscheinen. (taz)

MITARBEITER DER WOCHE

Richard David Precht

Der Philosoph Richard David Precht wird am 2. Oktober mit dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichnet. Das gab die Fernsehpreis-Jury bekannt. Der promovierte Germanist erhält den Preis in der Kategorie „Besondere Leistung“ für seine Gesprächs- sendung „Precht“. „Richard David Precht bereichert mit seinen aufregenden und anregenden Gesprächen schon im ersten Sende- jahr die deutsche Fernsehland- schaft“, sagte die Juryvorsitzende Christiane Ruff. (taz)



Illustration: Inga Israel

Die Elite, die von unten kommt

DOKU II „Du schaffst das!“, ein Film über einen Uni-Präkariat-„Talentscout“ (21.45 Uhr, ARD)

Die Deutschen wünschen sich vor allem Stabilität, heißt es, und so haben sie sich zwölf Jahre nach ersten Pisa-Schock ganz gut eingerichtet in einem Zustand von pädagogischem Mittelmaß statt Bildungsrepublik.

Stabil sind besonders die sozialen Milieus: Akademiker und bildungsferne Schichten reproduzieren sich selbst. Eine ARD-Doku setzt hier an: „Kamen 1985 29 Prozent der Studenten aus der untersten sozialen Schicht, waren es 2012 nur noch 9 Prozent.“ Ein Hochschulrektor wollte nicht länger tatenlos zusehen. Off-Text: „Hier an der Westfälischen Hochschule glaubt man an die Elite, die von unten kommt.“ Der Rektor hat einen „Talentscout“ eingestellt, der in Schulen nach dieser suche. Der Scout Suat Yilmaz sucht den Zugang über seine eigene Biografie: Migrantenkind, keine Unterstützung von den Eltern, von der Schule geflogen, dann ein Pädagoge, der sein Potenzial trotzdem erkannt hat. Genau das will Yilmaz nun auch sein und setzt auf das persönliche Gespräch. Die vier Jugendlichen im Film sind entsprechend gecastet: vier Abiturienten aus bildungsfernen Familien. Jetzt müssen sie nur noch motiviert werden, dass ein Studium genau das Richtige für sie ist.

Yilmaz kann das und ist deshalb in Nicole Rosenbachs Geschichte für die Holdenrolle vorgesehen. Das Storytelling-Dogma hat die Autorin ebenso verinnerlicht wie den typischen Sound der TV-Politmagazine. Die Einwände wären geschmack- leich, betrafen sie nur die Machart des Films. Gerade aber die Heldengeschichte, die sie erzählt, verkärt den Blick: Natürlich sind die vier Jugendlichen Ausnahmeerscheinungen. Nur wenige unterprivilegierte Kinder geraten in die Verlegenheit, ein Studium auch nur zu erwägen. Und natürlich setzt die soziale Selektion im gegliederten deutschen Schulsystem schon viel früher ein.

JENS MÜLLER

Die versteckten Schmuckstücke

DOKU I Beim Symposium „Reclaim Television“ traf sich das Wer ist Wer der Branche. Neben Schlagwörtern wie „Kampagnenfernsehen“ und „Immersionism“ ging es aber vor allem um die neue Generation Filmemacher

AUS KÖLN
RENÉ MARTENS

Ist der Aufruf, alte Obst- und Gemüsesorten zu bewahren, „hochpolitisch“? Ja, sagt Rolf Schlenker, beim SWR zuständig für die Entwicklung neuer Formate. Es gehe um die „Schlüsselgewalt über unsere Ernährung“. Deshalb plant der SWR gerade die kämpferische Reihe „Rettet die alten Sorten“. Vorbild ist die Dokureihe „The Great British Property Scandal“ von Channel 4.

Diese Projekte fallen in die Kategorie „Kampagnenfernsehen“ – eines der Buzzwords, die das zweitägige Symposium „Reclaim Television“ prägte, das Ende der vergangenen Woche im Filmforum NRW in Köln stattfand. TV-Programm- und Filmemacher wie Schlenker präsentierten hier ihre Konzepte sowie neue Projekte. Vor allem ging es darum, was heute wichtig ist für die „Stoffentwicklung für dokumentarische Formate“. So lautete der Untertitel der Veranstaltung, die die Dokumentarfilminitiative im Filmbüro Nordrhein-Westfalen organisiert hatte.

Die Frage, „ob ein Stoff Kampagnen-Potenzial hat“, werde „in der Stoffentwicklung immer stärker eine Rolle spielen“, sagt Schlenker. Der Inbegriff der Kampagne mit dokumentarfilmischen Mitteln ist Valentin Thurns Film „Taste the Waste“, der das Wegwerfen von Lebensmitteln anprangert. Er lief im Herbst 2010 zuerst im Fernsehen



Der Dokumentarfilm „Taste the Waste“ prangert das Wegwerfen von Lebensmitteln an Foto: WDR

und startete ein Jahr später in einer anderen Fassung im Kino – wobei die TV-Ausstrahlung dabei half, Organisationen wie Slowfood ins Boot zu holen. Thurn initiierte auch eine Onlinekampagne, schrieb ein Buch („Die Essensvernichter“) und gründete den Verein Foodsharing.

Neben dem „Kampagnenfernsehen“, bei dem ein Film nur ein, wenn auch zentraler Teil eines größeren Projekts ist, prägten weitere durchaus optimistische Schlagworte das Symposium: Fabian Döring und Florian Müller – beim NDR verantwortlich für die Reihe „7 Tage ...“, in der sich TV-

Die besten Stoffe entstehen dann, wenn sich Autoren auf Menschen einlassen

Autoren als eine Art Praktikant in das (Arbeits-)Leben anderer Menschen begeben, sangen ein Loblied auf die „Waffen der Empathie“, die 3sat-Filmredakteurin Katya Mader setzt in der Reihe „Ab 18“ auf „cineastische“ Autoren dokumetarfilme, die „nicht leicht konsumierbar“ sind; Maik Bialk und Dorothee

Pitz schließlich, beim WDR zuständig für „Hier und heute unterwegs“, verfochten einen „poetischen Realismus“.

Bialk begreift sich eher als Leiter einer Autorenwerkstatt und nicht, wie viele Doku-Redakteure, als Produktmanager. Es gehe ihm darum, dem „Entfremdungsprozess zwischen Dokumentarfilmen und dem Apparat Fernsehen“ entgegenzuwirken. Aufschlussreich war vor allem, was die WDR-Leute zum Thema Stoffentwicklung äußerten. „Das Konzept entsteht beim Drehen“, sagt Pitz, die aufwendige Exposés für kontraproduktiv

hält. Anders gesagt: Die besten Stoffe sind jene, die vorher nicht entwickelt wurden – sie entstehen dann, wenn sich Autoren auf Menschen und Situationen einlassen oder gar in sie eintauchen, um den beim Symposium ebenfalls kursierenden englischen Begriff „immersionism“ aufzugreifen. Den brachte Tom Littlewood ein, Chefredakteur der deutschen Ausgabe des Vice-Magazins und als Autor tätig für die Reihe „Wild Germany“, die die TV-Abteilung von Vice für ZDFneo produziert hat. Bei „Wild Germany“ habe man davon profitiert, „die Geschichte nicht vorher auf Papier präsentieren zu müssen“. In der Regel wollen Redakteure vorher aber genau wissen, was der Autor – und seine Protagonisten – sagen werden, um die so genannte Wirklichkeit vorausplanen zu können.

Insgesamt zeigte „Reclaim Television“, dass es in der Altersgruppe von unter Anfang 40 TV-Redakteure gibt, die für eine Art neue alte Schule stehen. Sie haben einen stärkeren Bezug zu den Ursprüngen des Dokumentarfilms als die Älteren in den höheren Etagen. Die Crux: Die Sender verstecken ihre Schmuckstücke.

Der NDR zeigt „7 Tage ...“ sonntags um 15.30 Uhr, und „Hier und heute unterwegs“ ergeht es nicht besser: Die 30-minütigen Dokus laufen im WDR Fernsehen samstags um 18.20 Uhr – ausgerechnet zur beliebten „Sportschau“-Zeit.

JENNY ELVERS GEWINNT „PROMI BIG BROTHER“. DARAUF EINEN PROSECCO. PROST!

ARD	12.00 Tagesschau 12.15 ARD-Buffer 13.00 ZDF-Mittagsmagazin 14.00 Tagesschau 14.10 Rote Rosen 15.00 Tagesschau 15.10 Sturm der Liebe 16.00 Tagesschau 16.10 Das Waisenhaus für wilde Tiere 17.00 Tagesschau 17.15 Brisant 18.00 Verbotene Liebe 18.50 Großstadtrevier: Hafenpastor – Der Schein trügt. D 2009 20.00 Tagesschau 20.15 Wilder Rhein (1/2) 21.00 Hart aber fair 22.15 Tagesthemen 22.45 Du schaffst das! 23.30 Rechtlos und ausgeliefert? Schicksal Demenz 0.15 Nachtmagazin 0.35 Polizeiruf 110: Kinderparadies. D 2013	21.55 heute-journal 22.25 Inglourious Basterds. Actionfilm, D/USA 2009. Regie: Quentin Tarantino. Mit Brad Pitt, Mélanie Laurent 0.50 heute nacht 1.05 Ein Teil von mir	RTL	12.00 Punkt 12 – RTL-Mittagsjournal 14.00 Die Trovatos 15.00 Verdachtsfälle 16.00 Familien im Brennpunkt 17.00 Die Schulumittler 17.30 Unter uns 18.00 Explosiv – Das Magazin 18.30 Exclusiv – Das Star-Magazin 18.45 RTL Aktuell 19.05 Alles was zählt 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten 20.15 Wer wird Millionär? 21.15 Was verdienst Du? 22.15 Extra – Das RTL Magazin 23.30 30 Minuten Deutschland 0.00 RTL Nachtjournal 0.30 10 vor 11 0.55 Was verdienst Du? 1.55 Bones – Die Knochenjägerin: Zwei Hexen im abgebrannten Haus. USA 2010	PRO 7	12.30 Scrubs – Die Anfänger 13.20 Two and a Half Men 14.15 The Big Bang Theory 15.35 How I Met Your Mother 17.00 Taff 18.00 Newstime 18.10 Die Simpsons 19.05 Galileo 20.15 Die Simpsons 21.15 The Big Bang Theory 22.10 Circus Halligalli 23.10 TV total 0.10 The Big Bang Theory 1.10 Stargate 2.45 Supernatural	ARTE	8.30 X:enius 9.00 Schenstress – Frankreich im Elitewahn 10.10 Im Reich der Zwergmenschen 11.00 Die Papuas, zwischen Tradition und Fortschritt 12.00 Reisen für Genießer 12.30 ARTE Journal 12.40 Silex and the City 13.00 360° – Geo Reportage 13.55 Novemberkind. Geschichts- drama, D 2008. Regie: Christian Schwochow. Mit Anna Maria Mühe, Ulrich Matthes 15.25 Zu Tisch in ... 15.55 Die Eroberer (1/4) 16.40 X:enius 17.05 Was Du nicht siehst 17.35 Tödliche Aschewolke 18.25 Myanmar – Leben am großen Strom (1/2) 19.10 ARTE Journal 19.30 Der Löwenflüsterer (1/2) 20.15 Der eiskalte Engel. Krimi, F/1967. Regie: Jean-Pierre Melville. Mit Alain Delon, Caty Rosier	KI.KA	8.00 Sesamstraße 8.25 Der Mondbar 8.50 Floris Drachen 9.00 Kleiner Roter Traktor 9.25 Feuerwehrmann Sam 9.45 Mit-Mach-Mühle 9.55 Au Schwarte! 10.25 Clifford, der kleine rote Hund 10.50 Tabaluga 11.15 Der kleine Ritter Trenk 11.40 Mia and me 12.10 Wendy 12.30 Die Sendung mit der Maus 12.55 Die Schule der kleinen Vampire 13.05 Garfield 13.45 Majority Rules	3SAT	18.30 nano 19.00 heute 19.20 Kulturzeit 20.00 Tagesschau 20.15 Puffpaffs Happy Hour 21.00 Stuttgarter Kabarettfestival 2013 22.00 ZIB 2 22.25 Berg und Geist: Hansjörg Schneider 22.55 "Krebs ist doof" 23.45 Reporter 0.10 10 vor 10 0.35 Pixelmacher	BAYERN	18.00 Abendschau 18.45 Rundschau 19.00 Querbeet 19.45 Dahoam is Dahoam 20.15 laVita 21.00 Lebenslinien 21.45 Rundschau-Magazin 22.00 Faszination Wissen 23.00 puzzle 23.30 Nachtlinie 23.30 LeseZeichen 0.00 Rundschau-Nacht 0.10 Dahoam is Dahoam	SWR	18.00 SWR Landesschau aktuell 18.15 Sport am Montag	18.45	SWR Landesschau Rheinland-Pfalz 19.45 SWR Landesschau aktuell 20.00 Tagesschau 20.15 Die Landärztin – Vergiss- meinicht 21.45 SWR Landesschau aktuell 22.00 Sag die Wahrheit 22.30 Verstehen Sie was? (4/5) 23.15 2+Leif 23.45 Der Autobahnkrieg – Damals und heute 1.10 Die Besten im Südwesten 1.40 Die Montagsmaler 2.30 Dings vom Dach	HESSEN	18.00 maintower 18.20 Brisant 18.50 service: zuhause 19.15 alle wetter! 19.30 hessenschau 20.00 Tagesschau 20.15 Kein schöner Land 21.00 Servus Hansi Hinterseer 22.45 hessenschau kompakt 22.45 heimspiel! 23.30 Der Staatsanwalt hat das Wort: Rosi fehlt. DDR 1988 0.55 Mr. Brooks – Der Mörder in dir. Psychothriller, USA 2007. Regie: Bruce A. Evans. Mit Kevin Costner, Demi Moore	WDR	18.05 hier und heute: Ein Herz für Daniel 18.20 Servicezeit 18.50 Aktuelle Stunde 19.30 Lokalzeit 20.00 Tagesschau 20.15 Yvonne Wilkics – Der Große Haushaltscheck	21.00	markt 21.45 WDR aktuell 22.00 Die Klüngel-Republik 22.45 sport inside 23.15 Cecilia Bartoli – Maria Malibran 0.10 Spätschicht – Comedy Bühne 1.00 Domian 2.00 Lokalzeit aus Köln 2.30 Lokalzeit aus Aachen 3.00 Lokalzeit aus Düsseldorf 3.25 Lokalzeit Bergisches Land 3.55 Lokalzeit Ruhr	MDR	18.05 Brisant 19.00 MDR Regional 19.30 MDR aktuell 19.50 Mach dich ran 20.15 Am Kap der Liebe 21.45 MDR aktuell 22.05 Fakt ist...! Aus Erfurt 22.50 Die Spaziergängerin von Sans-Souci. Melodram, D/F 1982. Regie: Jacques Rouffio. Mit Romy Schneider, Michel Piccoli 0.45 artour 1.15 Fakt ist...! Aus Erfurt 2.00 Günther Jauch	PHOENIX	13.00 Pressekonferenz der CDU 14.30 Politiker auf Ochsentour 15.15 Mogelpackung Almidylle? 15.45 Stoff fürs Gewissen 16.00 Thema 17.15 SOS Griechenland 17.45 Vor Ort 18.00 "Ich sag jetzt nichts mehr!" 18.30 Der deutsche Adel 20.00 Tagesschau 20.15 Sehnsuchtsorte an der Adria 21.45 heute journal 22.15 Unter den Linden 23.00 Der Tag 23.10 Unter den Linden 0.00 Unter den Linden 0.45 Sehnsuchtsorte an der Adria 2.15 Als der Osten noch Heimat war
-----	--	--	-----	---	-------	--	------	--	-------	---	------	---	--------	--	-----	--	-------	---	--------	--	-----	---	-------	--	-----	--	---------	--

DAS OBERHAUS

7. SPIELTAG				
Augsburg – Gladbach	2:2			
Dortmund – Freiburg	5:0			
München – Wolfsburg	1:0			
Leverkusen – Hannover	2:0			
Hoffenheim – Schalke	3:3			
Berlin – Mainz	3:1			
Frankfurt – Hamburg	2:2			
Bremen – Nürnberg				
Braunschweig – Stuttgart				
1 Borussia Dortmund	7	+16	19	
2 Bayern München	7	+12	19	
3 Bayer Leverkusen	7	+10	18	
4 Hannover 96	7	0	12	
5 Hertha BSC	7	+5	11	
6 Mönchengladbach	7	+4	10	
7 FC Augsburg	7	-3	10	
8 1899 Hoffenheim	7	0	9	
9 VfL Wolfsburg	7	0	9	
10 Werder Bremen	6	-3	9	
11 FSV Mainz 05	7	-5	9	
12 Eintracht Frankfurt	7	-2	8	
13 FC Schalke 04	7	-6	8	
14 VfB Stuttgart	6	+2	7	
15 Hamburger SV	7	-7	5	
16 1. FC Nürnberg	6	-3	4	
17 SC Freiburg	7	-9	3	
18 Eintracht Braunschweig	6	-11	1	

8. SPIELTAG				
Freitag: Hannover - Berlin (20.30); Samstag: Schalke - Augsburg, Mönchengladbach - Dortmund, Stuttgart - Bremen, Wolfsburg - Braunschweig, Mainz - Hoffenheim (alle 15.30), Leverkusen - München (18.30); Sonntag: Nürnberg - Hamburg (15.30), Freiburg - Frankfurt (17.30)				

TOREERZIELER				
6 Tore: Robert Lewandowski (Dortmund)				
Anthony Modeste (Hoffenheim)				
Nicolai Müller				
5 Tore: Sami Alagui (Berlin)				
Pierre-Emerick Aubameyang (Dortmund)				
Vedad Ibisevic (Hoffenheim)				
Stefan Kießling (Leverkusen)				
Sidney Sam (Leverkusen)				

VERBALIEN DES SPIELTAGS
„Die individuellen Fehler waren sehr spannend. Die Leistung in der zweiten Halbzeit ist für mich nicht zu akzeptieren.“ (Schalkes Trainer Jens Keller zum Unentscheiden in Hoffenheim nach einer 3:1-Führung seines Teams)

„Am Ende des Tages kann man einfach nur ‚Scheiße‘ sagen.“ (Schalkes Dennis Aogo zum gleichen Thema)

„Der Trainer war wohl noch nie so laut in der Kabine.“ (Hertha-Kapitän Fabian Lustenberger über seinen Trainer Jos Luhukay)

„Ich habe nicht über Technik und Taktik gesprochen, sondern über Siegeswillen und die Gewinnermentalität“ (Jos Luhukay)

DAS UNTERHAUS

9. SPIELTAG				
Energie Cottbus – Bielefeld	4:2			
VfR Aalen – 1. FC Köln	0:1			
Erzgebirge Aue – Karlsruhe SC	3:0			
Düsseldorf – FSV Frankfurt	0:0			
SC Paderborn – Union Berlin	0:3			
Kaiserslautern – 1860 München	3:0			
SV Sandhausen – VfL Bochum	1:0			
FC Ingolstadt 04 – FC St. Pauli	1:2			
Greuther Fürth – Dynamo Dresden				
1 1. FC Köln	9	+10	17	
2 Greuther Fürth	8	+6	17	
3 1. FC Union Berlin	9	+5	17	
4 FC St. Pauli	9	+2	15	
5 Arminia Bielefeld	9	+1	14	
6 1. FC Kaiserslautern	9	+1	14	
7 TSV 1860 München	9	-2	13	
8 FSV Frankfurt	9	+4	12	
9 Karlsruher SC	9	0	12	
10 Sandhausen	9	0	12	
11 VfR Aalen	9	-1	12	
12 Erzgebirge Aue	9	-3	12	
13 Energie Cottbus	9	+2	11	
14 VfL Bochum	9	+1	11	
15 Fortuna Düsseldorf	9	-2	10	
16 SC Paderborn	9	-8	9	
17 Dynamo Dresden	8	-6	5	
18 FC Ingolstadt 04	9	-10	4	

10. SPIELTAG				
Freitag: Berlin - Sandhausen, St. Pauli - Paderborn, Bielefeld - Kaiserslautern (alle 18.30); Samstag: Dresden - Aalen, Karlsruhe - Köln (alle 13.00); Sonntag: Frankfurt - Aue, München - Cottbus, Bochum - Ingolstadt (alle 13.30); Montag: Düsseldorf - Fürth (20.15)				

NACHRICHTEN

Vier Tore vor

Borussia Dortmund hat seine Tabellenführung gegenüber dem FC Bayern München ausgebaut. Während die Borussen den SC Freiburg vor heimischer Kulisse mit 5:0 abfertigten, gelang den Bayern gegen den VfL Wolfsburg nur ein mühsames 1:0 (Müller, 63.). Damit hat sich der BVB in der Tabelle ein Polster von vier Toren erarbeitet. Oder erzaubert: Was die Mannschaft gegen die überforderten Breisgauer zeigte, macht sie zu einem ernsthaften Meisterschaftskonkurrenten der Bayern. Dortmunds Team sprühte nur so vor Spiellust und -witz und zeigte einen so unermüdlichen Offensivdrang, dass sich

selbst Freiburgs Trainer Chfristi-an Streich einer Begeisterung nicht ganz entziehen konnte: „Wenn ich nicht Trainer in Freiburg wäre, hätte mir das Zuschauen Spaß gemacht. So war es einfach nur schrecklich.“ Mit einer roten Karte für Diagne unmittelbar vor der Pause und dem darauf folgenden Elfmeter zum 2:0 für den BVB lief es für Freiburg aber auch denkbar unglücklich. Denn in Halbzeit zwei folgte, was Streich so beschrieb: „Das ist kein echter Wettkampf, wenn wir mit 10 gegen 11 in Dortmund spielen müssen. Gegen so eine herausragende Mannschaft wirst du in Unterzahl seziert.“

Big Three ganz klein

Ein Anblick, wie man ihn lange nicht gesehen hat, bietet sich einem derzeit beim Blick auf die Tabelle der englischen Premier League. Viele Jahre tummelten sich auf den ersten drei Plätzen die ewig gleichen Teams aus Manchester und von Chelsea London, doch nach sechs absolvierten Spieltagen in dieser Saison ist vieles anders. Mit dem FC Arsenal führt ein Klub die Tabelle an, der zwar durchaus zu den Großen gehört, aber der übermächtigen Konkurrenz zuletzt eher nicht mehr gewachsen war. Am Samstag gewann das Team um Neuzugang Mesut Özil mit 2:1 bei Swansea City. Torschütze

zum Führungstreffer: der junge Deutsche Serge Gnabry, der einst aus der Jugend des VfB Stuttgart nach London gewechselt war. Weniger gut lief der Spieltag für die Big Three: Während dem Tabellendritten Chelsea noch ein respektables 1:1 bei Tottenham gelang, blamierten sich die Teams aus Manchester. United verlor allen Ernstes zu Hause gegen West Bromwich (1:2) und steht mit nur sieben Punkten auf einem lange nicht gesehenen 12. Platz. City gab eine 1:2-Führung durch Tore von Yaya Toure und Dzeko bei Aston Villa noch aus der Hand und ist nun auf Rang fünf abgerutscht.

Gelobter Punkt

Durch ein spätes Tor von Marcel Jansen ist der Einstand für Hamburgs neuen Trainer Bert van Marwijk gerade noch so geglückt. Im Spiel bei Eintracht Frankfurt rettete der Linksverteidiger durch seinen Ausgleich zum 2:2 in der 86. Minute das Team vor einer neuerlichen Pleite. Den Rückstand durch Flum hatte Lassogga in der Nachspielzeit der ersten Halbzeit ausgeglichen. Lob für den Coach gab es von Sportdirektor Oliver Kreuzer. „Wir sind nach den Rückständen ruhiggeblieben und haben an unserer taktischen Marschroute festgehalten. Das kann man dem Trainer zuordnen.“

Das irre Votum

WM 2022 Sklaverei, Korruption, Homophobie – seit die Fifa das Turnier nach Katar vergeben hat, folgt ein Problem auf das andere. Es waren auch westliche Politiker, die das Spektakel unbedingt an den Golf bringen wollten



Der Anfang allen Übels. Fifa-Boss Blatter bei der WM-Vergabe an Katar Foto: reuters

VON ANDREAS RÜTTENAUER

Der Internationale Fußballverband ist also „besorgt“. Die Sklaverei in Katar, die Dutzende Stadionbauarbeiter aus Ostasien in diesem Sommer das Leben gekostet hat, soll auch von der Ethikkommission der Fifa untersucht werden. Das hat Theo Zwanziger vorgeschlagen, das deutsche Mitglied in der Exekutive des Weltverbands. Wie praktisch ist es da doch, dass die Ethikkommission sich ohnehin schon mit der WM 2022 in Katar beschäftigt. Michael Garcia, ein ehemaliger FBI-Ermittler, soll für die Moralinstitution der Fifa herausbekommen, ob bei der Vergabe der WM an das Emirat am Persischen Golf alles mit rechten Dingen zugegangen ist oder ob sich nicht doch der ein oder andere Fifa-Regent aus dem Exekutivkomitee hat bestechen lassen. Die Untersuchungen waren nötig geworden, weil das Votum für den Zwergstaat einfach zu absurd anmutete.

Es war ein regelrechter Schock, als Fifa-Boss Sepp Blatter am 2. Dezember 2010 in der Zürcher Fifa-Zentrale verkündete, dass Katar tatsächlich eine Fußball-WM austragen darf. Was soll

das, fragten sich nicht nur die trinkfreudigen Fans aus den traditionellen Fußballnationen Europas, die sich nicht vorstellen können, zu einem Turnier in eine Land zu reisen, in dem ein striktes Alkoholverbot herrscht. Sind wir willkommen? Das fragten sich auch homosexuelle Sportliebhaber, die um Länder wie Katar normalerweise einen großen Bogen machen. Gleichgeschlechtliche Liebe ist im Emirat verboten. Wer sich nicht daran hält, wird ausgepeitscht und muss ins Gefängnis. Darauf angesprochen, antwortete Blatter unmittelbar nach der WM-Vergabe: „Ich denke, dann sollten sie jegliche sexuelle Aktivität unterlassen.“ Er erntete Lacher unter den versammelten Journalisten und lachte selbst mit. Für ihn ist die homophobe Gesetzgebung in Katar nur ein nerviges Mini-problem.

Dass die wahren Probleme woanders liegen, das wusste der Fifa-Boss von Anfang an, auch wenn es dieser Tage so scheint, als habe die Fifa erst vor kurzem erfahren, dass die Sommer am Persischen Golf doch recht heiß werden können. Katar hatte in seiner Bewerbung den Bau vollklimatisierter Stadien verspro-

Über eine Verlegung der WM in die Wintermonate wird auf der Sitzung der Fifa-Exekutive am kommenden Donnerstag und Freitag in Zürich beraten

chen. Schnell war klar, dass sich die schönen Pläne von klimaneutralen heruntergekühlten Arenen technisch doch nicht so einfach verwirklichen lassen. Die große Klimadebatte begann, als Michel Platini, der Präsident der Europäischen Fußballunion Uefa, immer vehementer auf eine Verlegung des WM-Turniers in den Winter drängte. Über eine Verlegung wird auf der Sitzung des Fifa-Exekutivkomitees am kommenden Donnerstag und Freitag in Zürich beraten. Unter Tagesordnungspunkt 25 geht es um den „Zeitpunkt des Wettbewerbs“. Eine muntere Diskussion dürfte das werden. Fifa-Präsident Blatter würde gerne vor Weihnachten den Weltmeister küren, Michel Platini schwebt ein Termin im Januar vor, während die Katarer den Termin gerne im Sommer belassen würden. Derweil hat der Australische Fußballverband FFA, der sich ebenfalls für die WM 2022 beworben hatte, angekündigt, die Fifa auf 43 Millionen Dollar Schadenersatz zu verklagen, wenn das Turnier in den Winter verlegt wird. Ausgeschrieben gewesen sei schließlich eine WM im traditionellen Zeitraum vom Juni bis Juli. Relativ neu ist der Terminvor-

schlag, den der Vorstandsvorsitzende der FC Bayern München AG, Karl-Heinz Rummenigge, als Vorsitzender der ECA, einer Interessenvertretung der 103 besten europäischen Klubs, gemacht hat. Er hält einen Termin im April vor allem deshalb für ideal, weil dann die Terminkalender der Ligen in Europa nicht vollkommen umgestellt werden, sondern nur ein wenig verschoben werden müssten. Wer ihm diese Idee eingeflüstert hat, darüber wird spekuliert, seit Rummenigge dabei erwischt wurde, wie er nach einer Inspektionsreise zu WM-Projekten in Katar zwei sauteure Rolex-Uhren am Zoll vorbei nach Deutschland schmuggeln wollte. Rummenigge sagt, er habe die Uhren von einem Freund in Katar geschenkt bekommen. Wer dieser Freund ist und ob er mit der WM 2022 etwas zu tun hat, hat Rummenigge bis dato nicht verraten. Und so muss er nun damit leben, dass das Uhrenpräsent in all die Geschichten vom Schenken und Beschenkenlassen eingeordnet wird, die die WM-Vergabe in einem so finsternen Licht erscheinen lässt.

Doch es wird nicht nur von Korruption gesprochen, wenn es um das Votum für Katar geht. „Qatargate“ nannte das französische Fachmagazin France Football im Januar eine Titelgeschichte, in der sie die Geschichte der politischen Einflussnahme auf das Votum für das Emirat nachgezeichnet hat. Der damalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy soll dabei Michel Platini im Interesse der französischen Wirtschaft regelrecht umgebogen haben. War Platini zuvor noch für den WM-Bewerber USA, hatte er nach einer Einladung in den Élysée-Palast plötzlich sein Herz für die Katarer entdeckt, deren Sportkonzern Qatar Sports Investment kurz nach der WM-Vergabe seinen Sohn Laurent als Mitarbeiter angeheuert hat. In einem Gespräch mit der Wochenzeitung Die Zeit hat Sepp Blatter nun vor ein paar Wochen auch von politischer Einflussnahme gesprochen, wahrscheinlich auch, um gegen die immerwährenden Korruptionsvorwürfe gegen die Entscheider in seinem Verband abzulenken. Das nimmt der Einlassung indes nichts von ihrer Brisanz.

Es ist nicht allein der Fußball, der sich den reichen Katarern an den Hals wirft. Und die Sklavenhaltergesellschaft, die sich am Golf hat entwickeln dürfen, ist nicht allein das Werk von Sepp Blatter. Der hat übrigens damals nicht für Katar gestimmt.

MARATHON-WELTREKORD

Kipsangs lohnender Lauf



Es war kühl in Berlin an diesem Sonntagvormittag. Wärmer als zehn Grad wurde es nicht. Für Wilson Kipsang waren das die idealen Bedingungen. Der Läufer aus Kenia lief beim 40. Berlin-Marathon einen neuen Weltrekord. Nach 2:03:23 Stunden war er im Ziel und durfte schon feiern, während der Rest der 40.000 gestarteten Läufer noch

auf der Strecke war. Gelohnt hat sich die Reise nach Berlin für den 31-Jährigen nicht nur wegen der schönen Bilder im Ziel. Denn Kipsang darf 40.000 Euro Siegprämie mitnehmen und 50.000 Euro Weltrekordprämie. Eine solche will er bald schon wieder einstreichen. „Ich kann noch schneller laufen“, sagte er. Foto: dpa

Einladung an die Meckerfraktion

RADSPORT Der neue UCI-Boss Brian Cookson verspricht Transparenz und will die finsternen Dopingepochen aufarbeiten. Seine Unabhängigkeit muss er noch unter Beweis stellen

AUS FLORENZ TOM MUSTROPH

Vielleicht ist er tatsächlich der Richtige. Vorschusslorbeeren hat der neue Präsident des Weltradsportverbands UCI genug erhalten. Travis Tygart, der Chef der US-Anti-Doping-Agentur, begrüßte Cooksons Wahl als „Votum des Radsports für eine neue und saubere Zukunft“. Tygart, der von Cooksons Vorgänger Pat McCauid mit allen Tricks bei der Aufdeckung des Dopingsystems von Lance Armstrong behindert wurde, schickte dem Abgewählten noch einen hämischen Gruß hinterher: „Die Wahlen senden eine starke Nachricht, dass Sportfunktionäre, die die Rechte der sauberen Athleten und die Integrität des Sports nicht schützen, zur Verantwortung gezogen werden.“

Cooksons Wahl wurde auch von den Sportlern begrüßt. „Nach all dem, was wir in den letzten Jahren als unsere Position genannt haben, dürfte es doch niemanden wundern, wenn wir einen Wechsel mit Cookson begrüßen“, meinte sa-lopp der letztjährige WM-Vierte, John Degenkolb. Der Bayer hatte sich wie seine Profikollegen Tony Martin und Marcel Kittel für här-

tere Antidopinggesetze auch in Deutschland ausgesprochen. Denn die bequeme Meckerposition, die viele in Deutschland eingenommen hatten, als sie – zu Recht – auf den Doping ver-seuchten Radsport schimpften und sich ernüchert aus dieser vergifteten Zone zurückzogen, ist in Zukunft nicht mehr halt-bar. Cookson lud ausdrücklich „Europas stärkste Ökonomie zur Rückkehr in den Radsportmarkt“ ein. Um diese Rückkehr zu er-leichtern, will er für „Transpa-renz im Management, wahrhaft unabhängige Dopingkontrollin-stanzen und eine ebenfalls von den UCI-Gremien unabhängige Aufklärung des Dopings der Ver-gangenheit“ sorgen. Er will vor allem Vertrauen wiederherstel-len.

Das könnte dem gelernten Landschaftsarchitekten aus dem malerischen Lancashire durch-aus gelingen. Im Verwaltungs-bezirk Pendle im Osten Lanca-shires, der zuvor allenfalls durch ausufernde Hexenprozesse im 17. Jahrhundert internationale Aufmerksamkeit erregt hatte, wurde Cookson vor seiner Wahl zum UCI-Präsidenten mit loben-den Worten über seine Aufbauar-beit im Wohnungsbaupro-



Wahlsieger: Jetzt will Brian Cook-son aufräumen Foto: ap

„Wir begrüßen natür-lich einen Wechsel mit Cookson“

SPRINTER JOHN DEGENKOLB

gramm, bei der Erneuerung des Stadtzentrums von Nelson und dem Umbau des alten Industrie-areals Brierfield Mill in ein länd-liches Gründerzentrum verab-schiedet. Der Mann hat demnach Erfahrung mit Transformations-prozessen. Als Präsident von Bri-tish Cycling hatte er auch seinen

Anteil an der Entwicklung des britischen Radsportverbands von einem Mauerblümchen zu einem sowohl auf der Straße wie auf der Bahn dominierenden Fachverband. Dass er trotz der Millionen, die der TV-Sender Sky in die Infrastruktur steckte, seit 1997 sein Amt als Präsident von British Cycling ehrenamtlich ausübte, ist im Pöstchen- und Spesengewerbe des organisier-ten Sports ebenfalls ein erfreu-liches Novum.

Dies ist auch ein Signal, dass er sein Versprechen, in seinem neuen Amt unabhängig von den Inter-essen des russischen Rad-sportmilliardärs Igor Makarow zu agieren, durchaus erfüllen könnte. Dies ist seine Achillesfer-se. Der Putin-Vertraute Makarow hatte Cooksons Wahlkampf mit-finanziert. Der von Makarow fi-nanzierte Rennstall Katusha gilt in Management- und in Antido-pingfragen nicht als Musterbei-spiel an Transparenz. Wenn Brian Cookson auch hier für „wahrhaft unabhängige Unter-suchungen“ sorgt, ist er tatsäch-lich ein Glücksfall für den Rad-sport. Wenn's schlecht läuft, wird er zu einem Schrumpf-Obama – hoffentlich ohne voreilige Ver-leihung diverser Preise.

Ein übler Verdacht: Die Schwei-zer Zeitung *Blick* berichtete über angebliche Manipulationen von Tony Martin bei dessen Sieg im Zeitfahren der Rad-WM. Er soll unter seinem Trikot kleine Spoiler versteckt haben. Martins Ma-nager Jörg Werner bezeichnete die Vorwürfe als lächerlich. Der Zeitfahrnuzug sei so eng, darun-ter würde gar nichts passen.

Beachboys aus Russland: Die russische Nationalmannschaft hat ihren Titel bei der Beach-Soc-ker-WM in Tahiti verteidigt. Das Team setzte sich im Endspiel in Papeete mit 5:1 gegen Spanien durch. Bronze ging an Rekord-weltmeister Brasilien (13 von 17 Titeln), der Gastgeber Tahiti im Spiel um Platz 3 mit 1:0 im Neun-meterschießen bezwang.

PRESS-SCHLAG

National befreite Zone

■ **INKOMPETENZ** Eintracht Braunschweig reagiert auf sein Naziproblem. Verboten werden die antirassistischen Ultras

Man stelle sich vor, ein Verein der ersten Fußball-Bundesliga hat ein Problem mit Nazis in seiner Fanszene. Also mit Gruppen von Hooligans oder rechtsoffenen Ultras, die unter so klangvollen Namen wie „Alte Kameraden“ oder „Fette Schweine“ auftreten und die Deutungs-hoheit in der Kurve haben, da die überwiegende Mehrheit der Fans die Augen verschließt, ge-treu dem ewigblöden Motto: Fußball ist Fußball und Politik ist Politik.

Man stelle sich ferner vor, es gäbe da eine Gruppe überwie-gend junger Fußballfans, eben-falls Ultras, die den Mut haben, diese Missstände zu benennen und anzuprangern. Die sich selbst klar antirassistisch posi-tionieren und vom Verein sowie den übrigen Fans dasselbe ver-langen. Eine Gruppe, die dafür seit jeher bedroht und angegrif-fen wird und sich seit fünf Jahren nicht in den Gästeblock ihres Vereins traut. Jedenfalls bis vor einer Woche, als 45 von ihnen, nach vorheriger Ankündigung beim Verein, den Versuch wag-ten, ihre Mannschaft auswärts inmitten der anderen Fans zu unterstützen. Und dafür vom rechten Mob verbal und körper-lich so attackiert wurden, dass sie noch vor dem Anpfiff das Wei-te suchen mussten.

Wie also reagiert nun so ein Verein, der zur Kenntnis nehmen muss, dass innerhalb seiner Fanszene akuter Handlungsbe-darf besteht und Menschen in seinen Kurven ernsthaft um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen? Er löst das Pro-blem auf seine ganz eigene Weise und spricht gegen die Gruppe der antirassistischen Ultras ein Auftrittsverbot aus. Getreu dem Motto: Wer nicht da ist, kriegt auch nicht aufs Maul.

Kann man sich alles nicht vor-stellen? Bei Eintracht Braun-schweig schon. In einer kurzen Stellungnahme auf seiner Welt-netzseite, wie es vereinsintern wohl heißen wird, wurde das Ver-bot für die Ultras Braunschweig

verbreitet, begründet mit der la-pidaren Bemerkung, diese hät-ten sich nicht an Absprachen ge-halten. Welche das sein sollen, wurde nicht kommuniziert, auch nicht den Ultras, die die Entschei-dung nur fassungslos zur Kennt-nis nehmen konnten. Zwar wa-ren sie von ihrem Klub einiges an Blindheit, Naivität und falschen Schuldzuweisungen gewohnt, aber mit diesem Fanal war wahr-lich nicht zu rechnen.

Was hat die Eintracht also da-zu verleitet, seine Fankurve zu ei-ner national befreiten Zone zu machen? Kurz gefasst: Ignoranz und Inkompetenz. Ganz offen-bar ist man in der Führungsetage des Vereins der Problematik, die rechtsextreme Strukturen be-deuten, geistig nicht gewachsen. Ein strukturelles Vorgehen, um langfristig gegen die Vereinnah-mung durch Nazis vorzugehen,

Getreu dem Motto:
Wer nicht da ist,
kriegt auch nicht
aufs Maul

war mit ihr nicht zu machen. We-der hat man klar Stellung bezo-gen und versucht, die Täter in-nerhalb der eigenen Szene zu be-nennen und zu isolieren, noch wurde sich um externe Hilfe be-müht, etwa bei der Mobilien Ber-atung gegen Rechtsextremismus.

Stattdessen hat man die The-matik erst bagatellisiert und nun zum großen Schlag ausgeholt. Die Ultras mögen doch endlich schweigen und die Marke Ein-tracht nicht länger in den Schmutz ziehen. Ganz nach dem altbekannten, kleingeistigen Schema, Nestbeschmutzer aus-zuschließen und Kritiker, mögen sie noch so im Recht sein, münd-tot zu machen. Verkannt hat man dabei, welch positive Effekte, et-wa für die Werbewirksamkeit, ei-ne mutige öffentliche Positionie-rung haben könnte. Oder auf welche Sponsoren hofft man nun angesichts des eigenen bla-mablen Vorgehens? Einen Aus-rüstervertrag mit Thor Steinar? Zuzutrauen ist diesem Verein in-zwischen alles. Eigentlich hat er die Ultras Braunschweig gar nicht verdient.

ERIK PETER

WAS ALLES NICHT FEHLT

Der Beginn einer irrwitzigen Reise: 131 Tage vor Beginn der Winterspiele in Sotschi ist das olympische Feuer im Heiligen Hain des antiken Olympia ent-zündet worden. Auf Fackeln wird es nun 65.000 Kilometer durch Russland getragen, soll am Nord-pol brennen und die Internatio-nalen Raumstation ISS erleuch-ten.

Ein erster Titel in der jungen Basketballsaison: Alba Berlin hat den Champions Cup der Bas-ketball Bundesliga gewonnen. Der Pokalsieger setzte sich in ei-gener Halle gegen den deut-schen Meister Baskets Bamberg mit 79:78 durch. Die Neuzugän-ge David Logan und Leon Rado-sevic waren mit je 16 Punkten Ber-lins beste Werfer.

VOM
WORT
ZUR
TAT

Sie geben dem
Journalismus Zukunft

Die 300 jungen Talente, die sich in der taz Akademie bisher fortgebildet haben. Jährlich finden drei Workshops statt.

Die vielen HeldInnen des Alltags, die der taz Panter Preis ehrt, weil sie mit ihren Initiativen die Gesellschaft ein Stück menschlicher machen.

Die 2.000 StifterInnen & SpenderInnen, die mit ihrem Spendengeld die Stiftung arbeitsfähig gemacht haben.

➡ JETZT SPENDEN!

SPENDENKONTO: TAZ PANTER STIFTUNG, GLS BANK BOCHUM, BANKLEITZAHL 430 609 67, KONTO-NR. 11 03 71 59 00

JETZT SPENDEN UND DIE PROJEKTE UNTERSTÜTZEN!
IHRE ZUWENDUNGEN AN DIE GEMEINNÜTZIGE TAZ PANTER STIFTUNG SIND STEUERLICH ABSETZBAR.

taz.panterstiftung

➡ WEITERE INFOS UNTER:
WWW.TAZ.DE/STIFTUNG
TELEFON | 030 - 25 90 22 13

NACH DEM BLINDTEXT: WAHRHEIT ERFINDET LAHMTEXT

Immer wieder würdigt die Wahrheit eine mittlerweile fast ausgestorbene Kunst des Schreibens: den Blindtext. Ursprünglich von Johannes Gutenberg erfunden, diente der Blindtext jahrhundertlang dazu, Buch- oder Zeitungsseiten mit einem Text zu füllen, dessen Inhalt total beliebig ist. Doch in den vergangenen Jahren drohte der Blindtext völlig von der Bildfläche der Publi-



lahmfoto: dpa

zistik zu verschwinden. Immer mehr inhaltsschwere Texte drückten den zarten Blindtext an den Rand der Leserwahrnehmung. Deshalb hat sich die Wahrheit dem uralten Phänomen verschrieben und es über die Jahre stetig weiterentwickelt. So erfanden wir beispielsweise den Taubtext und den Stummtext, aber auch den Geruchs- und den Geschmackstext sowie eini-

ge andere mehr. Nachdem wir aber dies alles erfunden hatten, wurde uns klar, ein Klassiker fehlt immer noch: Es wurde nun höchste Zeit für den Lahmtext. Und Sie haben es sicher schon gemerkt, dieser Text ist stockfaul – und trotzdem spaltenfüllend. Beindruckend ist auch: Er hat sich vom ersten Buchstaben an kein Stück vom Fleck bewegt, so lahm ist er. Respekt, Respekt!

DAS WETTER: DER KIFFBOLZEN

Die dicken Flossen radial umkreisend griff der Bolzen nach den Sternen! Das war wiederum ein Augenblick der Raffinesse und der Pein für Arthur Pech. Denn ungeachtet der Tatsache, dass der Bolzen niemals aus seinem Verließ in Aktamaguan hätte entkommen dürfen, sprach die Gewissheit, dass er es getan hatte, Bände. Perfekt konstruierte der Bolzen sich ein Netz aus Lü-

gen und Intrigen, in denen Arthur zu versinken drohte. Das machte ihn alle! Es blieb nur noch eine Sache, die ertun konnte: Diskreditierung, Abfucken, Fertigmachen. Gesagt – getan. Der Bolzen wurde als Kiffbolzen verschrien und bei der nächsten besten Polizeikontrolle dingfest gemacht. Arthur fuhr danach gemächlich in Urlaub. Das lief doch wieder mal tiptop. Yippie yeah!

Unter Wartegeiern

AN DER KRISENFRONT Im Inneren eines griechischen Finanzamts

Nicht nur Wolfgang Schäuble und die EU-Troika verlangen, dass die griechische Verwaltung modernisiert wird, sondern auch die Griechen selbst, die tagtäglich mit ihr leben und sterben müssen. Bevor man aber etwas verändert, muss man erst einmal verstehen, wie griechische Verwaltungen, aber auch die Griechen, funktionieren.

Fangen wir also an, zu verstehen. Ort des Geschehens: ein Finanzamt in Thessaloniki. Ein dreistöckiger Funktionsbau aus den siebziger Jahren, der einen Anstrich gut vertragen könnte. Der Sachverhalt ist wie folgt: Ein Sohn möchte den verstorbenen Vater beim Finanzamt abmelden und das Erbe annehmen. Der Nachlass besteht aus einem im vergangenen Jahrhundert hergestellten, schrottreifen Lada, der allerdings geerbt werden muss, bevor er abgemeldet und verschrottet werden kann.

Bevor aber jemand, der die letzten 35 Jahre ausschließlich mit der deutschen Bürokratie zu tun hatte, sich auf den Weg zu einem Behördengang in Griechenland macht, ist er auf die guten Ratschläge der Einheimischen angewiesen, die auch gern gegeben werden. Spätestens um acht Uhr morgens müsse man dort

sein, heißt der erste Ratschlag, weil dann alle Wartenummern verteilt sind. Die Frage allerdings, bis wann das Finanzamt aufhat, kann keiner richtig beantworten. Dass es länger als 13 Uhr geöffnet haben könnte, kann sich keiner vorstellen. Damit der Erbe am nächsten Tag nichts Falsches tut, unternimmt er vorab eine Ortsbegehung. Vorsichtshalber nimmt er schon einmal

Auf dem breiten Flur des maroden Finanzamts herrscht Basar-Atmosphäre

alle Dokumente mit und kommt um 12.40 Uhr im Finanzamt an.

Im zweiten Stock, wo man die Abmeldung vornehmen muss, dauert es nicht lange, bis er den Überblick verliert. Auf dem breiten Flur herrscht Basar-Atmosphäre. Menschen bewegen sich scheinbar ziellos und in der Regel mit einem Handy am Ohr umher, während andere apathisch auf improvisierten Sitzmöglichkeiten sich ihrem Schicksal ergeben zu haben scheinen.

Drei Anlaufstellen sind zu erkennen. Drei lange Tresen, die auf Brusthöhe eine durchgehende Öffnung lassen, durch die man mit der Sachbearbeiterin kommuniziert. Darüber befindet sich eine Glasscheibe, durch die man freien Blick auf das Geschehen im Raum dahinter hat. Vor den Tresen stehen Menschen. Eine Schlange oder ähnliches ist nicht auszumachen.

Schüchtern tastet sich der Erbe zu einer Sachbearbeiterin vor, um nachzufragen, ob es wohl Wartenummern gibt. Irgendwo soll es eine Liste geben, wo man sich eintragen kann, lautet die Antwort. Wo sich allerdings diese Liste befindet, weiß sie auch nicht. Das wissen aber die Menschen vor dem Tresen, die mit Argusaugen darauf achten, dass die Reihenfolge unbedingt eingehalten wird. Warteschlange kann man diese Ansammlung vor dem Tresen nicht nennen, eher Wartegeier!

Die Wartezeit an einem solchen Ort darf man sich aber nicht als eine langweilige Angelegenheit vorstellen. Im Gegenteil, es passiert eine ganze Menge. Gerade beschimpft eine Sachbearbeiterin lauthals eine Frau, die es gewagt hat, durch die geöffnete Tür das Büro zu betreten.



Auf dem Flur eines Finanzamts im Zentrum von Athen stoisch wartende griechische Steuerzahler Foto: reuters

Die Frau steht wie ein begossener Pudel da und weiß nicht recht, was sie tun soll. Sie steht und steht, bis die Sachbearbeiterin zurückkommt und sich in einem plötzlich erstaunlich freundlichen Tonfall ihrer Angelegenheit annimmt.

Als der Erbe an der Reihe ist, kann er fast triumphierend jedes notwendige Dokument hervorzaubern, dass die Sachbearbeiterin verlangt. Bis auf eines: eine Bescheinigung vom Friedensgericht. „Ich habe aber die vom Amtsgericht“, stottert der Erbe. „Nein! Die reicht nicht aus!“, erwidert sie. Schon fängt er an, sei-

ne sämtlichen Papiere wieder einzusammeln, als hinter ihm Stimmen laut werden: „Die ist nicht erforderlich!“, ruft eine Frau der Sachbearbeiterin zu. Bald singt ein ganzer Engelschor um den Erben herum: „Die ist nicht erforderlich!“ Auf so viel engelsgleiche Solidarität ist die Sachbearbeiterin nicht gefasst und gibt klein bei.

Von der Euphorie des Sieges beflügelt, begibt sich der Erbe in den ersten Stock, wo er die Erbschaft offiziell annehmen muss. Dort sitzt er zwar gemächlich auf einem Stuhl, ist aber leider allein mit der neuen Sachbearbeiterin.

Schon fehlt ihm die Unterstützung der lieb gewonnenen Leidensgenossen. Und prompt besteht die Sachbearbeiterin darauf, dass die eingereichte Vollmacht nicht ordnungsgemäß ausgestellt ist. Der Erbe muss doch noch einmal erscheinen.

Fast, ja fast hätte unser Held, der tapfere Erbe, es geschafft und die griechische Verwaltung mit stoischer Geduld und dem Gefühl hellenischer Zusammengehörigkeit überlistet. Aber morgen ist ja auch noch ein Tag. Übrigens: Das Finanzamt hat bis 14.30 Uhr geöffnet. Täglich!

NIKOS THEODORAKOPOULOS



DAS WILDE WUCHERUNGSWETTRENNEN

Wenn die Narbe Gas gibt

BERLIN taz | Festhalten, es wird turbulent. Die Narbe hat sich in ihren Rennanzug geworfen und will mächtig Gas geben! Sie steht schon ungeduldig auf der Pole Position, hat die Narbenkuppelung durchgetreten und den ersten Narbengang eingelegt. Wild röhrt der Narbenmotor, die Narbenreifen quietschen, und der Narbenauspuff pustet tonnenweise Narbenabgas hinaus. Und plötzlich schaltet die Narbenampel auf Grün, und die Narbe will abdüsen auf die Rennstrecke, um

den großen Preis von Narbistan zu gewinnen. Aber nein, halt! Was ist das? Der Narbenmotor stottert und erstirbt, sogar die Narbenreifen platzen! Die Narbe flucht und reißt vor lauter Wut den Narbenschaltnauf ab! Wie konnte das passieren? Schnell wird klar, es war die Apotheke Umschau. Die Trockenhaubenzeitschrift stand einfach viel zu lange auf der „Narbenbremse“. Es zeigt sich: Die gute alte Apo hat von Wucherungsrennen eben absolut keine Ahnung.

GURKE DES TAGES

„Dieter Bohlen kamen fast die Tränen“, meldete die Heulsusenagentur dpa gestern über den Auftritt des Bohlen-Entdeckers und Produzenten Rainer Felsen in der RTL-Show „Supertalent“. Zu Felsen sagte Bohlen: „Wenn du mir damals gesagt hättest, geh zurück nach Oldenburg und stapel Torf, wäre mein Leben anders verlaufen.“ Oh, du verdammter Rainer Felsen, hättest du Bohlen doch damals zum Torfstapeln verdonnert, die Welt könnte heute eine bessere sein!

EINE HEISSE BEERDIGUNG

Martin Conroy hatte Freude daran, anderen einen Streich zu spielen. Seine Ideen für einen Schabernack hätten jeden 14-Jährigen mit Stolz erfüllt. Martin war allerdings 66. Sein letztes Opfer war seine 16-jährige Nichte Debbie. Weil sie sparsam ist, druckte er ihr aus dem Internet eine Anleitung aus, wie sie ihr Mobiltelefon mit Hilfe einer Zwiebel aufladen könne. Sie folgte der Anleitung, bohrte mit einem Schraubenzieher zwei Löcher in die Zwiebel, platzierte das Gemüse dann für 30 Minuten in einem Energiegetränk, damit es die Elektrolyten absorbieren konnte, und stopfte danach ein USB-Kabel in die Zwiebel. Das andere Ende verband sie mit ihrem Telefon. Nichts passierte. Ihr wurde schlagartig klar, dass das Geld für die Zwiebel und das Energiegetränk ausgereicht hät-

te, um ihr Telefon mehrere Dutzend Male auf konventionelle Art zu laden. Das Kabel mit Zwiebelgeruch wird sie lange an ihren Onkel erinnern.

Der ist vor zwei Wochen ganz plötzlich verstorben. Er und seine Frau Carol waren von einem Ausflug heimgekehrt, als Martin sich auf eine Treppenstufe setzte und sagte: „DNR – and I mean it.“ Carol ahnte, was er meinte: Do not resuscitate – nicht wiederbeleben. Dafür war es ohnehin zu spät.

Die Beerdigung zwei Tage später auf dem Friedhof von Glasnevin im Norden Dublins war gigantisch. Martin stammte aus einer großen Familie, er hatte vier erwachsene Kinder und sechs Geschwister, und die wiederum hatten drei bis fünf Kinder. Außerdem hatte er einen großen Freundes- und Bekanntenkreis,

denn Martin war als Busfahrer viel unter Leute gekommen, und außerdem hatte er sich in diversen Vereinen und Wohltätigkeitsverbänden engagiert. All diese Leute hatten sich nun in die kleine Kapelle des Krematoriums gequetscht. Martins Frau, seine Kinder und andere Verwandte legten Gaben auf den Sarg, die in Martins Leben eine bestimmte Bedeutung hatten: eine Tageszeitung, weil er die im Leben beim Frühstück las; sein Handy, weil er ständig telefonierte; seine Mundharmonika, die er manchmal spielte; eine Tüte Gummibärchen, seine Leibspeise.

Dann wurde der Sarg langsam in den Keller abgesenkt, wo er in den Ofen geschoben werden sollte. Auf der nun leeren Bühne schloss sich ein weißer Vorhang, viele weinten. Plötzlich ging ein

VON RALF SOTSHECK

Aufschrei durch die halbe Trauergemeinde, die andere Hälfte wunderte sich. Carol war einer Ohnmacht nahe. Viele hatten ihre Handys gezückt und starrten ungläubig auf eine Textnachricht von Martin, der Leiche: „Geht es nur mir so, oder ist es hier wirklich verdammt heiß?“ Debbie wollte sich verdrücken, wurde aber am Ausgang gestellt, weil einer der Trauergäste Martins Nummer gewählt hatte, und es in Debbies Hosentasche klingelte. Sie hatte sich heimlich des Telefons bemächtigt, als sie die Gummibärchen auf den Sarg legte, und die Textnachricht an alle Personen aus dem Handy-Adressbuch geschickt. Martin hätte das komisch gefunden, verteidigte sie sich. Die Trauergemeinde fand es nicht komisch. Debbie wurde vom Leichenschmaus ausgeschlossen.

taz.die tageszeitung

Hausanschrift: Rudi-Dutsche-Straße 23, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | **Internet:** www.taz.de
Chefredaktion: Ines Pohl
stellv. Reiner Metzger + Sabine am Orde
Chefredakteur: Peter Unfried
Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Harkortstraße 81, 22765 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Rudi-Dutsche-Straße 23, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0
Verantwortliche i.S. des Pressegesetzes: Ines Pohl
LeserInnenbriefseite: Gabriele v. Thun
Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen
Manfred Frenz | Hamburg
RechercheDienst: Di.–Do. 11–15 Uhr
Telefon: 030 | 25 902 284 | **Fax:** 25 902 684
E-Mail: recherche@taz.de | kostenpflichtig
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin
taz-Kleinanzeigen, Rudi-Dutsche-Straße 23
Telefonisch: Mo.–Fr. 9-15 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 25 902 444 | **E-Mail:** kleinanze@taz.de
Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin
taz-Anzeigenabteilung, Rudi-Dutsche-Straße 23
Telefon: 030 | 25 902 238 | 290 | 289
Fax: 030 | 25 106 94 | **E-Mail:** anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg: taz-Entwicklungs GmbH & Co Harkortstr. 81, 22765 Hamburg, 040 | 38 90 17 12
Lokalteil Bremen: taz-Entwicklungs GmbH & Co | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 9 60 26 10
Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Rudi-Dutsche-Straße 23, 10969 Berlin
Geschäftsführer: Karl-Heinz Ruch
Gesellschafter: 99,96%: taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft eG, Berlin
Vorstand: Andreas Bull, Kaufmann | Ulrike Herrmann, Journalistin | Jörg Kohn, Schriftsetzer | Tania Martini, Redakteurin | Karl-Heinz Ruch, Kaufmann | alle Berlin
Aufsichtsrat: Astrid Prange de Oliveira, Journalistin, St. Augustin | Johannes Rauschenberger, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Stuttgart | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin
Druck: Henke Pressdruck GmbH & Co. KG | 13053 Berlin A. Beig Druckerei GmbH & Co. | 25421 Pinneberg MDV GmbH | 35390 Gießen
Aboservice: 030 | 25 902 590
9.00–16.30 Uhr | Mo.–Fr.
Fax: 25 902 680 | **E-Mail:** abo@taz.de
Abonummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 23,90 €





Senat beteiligt sich an Immobiliensuche

SOZIALES Senator Mario Czaja zeigt sich gesprächsbereit, den Flüchtlingen vom Oranienplatz eine feste Bleibe zu organisieren – sofern das Camp verschwindet. Innensenator Henkel prüft derweil weiter dessen Räumung

VON KONRAD LITSCHKO

Seit Wochen sucht das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg nach einer festen Unterkunft für die Flüchtlinge aus dem Protestcamp auf dem Oranienplatz – bislang erfolglos. Nun bietet der Senat erstmals an, mitzuhelfen. Man sei bereit, über „zwischenzeitliche Unterbringungsmöglichkeiten“ für die dortigen Bewohner zu sprechen, sagte eine Sprecherin von Sozialsenator Mario Czaja (CDU) der taz.

Die Flüchtlinge, derzeit gut 100, campieren bereits seit einem Jahr in Zelten auf dem Oranienplatz, protestieren dort für mehr Rechte. Viele sind inzwischen aber ausgelaugt, nun stehen sie vor ihrem zweiten Winter – für Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) eine untragbare Perspektive. „Die Flüchtlinge auf dem Platz frieren und hungern, sie können nicht noch einen Winter dort bleiben.“

Der Bezirk startete deshalb die Suche nach einem Haus. Nur gibt es laut Herrmann keine freien Gebäude in Bezirkshand. Und die seit Monaten ebenfalls von Flüchtlingen besetzte Schule in der Ohlauer Straße sei bereits „voll belegt“. Herrmann bat deshalb den Senat um Hilfe.

Der aber hatte bisher stets abgelehnt: Man sei nicht zuständig. Mit Czaja zeigt sich nun der erste Senator gesprächsbereit. Man hätte schon früher über eine „ersatzweise Unterbringung“ sprechen können, sagte dessen Sprecherin Regina Kneiding, etwa im Rahmen einer angebotenen gemeinsamen Hygienebegehung des Camps. Bisher habe der Be-



Flüchtling im O-Camp: bald in den eigenen vier Wänden statt hinter einer Zeltwand? Foto: Gerhard Leber/imag

zirk aber alle „Kooperationsangebote“ ausgeschlagen. Dennoch und „obgleich die dort lebenden Flüchtlinge in ihre deutschen Aufnahmeorte zurückkehren müssten“, sei man bereit, über eine vorübergehende Unterbringung zu sprechen, so Kneiding. Czajas Verwaltung stellt aber eine Bedingung: „Dafür müsste der Bezirk die Duldung der rechtswidrigen Zustände aufheben.“ Soll heißen: Das Camp muss dann auch wirklich verschwinden.

Laut Herrmann sind die Flüchtlinge inzwischen dazu bereit – sofern sie tatsächlich ein Haus bekommen und ein Info-Zelt auf dem Oranienplatz behalten könnten. Herrmann hat den

„Die Flüchtlinge dort sind müde und kaputt“, sagt Monika Lücke, Integrationsbeauftragte des Senats. „Sie können nicht auf dem Platz bleiben, vor allem nicht jetzt im Winter“

Flüchtlingen bereits zugesagt, dies zu gestatten. „Ich freue mich, dass nun auch beim Senat angekommen ist, dass mitten in der Stadt Flüchtlinge in Not leben, um die wir uns kümmern müssen“, sagte die Grüne.

Nur: Woher das Haus nehmen? Herrmann hofft auf die BIM, die Berliner Immobilienmanagement GmbH, die rund 1.600 landeseigene Gebäude verwaltet. Derzeit werden vier BIM-Häuser durch das Czaja unterstellte Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) als Asylunterkünfte genutzt. Deren Präsident Franz Allert sieht sich für die Flüchtlinge vom Oranienplatz aber nicht zuständig. Man sei ausschließlich für die Berlin

zugeteilten Asylbewerber verantwortlich, sagte er der taz. Die Flüchtlinge auf dem Oranienplatz kämen aber aus anderen Landkreisen und hätten dort „die Möglichkeit, eine angemessene Unterkunft zu erhalten“. Dort würden „alle erforderlichen Leistungen erbracht, so dass sich die Frage der humanitären Gründe für uns nicht stellt“, so Allert.

Unterstützung kommt dagegen von Monika Lücke, der Integrationsbeauftragten des Senats. Seit Wochen bieten Mitarbeiter aus ihrem Haus Beratungen auf dem Oranienplatz an. „Die Flüchtlinge dort sind müde und kaputt“, sagte Lücke. „Sie können nicht auf dem Platz bleiben, vor allem nicht jetzt im Winter.“ Lücke lobte die Initiative des Bezirks. Gleichzeitig äußerte sie sich skeptisch, ob die Flüchtlinge „als Gruppe“ untergebracht werden könnten. Es brauche aber eine humanitäre Lösung. „Eine Räumung wäre die denkbar schlechteste Variante. Deshalb müssen wir eine Alternative finden.“

Viel Zeit bleibt dem Bezirk dafür aber nicht: In den kommenden Tagen will Innensenator Frank Henkel (CDU) entscheiden, ob die Bezirksaufsicht des Senats gegen das Camp einschreitet. In diesem Fall erhielte der Bezirk, der das Protestlager seit Beginn an duldet, Auflagen – womöglich auch die, eine Räumung des Protestlagers zu veranlassen. Ein Sprecher Henkels sagte, die Prüfung sei „in der Endabstimmung“. Die Richtung ließ er offen. Allerdings hatte Henkel schon vor Wochen über die „rechtswidrigen Zustände“ auf dem Platz geschimpft.

Otto Sanders letzter Vorhang

TRAUER Künstler und Politiker nehmen auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Mitte Abschied vom Schauspieler. Klaus Wowereit: „Berlin sagt Danke“

Es hätte auch ein Staatsbegräbnis sein können: Eine silberne Limousine vorweg, dahinter Verwandte, Freunde und über 700 Trauergäste des kulturellen und politischen Berlin begleiteten den Sarg des großen Schauspielers Otto Sander am Samstag auf dem Weg zum Dorotheenstädtischen Friedhof.

Einer Show gleich der Abschied von Sander, der am 13. September mit 72 Jahren in Berlin verstorben war, dennoch nicht. Bemerkenswert still – trotz vieler Würdigungen – reichten sich die Akte der Beisetzung aneinander: ein paar Filmbilder, Worte, Lieder und Texte zur Erinnerung an den Mimen im Zuschauerraum des Berliner Ensembles (BE). Der schwere letzte Weg hinüber zum Friedhof an der Chausseestraße, wo auch Bert Brecht und Helene Weigel liegen. Dann war der Sarg verschwunden – Abgang, Vorhang Sander. Zurück blieben die Trauernden, ein blauer Himmel und die Geräusche der nahen Stadt.

War's das? Eine Redewendung besagt, wirklich tot ist man, wenn sich niemand mehr an

dich erinnert. So gesehen wird Otto Sander nie ganz vergessen sein. Schon bei der Beerdigung war diese Besinnung spürbar. Sanders Stimme klang im Ohr. Sein Gesicht, seine Rollen waren präsent, Geschichten über und von ihm gleichfalls.

Otto Sander war und ist physisches, mediales und akustisches Gedächtnis: Seit 1965 stand er auf der Bühne und vor der Kamera. Er gehörte Peter Steins Ensemble der Schaubühne am Halleschen Tor an. Sein clowneskes, melancholisches Seehundgesicht, der wässrige Blick, die Coolness bleiben unvergesslich – so wie fast alle seine Rollen von „Jedermann“ über „Otto Spalt“, „Der Himmel über Berlin“ und „Das Boot“ bis zum „Toten Gleis“. Et cetera.

Unvergesslich ist auch seine Reibeisenstimme. Jürgen Flimm, Intendant an der Berliner Staatsoper, erinnerte im BE an Sanders „unverstellten Ton“ und meinte damit sowohl den rauen Sound des Sprechers und Erzählers Sander als auch die Authentizität des Spiels des Schauspielers, das er wie die wirklich ganz Großen,

Charles Chaplin, Humphrey Bogart oder Peter Falk, beherrschte.

Otto Sander wird auch die Legendenbildungen, die sich in die Trauerfeier mischten, überleben. Wo so viele Theaterleute und Politikpromis zusammenkommen wie auf dem Friedhof, ist das nichts Außergewöhnliches. Immerhin: Sanders Ehefrau, die Schauspielerin Monika Hansen, die Kinder Ben und Meret Becker, machten dabei wenig mit. Ebenso verhielten sich die alten Kollegen aus Schaubühnenzeiten, wie Eva Mattes, Corinna Kirchhoff, Gerd Wameling, Edith Clever oder Ernst Stötzner – obwohl diese die besten Geschichten von ihm kennen.

Den Toten sprachen andere heilig: BE-Intendant Claus Peymann oder Ex-Schaubühnendirektor Schitthelm, der Sander vom „Schauspielerhimmel“ heruntergucken sah. Und Klaus Wowereit. Er erklärte Sander posthum zum Urberliner, der Sander ja ein wenig war: „Er war Berlin, einer von uns. Wir werden Otto Sander vermissen, aber nie und nimmer vergessen. Berlin sagt Danke!“

ROLF LAUTENSCHLÄGER



Kondolenz: Sander wird auch die Legendenbildung überleben Foto: dpa

ANZEIGE

zitty
LIVE

ZITTY_LESERLOUNGE

HEUTE 20.00 Uhr

Buchpremiere:

Marisha Pessl liest aus „Die Amerikanische Nacht“ (S. Fischer)

Moderation: Shelly Kupferberg
Dt. Text: Wolfram Koch
Ort: Monarch,
Skalitzer Straße 134,
10999 Berlin
Eintritt: 6,- Euro
Tickets: leserlounge@zitty.de

zitty BERLIN

NPD hatschon Fragebedarf

FLÜCHTLINGE Köpenick richtet Notunterkunft in einem ehemaligen Seniorenheim ein

Am 1. November eröffnet in Berlin ein weiteres dringend benötigtes Asylbewerberheim. In einem ehemaligen Seniorenheim in der Köpenicker Salvador-Allende-Straße sollen 150 Flüchtlinge ein vorübergehendes Zuhause finden.

Die Diakonie hatte das Seniorenheim aufgegeben, weil der marode Plattenbau nicht mehr den Anforderungen an seniorengerechtes Wohnen entspricht. Eine Wohnungsgenossenschaft plant den Abriss des Gebäudes, um dort Wohnungen für altersgerechtes Wohnen zu bauen. Doch noch gehört ihr das Grundstück nicht. Bis es übertragen ist, hat der Bezirk das Gebäude für ein Jahr als Notunterkunft für Flüchtlinge bereitgestellt.

Der Bezirk Treptow-Köpenick bereitet nach eigenen Angaben ein Informationsschreiben an die Anwohner sowie Informationsveranstaltungen vor, damit die Stimmung nicht eskaliert wie zuletzt in Hellersdorf. In dem in den 1970er Jahren entstandenen Allende-Viertel wohnen hauptsächlich Rentner, viele schon seit DDR-Zeiten. Die soziale Struktur ist weniger problematisch als in Hellersdorf. Allerdings kam die NPD bei den Bundestagswahlen hier auf 6 Prozent der Stimmen. Die Wohnungen in der Nachbarschaft sind überwiegend in der Hand von Genossenschaften, die sich auch um soziale Belange kümmern, etwa Rentnerfahrten organisieren.

Die NPD hat die künftige Asylunterkunft bereits im Blick. Auf den letzten Bezirksverordnetenversammlungen hatte ihr Verordneter Udo Voigt Fragebedarf zur Zukunft des ehemaligen Seniorenheims – und vermutete eine Nutzung als „Asylantenheim“. Zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung für ein Notaufnahmehaus allerdings noch nicht getroffen. Die umstrittene Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf hat über die Eröffnung des Köpenicker Heims inzwischen auf Facebook gepostet und ihre Anhänger haben dort ihren Frust abgelassen.

MARINA MAI

NACHRICHTEN

GEMEINDEN WIDERSPRECHEN
Gegen den Zensus

Mehr als jede zehnte Gemeinde in Brandenburg hat Widerspruch gegen das im Mai vorgelegte amtliche Ergebnis der Volkszählung eingelegt. Von den 419 Gemeinden, die vom Amt für Statistik Berlin Brandenburg einen Bescheid erhalten haben, wehrten sich 47 Gemeinden dagegen. Das berichtet Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. Die Volkszählung hatte vielerorts eine geringere Einwohnerzahl ergeben als erwartet. Die Zahl entscheidet aber über die Höhe der Zuwendungen durch das Land. (dpa)

BVG-FAHRERSITZE
Schraube locker

Nach einem Unfall im Führerstand einer U-Bahn müssen die Berliner Verkehrsbetriebe rund 400 Fahrersitze überprüfen lassen. Mitte September war ein U-Bahn-Fahrer laut *Berliner Morgenpost* in einer scharfen Kurve seitlich vom Sitz gekippt und dabei so unglücklich aufgeschlagen, dass er ohnmächtig wurde. Ursache sei eine lockere Schraube gewesen, mit der der Sitz befestigt sei, sagte BVG-Sprecherin Petra Reetz. Nun lassen die Verkehrsbetriebe die Fahrersitze zahlreicher Baureihen überprüfen. Die Züge müssten dafür aber nicht in die Werkstatt und würden weiter eingesetzt. (dpa)

CDU-LANDESCHEF MISSTRAUT DER SPD
Trotz Vorbehalten favorisiert Henkel Schwarz-Grün im Bund

Der Berliner CDU-Vorsitzende Frank Henkel zweifelt an der Zuverlässigkeit der SPD-Bundesspitze und favorisiert deshalb „ernsthafte Gespräche“ mit den Grünen auf Bundesebene. Heute hätten weniger verlässliche Politiker das Sagen in der SPD als 2005, sagte Henkel der *Berliner Morgenpost* mit Blick auf eine Regierungsbildung. Natürlich sollte die Union auch mit der SPD sprechen. „Ich habe aber Bauchschmerzen bei einer Großen Koalition auf Bundesebene“, sagte der Innensenator, der seit Ende 2011 in Berlin mit der SPD regiert. Für die Grünen spricht aus Henkels Sicht, dass eine größere



Misstrauisch: In Berlin regiert Henkel mit der SPD – noch Foto: dpa

Opposition der Demokratie guttue. Zudem sei der frühere Graben des Atomausstiegs zugeschüttet worden. „Hier wäre es hilfreich, die Grünen beim Wort zu nehmen und zu sehen, ob sie in der Lage sind, die Energiewende nicht nur verbal, sondern auch als politisch Handelnde umzusetzen.“ Ein Problem habe er mit dem Menschenbild der Grünen, sagte Henkel. „Die Grünen sind eine Partei, die mehr von Verboten und Zwang getrieben ist.“ Auch die von den Grünen im Wahlkampf propagierten Steuererhöhungen sind für den Innensenator „nicht akzeptabel“. (dpa)

GROSSER MIME
Schmidinger tot

Walter Schmidinger ist tot. Der Schauspieler starb im Alter von 80 Jahren in Berlin an einer Lungenentzündung. Das teilte am Sonntag das Berliner Ensemble (BE) mit. Schmidinger war einer der einfühlsamsten Charakterdarsteller des deutschsprachigen Theaters. Er arbeitete mit Regisseuren wie Peter Stein, Hans Neuenfels, Robert Wilson, Ingmar Bergman oder Dieter Dorn in München und am BE zusammen. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit würdigte gestern den Darsteller als großen Mimen. Schmidinger wurde am 28. April 1933 im österreichischen Linz geboren. (dpa)

WAS MACHT EIGENTLICH ...

... DER BERLINER FUSSBALLVERBAND?
Eltern auf Abstand halten

Spaß muss sein – vor allem beim Kinderfußball. Mit dieser Devise nimmt es der Berliner Fußball-Verband (BFV) sehr ernst. Und deshalb wurde mit Beginn dieser Saison die Jugendordnung, ein sowieso schon reichhaltiges Regelwerk, erweitert. Um genau zu sein: der Paragraph 13 wurde um den Punkt 26 (!) ergänzt. Sofern für die Zuschauer keine Barrieren vorhanden seien, heißt es da, „muss ein Abstand von mindestens drei Metern zum Kleinfeld eingehalten werden (Fanzone)“. Es wäre ja auch gelacht, wenn der BFV das mit dem Spaß nicht geregelt bekäme. Zu oft haben die Eltern in der Vergangenheit jegliche Contenance verloren und teilweise gar auf dem Spielfeld gestanden, um sich mit ihren Anweisungen Gehör zu verschaffen. Zuweilen wurden auch die Schiedsrichter hautnah wegen vermeintlicher Fehlentscheidungen verbal angegangen. „Die Anleitung der Kinder ist Aufgabe der Trainer“, stellt Andreas Kupper, der Vorsitzende des Jugendausschusses vom BFV, klar. Die elterlichen Interventionen seien nicht förderlich für die Spielatmosphäre. Den Kindern würde so der Spaß am Fußball abhandenkommen. Die Eltern der sechs- bis zwölf-

jährigen Fußballspieler werden also von nun an in Berlin in die „Fanzone“ verwiesen. Ein Wort, das man unwillkürlich mit dem von Randalen heimgesuchten Profifußball verbindet. Welche Sanktionen erfolgen, falls der neuen Regel nicht Folge geleistet wird – darüber gibt die Jugendordnung des BFV noch keine Auskunft. Eine Lücke, die womöglich bald durch Paragraph 13 Punkt 27 geschlossen wird. Der Versuch, das Sozialverhalten der Eltern über eine derartige Ausdehnung der Paragraphenordnung zu regulieren, mutet hilflos an. Denn auch fünfeinhalb Meter Abstand würden nicht ausreichen, um die Kinder vor den mitunter überehrgeizigen Eltern zu schützen. Dafür brüllen sie einfach zu laut. Aber der BFV hat offenbar jegliche Hoffnung verloren, einen Prozess der Selbsteinsicht bei den Eltern in Gang setzen zu können. Dieser Umstand wird besonders gut von einer weiteren Neuerung illustriert, die der Verband zu dieser Saison eingeführt hat: Bei den 6- bis 8-jährigen wird nun ohne Schiedsrichter gespielt. Die Kinder sollen sich im Sinne des Fairplay-Gedankens selbstständig einigen. Denen wird das zugetraut. JOHANNES KOPP Foto: dpa



LOKALPRÄRIE

STELLENANGEBOTE

■ Teilzeit. Wir suchen Menschen für leichte Tätigkeit von zu Hause oder vom Büro aus. Alles, was Sie benötigen, sind ein Drucker, Scanner, Digitalcam, Grundkenntnisse in MS-Office und 3 Stunden freie Zeit am Tag. Wir verlangen von Ihnen keine spezielle Ausbildung für diese Arbeit. Alter 21+. Fühlen Sie sich dieser anspruchsvollen Herausforderung ge-

wachsen? Dann senden Sie uns Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen per E-Mail an teilstellen@t-online.de

SONSTIGES

■ Beiladungen, Umzüge, Umzugsmaterial, BRDweit, Standby, sofort umzugsbahnhof, zapf.de ☎ 0800 61 61 612

HERTHA-TRAINER LUHUKAY
Total gut überlegt



Eigentlich hatte Jos Luhukay am vergangenen Samstag ja alles richtig gemacht. Als Hertha BSC zur Halbzeit im Olympiastadion gegen die Gäste aus Mainz 0:1 zurücklag, soll der Trainer des Bundesligisten seine Spieler lautstark zusammengestaucht haben – mit Erfolg: Luhukay wechselte Sami Allagui ein, der das Spiel mit zwei Toren drehte, ehe Änis Ben-Hatira zum 3:1-Endstand traf. So richtig freuen wollte sich der Trainer nach dem Spiel aber trotzdem nicht. Auf der anschließenden Pressekonferenz schlugen ihm einige Fragen der Journalisten über die anfänglichen Probleme des Aufsteigers gegen Mainz und die vorangegangene Pokalpleite in Kaiserslautern offenbar auf den Ma-

gen. „Es ist doch nicht selbstverständlich, dass Hertha BSC von der ersten Minute an ein Heimspiel dominiert“, erregte sich der 50-jährige. Über das Pokal-Aus in der Vorwoche, als Luhukay sein Team auf neun Positionen geändert hatte, sagte der Trainer: „Ich muss mich nicht rechtfertigen. Es war alles sehr gut überlegt.“ Er sei „kein Trainer, der ohne Strategie entscheidet, das war total gut überlegt“. Als er auch noch mit der Hand kräftig auf das Pult schlug, erschrak der Fußballlehrer wohl ein wenig vor sich selbst: „Langsam muss ich mich beruhigen und den Sieg genießen.“ TAZ, DPA Foto: Bernd König/imagoe

Abstrakte Begriffe

KULTUR Mit der „Deaf Week“ wollen Gehörlose anderen Menschen ihren Alltag näherbringen. Wer hören kann, hat im Gebärdensprachfilm wenig zu lachen

VON SEYDA KURT

In einem sonst völlig lautlosen Kinosaal weint plötzlich ein Baby, und es stört keinen der Anwesenden. Denn im Rahmen der Gebärdensprachfilmwoche wurden im Berliner Babylon Kino Filme für Gehörlose vorgeführt. Beim US-amerikanischen Film „The Legend of the Mountain Man“ füllen zwei Klassen von Gehörlosenschulen den Saal, unter ihnen Schüler der Berliner Ernst-Adolf-Eschke-Schule. Es ist ein lustiger Film, der im amerikanischen Montana spielt und von den alltäglichen Problemen einer fünfköpfigen Familie handelt. Wie der Regisseur und Drehbuchautor Mark Wood sind auch die Schauspieler gehörlos und die Unterhaltungen ausschließ-

lich in Gebärdensprache. Für Zuschauer, die die Gebärdensprache nicht verstehen, ist der Film in Deutsch untertitelt. Wenn die gehörlosen Zuschauer lachen, kann man als hörender Zuschauer oft nicht mitlachen. Hauptsächlich sind es nämlich die Situationskomik und die Körpersprache der Schauspieler, die den Gehörlosen lustig erscheinen und für andere eher ungewohnt sind – ebenso wie die ausdrucksstarken Mimiken der Darsteller. An ihnen erkennt man so gut wie jede Tonlage, in der sie eigentlich sprechen würden. In den rein visuellen Gehörlosensfilmen gehe es hauptsächlich um Bildsprache, erzählen die Organisatoren der Filmwoche. Jedes Land habe eine eigene Gebärdensprache, sagt Projektleiter Andreas Döltgen. Deutsche Gehörlose verstehen in dem englischsprachigen Film zwar Grundsätzliches, aber keine abstrakten Begriffe. Taube Community Die Gebärdensprachfilmwoche zeigte Spielfilme, Kurzfilme und Dokumentationen aus acht verschiedenen Ländern, darunter aus Deutschland, Tschechien, aus der Schweiz und Südkorea. Sie ist ein Teil der „Deaf Week“, die zum dritten Mal in Berlin stattfand und vom Gehörlosenverband Berlin e.V. organisiert wurde. Mit Ausstellungen, Sportaktivitäten und Bilderbuchvorstellungen in Gebärdensprache soll den Berlinern die Kultur der tauben und gebärdensprachli-

chen Community nähergebracht werden. Auch die Ernst-Adolf-Eschke-Schule beteiligte sich mit einer Reihe analoger Kunstfotografien in der Berlinischen Galerie. Im Zusammenhang mit der Fotoausstellung „Trona“ des Fotografen Tobias Zielony haben drei Klassen der Sekundarstufe mit analoger Kunstfotografie experimentiert. Wäre den Gehörlosen schon geholfen, wenn Mainstream-Kinos ihre Filme untertiteln würden? „Die Politik sollte die Kinos dazu verpflichten“, sagt Döltgen. Im Moment müsse er aber immer auf die DVD-Veröffentlichungen der Filme warten, da insbesondere deutsche Kinoproduktionen kaum und auch im Fernsehen nur rund 10 Prozent der Sendungen untertitelt seien.

taz.veranstaltung

Buchvorstellung und Diskussion

Wie die Engagierten Deutschland retten

Nina Apin stellt „Das Ende der EGO-Gesellschaft“ vor

Ohne die engagierten Menschen in Deutschland ginge schon lange nichts mehr. Nina Apin erzählt von überzeugten Konservativen, Antikapitalisten, Ökos und Karrieristen, denen es unabhängig von ihrer politischen Einstellung vor allem um Gerechtigkeit geht. »Das Ende der EGO-Gesellschaft« ist eine Analyse und zugleich ein Plädoyer wider den Egoismus unserer Tage.

Montag, 30. 9. um 19 Uhr

taz Café, Rudi-Dutschke-Straße 23

Berlin-Kreuzberg / Eintritt frei

Der natürliche Lauf der Dinge

LANGSTRECKE Same procedure as every year: Pünktlich zum Marathon begeistert Berlin mehr als 40.000 LäuferInnen mit Sonne, jubelnden Zuschauern – und einem Weltrekord

VON JENS UTHOFF

Man hat sich mittlerweile fast schon daran gewöhnt, dass die Uhr nach der 42,195 Kilometer langen Strecke auf dem Berliner Asphalt ein bisschen früher stehen bleibt als je zuvor auf dieser Distanz. Im Männerrennen hielt sie in diesem Jahr bei 2:03:23 Stunden an – ein Fabel-Weltrekord. Der Kenianer Wilson Kipsang unterbot die alte Rekordmarke um 15 Sekunden; mit tosendem Applaus trug ihn das Publikum die letzten Meter ins Ziel auf der Straße des 17. Juni.

Auch jenseits der neuen Bestmarken – Irina Mikitenko lief zudem einen neuen Weltrekord bei den über 40-Jährigen – hat das Berliner Rennen zu seinem 40. Jubiläum seinen Ruf als eine der weltweit attraktivsten Marathonstrecken bestätigt: ein begeistertes Publikum, optimale Lauftemperaturen, strahlender Sonnenschein, dazu überall Musik und jubelnde Zuschauer. Der Marathontag bleibt für die Stadt ein besonderer.

Die meisten Läufer und Läuferinnen waren voll des Lobes über den sonntäglichen Wettbewerb. „Berlin hat den besten Marathon der Welt“, sagt etwa Roger aus Kapstadt kurz nach dem Zieleinlauf. Den 40-jährigen Hobbyläufer reizt Berlin gar mehr als New York – sowohl wegen der Rennals auch wegen der Stadthistorie. „Du siehst während des Laufs so viel Weltgeschichte. Mein Rücken tut weh und ich bin müde, aber das ist egal. Danke für diesen wunderbaren Tag.“ Er schaut in den Himmel und lächelt. „Die schönsten Momente waren die, als ich meine Familie gesehen habe und als ich über den Pariser Platz lief.“

Während am frühen Morgen 41.120 LäuferInnen auf der Straße des 17. Juni vor dem Startschuss in die Hände klatschen und johlen, ärgern sich am Streckenrand in Mitte Menschen über abgeschleppte Autos. Oder sie meckern einfach: „Wieso kann ich ’n hier nicht durch?“

Im Tiergarten ist zum Start um 8.45 Uhr Völkerwanderung angesagt. Die Angehörigen und Freunde der Läufer, die hier herumschwirren, wirken aufgeregt

ter als die Teilnehmer selbst. In drei Wellen wird gestartet. Noch herrschen kühle Temperaturen unter zehn Grad, fast alle Teilnehmer sind zum Kälteschutz in gelbe Plastiksäcke gehüllt; die üblichen Schlangen und Gerüche vor dem Dixi-Klo. Dann schließlich: Jubel beim Startschuss, das gelbe Plastik und stö-

„Du siehst während des Laufs so viel Weltgeschichte. Mein Rücken tut weh und ich bin müde, aber das ist egal. Danke für diesen wunderbaren Tag“

FÜR ROGER AUS KAPSTADT IST DER BERLINER MARATHON DER BESTE DER WELT

rende Klamotten landen am Streckenrand.

Dort bestechen die dänischen Fans mit dem auffälligsten Support – alle paar Meter sieht man Menschen mit der rot-weißen Flagge – mit etwa 6.500 Finishern gehören die Dänen wie in den Vorjahren zu den am stärksten vertretenen Nationen in Berlin. „Wir warten auf unsere Väter und Mütter“, sagt ein Teenager aus Odense an der Leipziger Straße. Die Gruppe hat ein riesengroßes buntes Plakat gemalt.

Ein paar Meter weiter sieht die Unterstützung für den Erzeuger etwas anders aus: „Rudi – ich bin ein Kind von dir“, feuert da eine Tochter via Plakat den Vater an. Überhaupt zeigt sich bei den Bannern und Transparenten eine enorme Vielfalt – da wird man auch schon mal mit „Quäl dich, du Sau“ an der Strecke begrüßt.

Auch sonst gibt es viel zu gucken – bei der Laufstilanalyse etwa fällt auf, dass von schleppend bis schlurfend, von arm- bis hüftwackelnd, von kopfnickend über stirnzuckend bis schnappatmend so ziemlich alles dabei ist. Ein Läufer reckt die ganze Strecke über ein Schild mit der Aufschrift „Mein erstes Mal“ in die Höhe, ein anderer wirbelt als goldene Freiheitsstatue verkleidet durch die Reihen.

Die neu eingerichtete Sicherheitszone im Start-und-Ziel-Bereich schadet dabei der Stimmung nicht im Geringsten – Läufer und Zuschauer werden an den Eingangsportalen nur stichprobenartig durchsucht. Einen Zwischenfall gibt es, als ein Mann sich vor dem führenden Kipsang auf die Strecke schleicht und über die Ziellinie rennt. Er wird der Polizei übergeben.

Am Vortag ist es beim Inlineskater-Rennen zu einem Todesfall gekommen: Ein 71-jähriger Mann stirbt, nachdem er am Kottbusser Tor auf der Strecke zusammengebrochen ist.

Der große Held des Marathons, Wilson Kipsang, kündigt nach dem Rennen an: „Ich glaube, ich kann noch schneller laufen.“ Möglich, dass der 31-Jährige im nächsten Jahr in Berlin dafür sorgen wird, dass die Uhr noch mal ein paar Sekunden eher stehen bleibt.



Marathon für alle: Wer nicht mitläuft, verteilt kluge Ratschläge Fotos: Piero Chiussi

SPORTPLATZ

Alba verpasst dem Meister einen Korb

BASKETBALL Die Pokalsieger aus Berlin besiegen Bamberg im Champions Cup. Wie die Zukunft in der Liga aussieht, bleibt spannend

Als die Basketballer von Alba Berlin Sonnabendabend im Champions Cup gegen Meister Bamberg zu Peter Fox’ „Alles Neu“ auf das Spielfeld liefen, war der Songtitel für die Berliner durchaus wörtlich zu nehmen. Denn Alba hat im Sommer einen Radikalschnitt gemacht, zwölf neue Spieler kamen. Und mit Kapitän Sven Schultze blieb nur einer aus der letzten Saison übrig.

Deshalb ist der 79:78 (38:37)-Erfolg der Berliner eine Woche vor dem Saisonstart ein kleiner Achtungserfolg – schließlich hatten die Bamberger diesen Titel zuletzt dreimal in Folge gewon-

nen. Dennoch fehlt ein wenig die Aussagekraft. Beiden Teams war anzumerken, dass sie noch nicht ihren Rhythmus gefunden haben. „Wir haben noch sehr viele Fehler gemacht“, sagte Alba-Trainer Sasa Obradovic.

Aber die darf sein neues und junges Team auch noch machen. Bewusst wurde die Mannschaft verjüngt, vor allem durch talentierte deutsche Spieler. Einer von ihnen ist Guard Akeem Vargas. „Jeder Sieg ist wichtig, um uns als Team zu finden und zu verbessern“, sagte der 23-Jährige, der acht Punkte erzielte. Mit dem Umbruch haben die Berliner nun genug konkurrenzfähige deutsche Akteure im Kader. Mindestens fünf von ihnen müssen nach Ligastatuten auf jedem Spielberichtsbogen stehen. „Die-

se jungen deutschen Spieler sollen Druck von unten machen. Das fehlte letzte Saison“, sagte Manager Marco Baldi. Neben den Talenten holte man noch einige international erfahrene Akteure. „Und die Chemie stimmt“, findet der US-Amerikaner David Logan, der einzige wirkliche Topstar im Alba-Kader.

Der Umbruch war geplant, auch wenn er jetzt etwas radikaler ausfiel als anfangs gedacht. Etwas überraschend hatten im Sommer die Identifikationsfiguren Heiko Schaffartzik und Yassin Idibihi Alba verlassen. Beide gingen, wie auch der von halb Europa gejagte Deon Thompson und Nihad Djedovic, zu Bayern München. Baldi gibt zu, dass man die Spieler gerne gehalten hätte.

„Wir werden viel Geduld brauchen“

ALBA-MANAGER BALDI ÜBER DEN NEUAUFBAU

Die vielen Abgänge forderten ein Umdenken. Schnell reifte die Erkenntnis, dass die Hauptstädter bei einem Wettrüsten mit den finanzstarken Bayern nicht hätten mithalten können. „Die zahlen Summen, die es im deutschen Basketball noch nie gab. Das können wir uns nicht leisten“, so Baldi. Während der Alba-Etat auf etwa 6,7 Millionen Euro schrumpfte, dürfte der der Bayern im zweistelligen Millionenbereich liegen. Der Spagat, Titel zu holen, Talente zu fördern und

wirtschaftlich keine Verluste machen, war so nicht mehr zu bewältigen.

Mit dem neuen Konzept will Alba den Erfolg zurückholen. Und man kehrt auch zu seinen Wurzeln zurück. „So ist Alba vor über 20 Jahren groß geworden“, sagt Aufsichtsratschef Axel Schweitzer. Aus der Not eine Tugend machen, heißt die Maxime. Stets hinkte der Verein in den vergangenen Jahren den eigenen Ansprüchen hinterher. Auch der Pokalsieg vergangene Saison konnte daran nichts ändern. Trotz des guten und vielversprechenden Auftritts gegen Bamberg werden die Ansprüche in dieser Saison heruntergeschraubt. Vielleicht auch, um den Druck vom neuen Team zu nehmen. Die Planung läuft mit-

telfristig. In den nächsten Jahren soll ein Team mit Perspektive aufgebaut werden. Deshalb haben auch alle deutschen Spieler längerfristige Verträge bekommen. „Wir werden viel Geduld brauchen“, prophezeit Baldi. „Und natürlich werden Rückschläge kommen, die alles infrage stellen werden.“

Der Weg ist alternativlos. Seit Jahren versucht Alba sein Budget zu erhöhen – seit Jahren ist dies nicht entscheidend gelungen. Entsprechend bescheiden sind die Ziele in dieser Saison. Im zweitklassigen Euro-Cup will man die zweite Runde erreichen und in der Liga soll es zunächst nur das Erreichen der Playoffs sein. Klingt eigentlich nicht nach dem früheren Serienmeister Alba.

NICOLAS SOWA



VERWEIS

Das ästhetische Erleben

„The spice of perception“, die Würze unserer Wahrnehmung, ist das ästhetische Erleben, sagt man uns aus den Sophiensälen: „Auf ästhetischem Erleben beruht die künstlerische Erfahrung, mit deren Hilfe wir uns entsprechendes Wissen erschließen können. !KF Berlin und Sophiensäle laden ein zu einem regelmäßig stattfindenden Forum für den Austausch und die Diskussion über künstlerische Forschung in Berlin.“ Heute ist es wieder so weit, um 20 Uhr in der Kantine. Julian Klein ist Gründungsmitglied und Direktor des Instituts für künstlerische Forschung (!KF). Klein arbeitete als Regisseur, Komponist und Wissenschaftler. Mehr unter www.artistic-research.de und www.julianklein.de

BERLINER SZENEN

GESICHT OHNE NAMEN

Bizarre Idee

Als ich abends die U6 an der Französischen Straße verlasse, kommt mir ein Mann entgegen, den ich kenne. Nur woher, weiß ich nicht. Mit ziemlicher Sicherheit sind wir uns noch nicht persönlich begegnet, allzu prominent scheint er mir aber auch nicht zu sein. Ein kahler Kopf mit einer runden Brille. Ich erkenne Gesichter mit großer Zuverlässigkeit, aber manchmal fällt mir nicht die Person dazu ein. Dann grüble ich, bis ich es weiß. Ihn hier kenne ich vermutlich aus dem Fernsehen. Oder aus dem Internet? Ich denke hin und her, während ich die Baustelle Unter den Linden passiere. Sie scheinen wirklich fertig zu werden: Die Straße über der U-Bahn ist schon wieder asphaltiert. Wurde auch höchste Zeit. Anderthalb Jahre Fußmarsch, Friedrichstraße – Französische Straße, hin, zurück, hin, zurück, vorbei an den Musikern, den Stadstreichern mit dem Plastikschweinchen, der alten Frau mit dem Kopftuch, die Plastikramsch auf einem Tuch ausbreitet und leiernde Musik aus ihrem Transistorradio hört. Sagt man das noch, Transistorradio? Ich

Ihn hier kenne ich aus dem Fernsehen. Oder aus dem Internet?

weiß gar nicht genau, was das ist. Das Radio der Alten ist aber sicher eins, so alt, wie es ist. Nein, Unsinn. Es ist überhaupt kein Radio. Wie könnte Musik aus einem Radio leiern? Natürlich ist es ein Kassettenrekorder. Die Parfümerie an der nördlichen Ecke der Linden hat bereits geschlossen. Zum Glück, denn hier herrscht tagsüber der scheußlichste Geruch Berlins: Parfüm, vermischt mit den Ausdünstungen einer Abwasserleitung, die vermutlich bei den Bauarbeiten beschädigt wurde. Als ich an Dussmann vorbeikomme, schaut mich der Kopf von einem Veranstaltungsplakat im Schaufenster an. Es ist Denis Scheck, der die bizarre Idee hatte, mit Schuhwichse im Gesicht die Korrektur von Kinderbüchern zu kritisieren. Gut, dass sich das Rätsel gelöst hat. Ich hätte noch tagelang über ihn nachgedacht. CLAUDIUS PRÖSSER

Du Liebe, du Arschloch

KULTURETAT Die Koalition der Freien Spielstätten und Künstler Berlins hat einen Monat lang in einer Kampagne gezielt auf sich aufmerksam gemacht. Und hat dabei schon mal einen gewissen Erfolg erzielt

VON ANDREAS HARTMANN

Auf einer kleinen Bühne vor dem Neptunbrunnen in Mitte, in unmittelbarer Nähe zum Roten Rathaus, steht einer, der seiner elektrischen Gitarre einen feinen Krach entlockt. Die Gitarre jault und kreischt, das ist herbe Protestmusik und so ähnlich wie einst bei Jimi Hendrix, der seine elektrische beim Spielen der amerikanischen Nationalhymne quälte, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren. Bei der Performance auf dem öffentlichen Platz geht es nun nicht um Menschenleben, sondern nur um Geld, aber eine gewisse Wut soll schon auch transportiert werden. Die Koalition der Freien Szene, ein die künstlerischen Sparten übergreifender Verbund freier Spielstätten und Künstler, hat zur Abschlusskundgebung einer gut einmonatigen Kampagne geladen, mit der in den letzten Wochen versucht wurde, die eigenen Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Mehrere Spielstätten in Berlin hatten sich daran beteiligt, unter anderem dadurch, dass auf ihren Homepages in roten Buchstaben zu lesen war: „Wir fordern die sofortige Stärkung der Freien Szene Berlin!“ Medial wurde die Kampagne recht eifrig begleitet, und man kann durchaus sagen, dass sie ein kleiner Erfolg war. Bei einer Sitzung des Kulturausschusses vor zwei Wochen wurde der Freien Szene versprochen, sie mit ein paar Millionen Euro mehr aus dem Kulturetat zu berücksichtigen. Ohne den Druck der Künstler hätte sich Klaus Wowereit, der bislang gegenüber den Forderungen der Freien Szene konsequent ignorant agierte, wohl kaum zu diesem Zugeständnis bereit erklärt. Die Koalition der Freien Szene will jedoch mehr. mehr Geld, ja das auch. Sie hat einen 10-Punkte-Plan erstellt mit Forderungen, dessen Umsetzung 18,8 Millionen Euro kosten würde. Finanziert bekommen würde sie diesen gern aus Einnahmen der geplanten City Tax. Ja, hieß es in dem Kulturausschuss, Teile der City Tax würden auch in die Kultur fließen. Doch festlegen darauf, wie viel Geld genau der Freien Szene zukommen würde, wollte man sich dann doch nicht.



Die Initiative „Haben und Brauchen“ beim Kampagnen-Abschlussfest am Samstag Foto: Piero Chiussi

Die Koalition der Freien Szene will aber nicht nur um ein paar Euro feilschen, sie verlangt ganz prinzipiell einen anderen Umgang mit ihr. Sie will, dass die Nöte von oftmals in prekären Verhältnissen lebenden freischaffenden Künstlern ernst genom-

men werden. Die freien Künstler wollen mehr sein als Image-Clowns für das Berlin-Marketing. Und sie wollen darauf aufmerksam machen, dass sie eine bedrohte Art sind. Deswegen steht auf der Bühne in bunten Buchstaben: „Vielfalt belassen.“

Man hat sich bei der Abschlusskundgebung für eine Mischung aus Spaß und Ernst entschieden. Es gibt Musik und Performances, aber auch Redebeiträge wie bei einer richtigen Demo. Und es gibt so etwas wie interaktive Protestaktionen. Man

kann beispielsweise die Grundrisse verschiedener Spielstätten in Berlin mit Lego neu nachbauen und sozusagen eine postkulturelle Stadt gestalten, ganz nach neoliberalen Gesichtspunkten. „Entwickeln Sie ein Modell, wie ehemalige Theaterräume gewinnmaximierend anders genutzt werden können“, lautet einer der verteilten Bauaufträge. Man kann dann erwachsene Menschen dabei beobachten, wie sie mit ironischem Ernst das Haus mit Legosteinen neu aufbauen mit einer Treppe, die ins Nirgendwo führt, und einem Turm, in dem vielleicht das Loft des Investors untergebracht sein soll. Derartige Quatschbauten sind in Berlin ja gar nicht mal so unrealistisch, wenn man be-

Die freien Künstler wollen mehr sein als Image-Clowns

denkt, dass man von dort, wo wir gerade stehen, die Baustelle gesehen werden kann, auf der doch tatsächlich gerade ein Schloss gebaut wird. Richtig viel los ist bei der ganzen Veranstaltung nicht. Die meisten Passanten schauen interessiert vorbei, sehen, dass hier seltsame Dinge geschehen, und gehen dann meist schnell wieder weiter. Aber wer sich auf das Treiben einlässt, wird gut unterhalten. Die Performance-Gruppe Gob Squad zeigt einen Film, und die Sängerin Bernadette La Hengst hat einen kleinen Gospelchor mitgebracht, der Songs performt, die sich inhaltlich mit der ewigen Frage beschäftigen, wo beim Künstler, der vielleicht täglich zwei Stunden aus dem Fenster starren muss, um inspiriert zu werden, Arbeit beginnt und ob er nicht sozusagen auch schon für das aus dem Fensterstarren entlohnt gehört. „Arbeit – du Liebe, Arbeit – du Arschloch“ hört man dann in diesen Songs. Zwei Lieder gibt es von dem Chor. Mehr wäre problematisch geworden. Denn auch allein diese zwei Stücke einzustudieren hat bestimmt wieder einige Arbeit gemacht. Für die man natürlich mal wieder nicht bezahlt wurde.

Soundtrack zur Hölle

MUSIK Das erste Turkish Metal Festival außerhalb der Türkei präsentiert sich, wie es die Besucher erwarten: ohrenbetäubend

„Wo lang geht’s zum Turkish Metal Battle Festival?“, fragt eine junge Frau mit dunklen Haaren am Clubeinlass den Türsteher. Der glatzköpfige 2-Meter-Muskel-Mann guckt ein wenig entsetzt und schüttelt den Kopf: „Dit hat doch keen Sinn, allet keen Sinn, sach ick dir!“ Vorurteile machen offenbar auch in der Musikszene keinen Halt vor Türken. Egal, die Mädels in schwarzer Kluft zucken die Schultern und gehen an dem Riesen vorbei, sie wollen zum Konzert. Vergangenen Samstag fand im Berliner Club K17 das erste Turkish Metal Festival außerhalb der Türkei statt. Als sich die Tür zum Clubraum am Ende eines schmalen Gangs im ersten Stock öffnet, schallt einem kratziger Elektro-Gitarrensound entgegen, eine Frau schreit sich die Seele aus dem Leib. Unterhalten ist un-

möglich, die Lautstärke ohrenbetäubend. Die Stimme gehört der Frontwomen der Black-Metal-Band Darkesthra: Sie ist zierlich und klein, doch ihr Sound ist so kraftvoll, dass dem Publikum bei ihrem professionellen Gekreische die Haare um die Ohren fliegen. Einige headbangen vor der Bühne. Ein bisschen wie bei KISS Die Musiker von Darkesthra sehen ein bisschen wie die von KISS aus, schwarz und weiß geschminkt, die Haare lang und zottelig, aber die Beats des Drummers sind härter, die Melodien düsterer, fast schon mythisch. Für Nichtkenner hört sich das an wie der Soundtrack zur Hölle. So auch für den eingefleischten Metalfan, der sich als Dirk vorstellt: schwarze Stiefel, Leder-

weste, um den Kopf hat er sich ein Piratentuch mit Anarcho-Mustern gebunden. „Das war der Hammer“, sagt der 52-jährige Wirtschaftswissenschaftler nach dem Konzert begeistert. Metal hört er seit seinem zwölften Lebensjahr, aber auf einem Turkish-Metal-Konzert war er das erste Mal. Gehört hatte er von den Bands über einen Freund aus der Türkei, da wollte er sich das Konzert nicht entgehen lassen. Besonders angetan sei er von der Eingangsperformance des Kreuzberger Musikers Volkan T. gewesen, der seinen Hardcore-Sound nicht nur mit Gitarre, sondern einer elektronischen Baglama spielt, einem anatolischen Volksinstrument. Fünf Stunden bedienen die Metal-Bands aus der Türkei und Deutschland das ganze Spektrum vom Black und Death Metal bis zum im Verhältnis et-

was softeren Hard Rock, etwa von Whiskey, der türkischen Version von AC/DC. Das Publikum an diesem Abend ist sehr gemischt. „Metal hört man nicht die Herkunft des Landes an, es gibt so gut wie keine Unterschiede im Sound“, sagt ein 33-jähriger Informatiker, der

mit seinen Freunden aus Köln angereist ist – denn türkischen Metal bekomme man sonst nur in Istanbul zu hören. Für manche ist Metal eine Lebensphilosophie, für ihn ist er ein bisschen wie Fasching: „Am Montag trage ich zur Arbeit wieder Anzug und Krawatte.“ CANSET ICPINAR

ANZEIGE

30. September | 20 Uhr | Caligari-Filmpreis Tournee

Hélio Oiticica

Ein Film von Cesar Oiticica Filho

Preview im Rahmen der Caligari-Filmpreis Tournee in Anwesenheit des Regisseurs

Kino Arsenal | Potsdamer Str. 2 | Tel: 26955158

arsenal

Zuflucht auf Zeit

Pflegefamilien geben Kindern ein Zuhause, die oft mit Hypotheken kommen. Das gemeinsame Leben ist nicht immer rosig, bereichernd ist es dennoch. Was die Pflegeeltern vermissen: Wertschätzung für ihre Arbeit, die nicht nur finanziell allen nützt **SEITE 23**

„Lange Enttäuschung“

Am 1. Oktober beginnt für die Oldenburger EWE Baskets die Saison mit dem Qualifikationsturnier zur Euro-League, danach startet die Bundesliga. Ein Interview mit Trainer Sebastian Machowski über alte Niederlagen und neue Siege **SEITE 22**



Abo 030 - 259 02 - 590 | Hamburg 040 - 38 90 17 - 0 | redaktion@taz-nord.de | anzeigen@taz-nord.de | Bremen 0421 - 960 26 - 0 | Hannover 0511 - 89 70 05 - 20 | hannover@taz-nord.de

Der Norden mauert sich ein

KLIMAWANDEL Die Meeresspiegel an Nord- und Ostsee steigen, warnen Wissenschaftler, Sturmfluten werden häufiger und höher. Das Gegenmittel lautet, Deiche und Dämme zu erhöhen: Die Menschen an den Küsten mauern sich immer stärker ein

VON SVEN-MICHAEL VEIT

Es war die schlimmste Sturmflut aller Zeiten an der Ostsee. Vom 11. bis 13. November 1872 drückte ein Nordost-Orkan zwei Tage lang das Wasser in die Lübecker Bucht, die Flutwelle erreichte eine Höhe von 3,50 Metern. Das Gebiet der heutigen Ostseebäder Haffkrug, Scharbeutz und Timmendorfer Strand wurde weitflächig verwüstet. 271 Menschen starben, 654 Schiffe wurden beschädigt oder zertrümmert, fast 3.000 Häuser verschwanden vom Erdboden, Zehntausende Stück Vieh ertranken. Etwas Ähnliches gab es nie wieder an der deutschen Ostseeküste, etwas Ähnliches allerdings kann jederzeit wieder passieren.

Denn die Meeresspiegel werden schneller als bisher befürchtet steigen. Um mindestens 26 Zentimeter, im ungünstigsten Fall um 82 Zentimeter würden die Pegel an Nord- und Ostsee bis zum Ende des Jahrhunderts sich erhöhen, hat der Weltklimarat in seinem am Freitag in Stockholm vorgelegten Bericht errechnet.

Zugleich sagten Experten auf dem Extremwetterkongress in Hamburg voraus, das Wetter in Norddeutschland werde „trockener, heißer und stürmischer“. Schon bis 2035 seien 20 Prozent weniger Niederschläge und deutlich mehr Stürme zu erwarten. Zwar würden „extreme Wetterereignisse regional begrenzt bleiben“, sagte Frank Böttcher von Institut für Wetter- und Klimakommunikation, das sei aber kein Grund zur Beruhigung: Wo es stürmt und hagelt, würden die Schäden umso größer ausfallen.

Seit 1970 hat sich die Zahl der Naturkatastrophen in Deutschland von zehn auf 35 mehr als verdreifacht, rechnete Peter Hoppe vor, Leiter der Risiko-forschung bei der Rückversicherung Munich Re. Schäden von neun Milliarden Euro habe allein die Elbeflut im Mai und Juni verursacht, bereits jetzt sei 2013 das Jahr mit den zweithöchsten Unwetterschäden. Nur beim Elbhochwasser 2002 lag die Scha-



Das droht in Zukunft noch häufiger: Meterhohe Gischt spritzt im Orkan über die Hafenmole von Helgoland Foto: dpa

denssumme mit 20 Milliarden Euro noch höher.

„Der Klimawandel schreitet voran“, stellt auch der Kieler Forscher Mojib Latif fest. „Wir werden eine massive Erwärmung bekommen, wenn wir so weitermachen wie bisher“, so der Wissenschaftler vom Geomar-Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung. Ob effektiver Klimaschutz aber wirklich umgesetzt würde, „wage ich mal zu bezweifeln“, so Latif.

Denn speziell die Norddeutschen machen so weiter wie bisher: Sie mauern sich immer hö-

her ein. Die Küsten seien „winterfest“, vermeldete am Sonntag der Direktor des Landesbetriebs für Küstenschutz Schleswig-Holstein, Johannes Oelerich. Um dem Klimawandel zu trotzen, werden derzeit alte Deiche durch neue Deiche mit einem „Klimazuschlag“ von 50 Zentimetern ersetzt. Zudem haben sie eine extrem breite Deichkrone von fünf Metern als „Baureserve für spätere Nachverstärkungen“, so das Umweltministerium. Dadurch könnte noch in Jahrzehnten mit geringem Aufwand eine zusätzliche „Kappe“ aufgesetzt werden.

Das neue Deichprofil sei um 20 Prozent teurer als die alten Deiche, sagte Oelerich. Die Mehrausgaben würden künftigen Generationen zugute kommen: „Wenn die nachrücken, müssen sie für eine Deichverstärkung nur etwa 20 Prozent unserer Investitionskosten aufwenden“, rechnete Oelerich vor. „Damit übernehmen wir Verantwortung für die Sicherheit künftiger Generationen“, sagt der grüne Umweltminister Robert Habeck.

Kiel hat in diesem Jahr insgesamt rund 66,8 Millionen Euro für den Küstenschutz einge-

Norddeutsche Küsten

Die norddeutsche Küste entspricht mit fast 4.500 Kilometern ungefähr der Entfernung Stockholm-Teneriffa.

■ **Niedersachsen und Bremen:** 1.143 Kilometer inklusive der Inseln und Flussmündungen.

■ **Schleswig-Holstein:** 1.193 Kilometer, davon an der Nordsee 451, an der Unterelbe 105 und an der Ostsee 637.

■ **Hamburg:** 103 Kilometer entlang der Elbe.

■ **Mecklenburg-Vorpommern:** mit Inseln fast 2.000 Kilometer.

plant. Mecklenburg-Vorpommern investiert nach Angaben des Umweltministeriums bis 2020 insgesamt 120 Millionen Euro. In Niedersachsen müssen nach früheren Angaben noch rund 200 Küstenschutzprojekte realisiert werden. Für 2013 waren dafür 72 Millionen Euro vorgesehen. Hamburg erhöht seine Dämme zurzeit für rund 700 Millionen Euro auf 8,50 Meter Höhe.

Denn wer nicht weichen will, weiß der Norddeutsche seit über 1.000 Jahren schon, der muss deichen.

SÜDWESTER Selbstbespiegelung

Wenn es **dumm läuft**, wird der Produzent Nico Hoffmann in **seinem eigenen Film** auftreten müssen. Hoffmann verfilmt die Affäre um die falschen Freunde des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU). Ab dem 14. November muss sich Wulff **vor Gericht** verantworten, weil er sich 2008 auf dem Oktoberfest von dem vom Land geförderten Filmproduzenten David Groenewold **aushalten ließ**. Wie die *Bild am Sonntag* berichtete, soll Hoffmann bei Wulff für ein Filmprojekt geworben haben, an dem auch Groenewold beteiligt war. Könnte sein, dass er deshalb als Zeuge im Wulff-Verfahren aussagen und sich selbst ins Drehbuch schreiben muss. Einen Vorteil hätte die Sache ja: Er **kennt die Materie**.

Staatsvertrag mit Muslimen

Nachdem für die Integration der Muslime in den vergangenen Jahren bereits viel getan wurde, beginnt Niedersachsen an diesem Montag mit den Verhandlungen über einen Staatsvertrag. Darin sollen die Beziehungen des Landes zu den islamischen Verbänden und Regelungen etwa zum Religionsunterricht und zu muslimischen Feiertagen festgeschrieben werden. Die Landesregierung wolle für mehr Teilhabe der Muslime sorgen, die sechs Prozent der Bevölkerung ausmachen, erklärte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Hamburg und Bremen haben bereits einen solchen Staatsvertrag unter Dach und Fach gebracht.

Verhandlungspartner der Landesregierung sind der Landesverband der Türkisch-Islami-

INTEGRATION

Niedersachsen bemüht sich seit Jahren um eine bessere Integration von Muslimen, nun soll ein Staatsvertrag vorbereitet werden. Dabei gibt es auch schwierige Themen

schen Union (Ditib), der Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) sowie die Alevitische Gemeinde Deutschlands. Die Federführung liegt beim Kultusministerium. Am Montag sollen Absichtserklärungen zum Abschluss eines Vertrages unterzeichnet werden.

Bereits die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte in zahlreichen Vereinbarungen mit den Muslimen etwa bei Bestattungen, der Gefängnisseelsorge oder dem Religionsunterricht die Integration vorangetrieben. Wenn ein Staatsvertrag mehr als eine Bündelung solcher Vereinbarungen sein soll, müsste er die Anerkennung der muslimischen Gemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts beinhalten. Die Kirchen und die jüdische

Gemeinschaft haben diesen Status. Ob die Muslime ihn erhalten sollen, ist noch nicht klar.

Knackpunkte bei den Verhandlungen könnte der Umgang mit Extremisten sein. Nachdem das Antiradikalisierungskonzept samt Islamistencheckliste von Ex-Innenminister Uwe Schünemann (CDU) von der neuen Regierung in den Papierkorb verworfen worden war, wollen sich die muslimischen Verbände um die Problematik kümmern. Außerdem wollen die Muslime durchsetzen, dass Lehrerinnen ein Kopftuch nicht nur während des islamischen Religionsunterrichts in der Klasse, sondern auch auf dem Schulhof und dem Weg ins Klassenzimmer tragen dürfen. Dies ist in Niedersachsen nicht erlaubt. (dpa)

Rocker gegen Rocker

Überfall auf eine Rockergruppe: Etliche Vermummte haben bei einem Motorradtreffen mit rund 500 Bikern am Samstag in Freiburg (Kreis Stade) das Festzelt gestürmt. Die Angreifer seien mit Baseballschlägern und Messern auf die Mitglieder des Clubs „MC Gremium“ losgegangen, teilte die Polizei mit. Bei dem Überfall wurden vier Menschen zum Teil schwer verletzt. Die Beamten nahmen kurz darauf vier Mitglieder der „Mongols MC“ vorläufig fest. Die Männer im Alter von 25 bis 27 Jahren gelten als tatverdächtig. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der versuchten Tötung. Die Vermummten waren mit mehreren Fahrzeugen geflüchtet. (dpa)

PORTRÄT



Mag keine langen Bälle: HSV-Trainer Bert van Marwijk Foto: dpa

IN KÜRZE

2. LIGA

St. Pauli mit Sieg in Ingolstadt

Der FC St. Pauli hat mit seinem vierten Saisonsieg Kontakt zur Spitzengruppe der 2. Fußball-Bundesliga hergestellt. Die Hamburger siegten am Sonntag beim FC Ingolstadt mit 2:1 (1:0) und schoben sich auf Platz vier. Fin Bartels (45.+2) mit einem sehenswerten Heber und Florian Kringe (85.) per Nachschuss beim Foulelfmeter erzielten die Tore. Für die Ingolstädter, die bereits die siebte Niederlage im neunten Saisonspiel kassierten, war Marvin Matip (80.) erfolgreich. (dpa)

Torjäger Mame Diouf von Hannover 96 hat sich erneut verletzt. Der gerade wieder genese Stürmer musste am Samstag in der Fußball-Bundesligapartie bei Bayer Leverkusen (0:2) mit einer Oberschenkelblessur den Platz verlassen. Laut Trainer Mirko Slomka wird er vermutlich am Freitag gegen Hertha BSC ausfallen. +++ **Basketball-Bundesligist Rasta Vechta** hat den **US-Amerikaner Marcus Neal** verpflichtet. Der 27-Jährige soll bereits am Donnerstag zum Saisonstart der Bundesliga in Trier zum Einsatz kommen. Das teilte Aufsteiger Vechta am Sonntag mit. +++ **Den Einzug in die Bundesliga-Endrunde verpasst** hat das Hamburger Judo-Team. Die Auswahl unterlag am Samstag in Hamburg dem TSV Großhadern mit 5:9 im Viertelfinalrückkampf. Im ersten Aufeinandertreffen in München hatte es ein 6:6 gegeben. +++ **Eine gerechtere Verteilung der Einnahmen** in der Fußball-Bundesliga hat Werder Bremens Aufsichtsratsvorsitzender Willi Lemke angeregt. „Es wird der Bundesliga auf Dauer nichts bringen, wenn wenige Teams alle Wettbewerbe dominieren“, sagte er der *Bild* am Sonntag.

FUSSBALL-REGIONALLIGA NORD

Havelse – Bremen II 1:1
W’haven – Oldenburg 0:0
HSV II – Eichede 0:1
St. Pauli II – Meppen 0:3
Goslar – Rehden 0:0
Wolfsburg II – Flensburg 2:1
Neumünster – Norderstedt 1:1
Cloppenburg – Victoria 2:2
Hannover II – B’schweig II n. n.

1 Wolfsburg II 9 +18 19
2 Goslar 9 +8 18
3 Oldenburg 9 +7 17
4 Bremen II 8 +7 14
5 Meppen 8 +4 14
6 Flensburg 9 +4 14
7 Havelse 9 +3 14
8 Rehden 8 +4 13
9 Eichede 9 -4 13
10 Norderstedt 9 -4 10
11 St. Pauli II 9 -7 10
12 Hannover II 7 -1 9
13 Wilhelmshaven 8 -1 8
14 HSV II 8 -4 7
15 Victoria Hamburg 8 -6 7
16 Cloppenburg 9 -8 7
17 Neumünster 8 -11 7
18 Braunschweig II 8 -9 5

Nächste Spiele:

Flensburg – W’haven, Sa, 14 Uhr
Bremen II – Cloppenburg
Braunschweig – HSV II
Victoria – Wolfsburg II, So, 14 Uhr
Havelse – Neumünster
Oldenburg – Hannover II, So, 15 Uhr
Rehden – Norderstedt
Meppen – Goslar
Eichede – St. Pauli II

Stabilisator in der Quasselbude

Nachdem der Versuch eines Aufbruchs mit einem Vertreter der jungen Trainergeneration beim HSV gründlich schief gegangen ist, heißt es nun erst einmal: Ruhe und Stabilität in die Mannschaft bringen. Keine Experimente also, dafür ein Rückgriff auf bewährte Konzepte. Genau dafür steht die Verpflichtung des Niederländers Bert van Marwijk, der 2010 die niederländische Nationalmannschaft in Südafrika zur Vizeweltmeisterschaft führte.

Schon der erste Auftritt des HSV unter seiner Leitung nährt die Hoffnung, van Marwijk könne das von Sportchef Oliver Kreuzer beim Rauswurf von Thorsten Fink diagnostizierte „Wirrwarr“ im Spiel der Hamburger auflösen. „Er hat uns sehr, sehr gut eingestellt“, sagte Linksverteidiger Marcell Jansen, der kurz vor Schluss den Ausgleichstreffer zum 2:2 bei Eintracht Frankfurt erzielt hatte. „Wir waren kompakter, haben zurückgeschlagen und nicht vorher das dritte, vierte oder fünfte Gegen-tor gefressen.“

Um die verunsicherte Mannschaft wieder aufzurichten, muss van Marwijk vorläufig auf das von ihm favorisierte Offensivspiel verzichten und auf einfache Rezepte setzen, auch wenn er „die vielen langen Bälle gar nicht mag“. Aber beim HSV geht es im Moment weniger um ästhetische als um existenzielle Fragen – dafür scheint der elegante Niederländer der richtige Mann zu sein.

Als er 2004 von Feyernoord Rotterdam, mit dem er den UEFA-Pokal gewann, zu Borussia Dortmund wechselte, war der Ruhrpott-Klub in einer noch verheerenderen finanziellen Lage als der HSV heute. Dennoch erreichte er zweimal den 7. Platz und entwickelte Talente wie Nuri Sahin weiter. Ergebnisse, mit denen der HSV in seiner gegenwärtigen Situation auch zufrieden sein sollte. Aber dass beim HSV vieles anders läuft, musste van Marwijk noch vor seinem Amtsantritt erfahren. Als er schon dachte, sein Vertrag sei in trockenen Tüchern, wurde in Hamburg noch fast zwei Tage weiter über den neuen Trainer spekuliert, weil der Aufsichtsrat noch nicht das letzte Wort gesprochen hatte.

Andererseits passt das verbale Vorpreschen des Trainers, dem dann noch vor dem ersten Arbeitstag eine Ferndiagnose der Problemlagen folgte, nur zu gut in die Quasselbude HSV, über die Ex-Trainer Armin Veh sagte: „Alle haben nur Politik gemacht.“

Wie er sich von den machtpolitischen Auseinandersetzungen, die mindestens bis zur Mitgliederversammlung im Januar andauern werden, möglichst wenig irritieren lassen kann, sollte van Marwijk bei seinen Landsleuten Martin van Jol und Huub Stevens erfragen. Die gehören unter den 13 HSV-Trainer seit 2001 zu denen, die beim HSV in guter Erinnerung sind. **RLO**

„Keine norddeutsche Zurückhaltung“

BASKETBALL Am 1. Oktober beginnt für die Oldenburger EWE Baskets die Saison mit dem Qualifikationsturnier zur Euro-League, danach startet die Bundesliga. Trainer Sebastian Machowski über Siegen und Verlieren

INTERVIEW MAIK NOLTE

taz: Herr Machowski, wenn Sie die vergangene Saison mit entsprechendem Abstand betrachten: Überwiegt die Freude darüber, bis in das Endspiel um die deutsche Meisterschaft gekommen zu sein – oder der Frust, dass es am Ende nicht für den Titel reichte?

Sebastian Machowski: Ich habe sehr lange gebraucht, um die Enttäuschung darüber, dass wir es nicht geschafft haben, das Finale zu gewinnen und dreimal so knapp an Bamberg gescheitert sind, zu überwinden. Mittlerweile überwiegen aber die Freude und der Stolz darüber, was wir erreicht haben. Nicht nur wegen der Vizemeisterschaft – wir waren ja auch in der Hauptsaison lange Zweiter und haben das Final Four der Euro-Challenge erreicht. Wenn man bedenkt, wo das Team hergekommen ist, nämlich vom zehnten Platz in der Vorsaison, dann sehe ich es rückblickend als sehr erfolgreiche Saison.

Wohl auch deswegen sahen Sie keinen Anlass zu tief greifenden Veränderungen: Mit Nemanja Alexandrov gab es nur einen einzigen Neuzugang.

Es war schon in der vergangenen Saison ein großes Risiko, aus der Vorjahresmannschaft sieben Spieler zu halten. Allerdings hat sich das Team in der vergangenen Saison durch eine hohe Homogenität ausgezeichnet, die man ihr auch angemerkt hat: Die

Ein verlorener Kampf: Die Brose Baskets Bamberg gewinnen gegen die EWE Baskets am 16. Juni Foto: dpa

treten als Mannschaft auf, die spielen als Mannschaft, und das auch noch mit Spaß. Da war es für uns nur logisch zu versuchen, das Gros dieses Teams zusammenzuhalten.

Kaum jemand hat der Mannschaft nach zwei eher durchwachsenen Spielzeiten das hohe Niveau 2012/13 zugetraut. Besteht jetzt eine höhere Erwartungshaltung bei den Fans?

Ich denke, aufgrund der Tradition in Oldenburg und den wirt-

schaftlichen und strukturellen Möglichkeiten, die der Verein hat, gehören die EWE Baskets zu den Topteams in der BBL (Basketball-Bundesliga, Anm. d. Red.). Da wollen wir auch in der kommenden Saison wieder hin. Ich denke aber auch, dass die Fans gut einschätzen können, was wir in der vergangenen Saison geleistet haben. Wenn wir ein Ziel haben, dann ist es, in jedes Spiel zu gehen, um es zu gewinnen – egal, wer der Gegner ist. Wir

bereiten uns immer akribisch auf den nächsten Gegner vor. Das ist keine norddeutsche Zurückhaltung, sondern ein realistischer Ansatz.

Sie hatten sich kritisch zum engen Zeitplan im Profibasketball mit bis zu 70, 80 Spielen in nicht einmal neun Monaten geäußert. Ist diese Dichte noch zu stemmen?

Die Bamberger spielen von Anfang Oktober bis etwa Mitte März fast durchgehend drei Spiele pro

Woche. Bei uns war es in der vergangenen Saison ab Februar so. Das ist ein mörderisches Programm. Und da besteht die Gefahr, dass es zu einem mentalen und körperlichen Verschleiß kommt – dann treten Verletzungen auf, es kommt zu Unkonzentriertheiten, man bewegt sich im roten Bereich. Umso wichtiger ist es, eine kompakte Mannschaft zu haben, mit vielen Leistungsträgern, auf die man die Verantwortung verteilen kann. Wir wollen ja natürlich international spielen – die Spieler wollen es, der Verein will es, die Sponsoren. Es ist dann ein Stück weit die Kehrseite, dass die Belastung sehr hoch ist.

Julius Jenkins, einer der Schlüsselspieler der Saison, ist aus dem Urlaub zurück, aber ohne seine Zöpfe. Ein schlechtes Omen?

Ich glaube nicht, dass Samson seine Kraft verloren hat. Im Gegenteil: Er wird nach dem Verlust von soundsoviel Kilo Haarfarbe vielleicht noch leichtfüßiger aufspielen. Und er sieht nicht nur jünger aus, sondern spielt bestimmt auch so.

Sebastian Machowski

■ 41, kommt aus Berlin, spielte in den 1990er-Jahren selbst in der Deutschen Nationalmannschaft und ist seit 2012 Trainer der EWE Baskets Oldenburg. **FOTO: DPA**

Werders zwei Gesichter

1. LIGA Beim 3:3-Unentschieden gegen den 1. FC Nürnberg glänzt Werder Bremen eine halbe Stunde, um dann wieder in alten Schlendrian zu verfallen

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Thomas Schaaf setzt Werders Trainer Robin Dutt aufs Rotationsprinzip. Beim Spiel gegen den 1. FC Nürnberg schafften es allerdings lediglich Zlatko Junozovic und Mehmet Ekici wieder in die Stammformation, „Abwehrchef“ Sebastian Prödl saß wie beim Sieg gegen den HSV auf der Bank. Sein zweites Spiel für Werder machte Santiago Garcia. Der linke Verteidiger sorgte in den ersten Minuten für so viel Wirbel auf seiner Seite, wie man es in Bremen lange nicht gesehen hatte. Seine zweite scharfe Hereingabe in der 7. Minute fälschte Nürnbergs Berkan Dabanli unglücklich zum 1:0 ins eigene Tor ab.

Die Führung gab den Bremern gegen die anfangs harmlosen Nürnberger Sicherheit. Die meiste Gefahr ging weiter von

Garcia aus, wie in der 34. Minute, als der Ball nach Garcias Eroberung über Hunt bei Eljeroh Elai landete, der seit einer gefühlten Ewigkeit wieder ins Tor traf. Überglücklich lag der Torschütze in den Armen von Trainer Robin Dutt. Doch der Jubel mündete fast nahtlos in eine wertertypische Fahrlässigkeit, die die Nürnberger kurz vor der Pause zum Anschlussstreffer durch Hiroshi Kyotake nutzen, bei dem ausgerechnet der zuvor herausragende Garcia nicht gut stand. Diesen Rückschlag nahmen die Bremer mit in die 2. Halbzeit, in der sie

verunsichert wirkten und den Nürnbergern die Initiative überließen. Bei einem Konter der Nürnberger war die linke Abwehrseite verwaist und Josip Drmic schoss den Ausgleich.

In der Folge bot Werder weiter den Mix aus schönen Einzelaktionen und mangelhaftem Abwehrverhalten. Elia hatte sein Treffer so viel Selbstvertrauen gegeben, dass er in der 66. Minute die erneute Führung erzielte. Die wahrte allerdings nur wenige Minuten, bis Adam Hlousek wieder ausglich.

In der hektischen Schlussphase waren die Gäste näher am Siegtreffer, scheiterten aber mehrfach an Sebastian Mieltz. Für die Bremer bleibt es bei der Erkenntnis, dass noch viel Arbeit bleibt, um die guten Ansätze zu einer stabilen Leistung weiterzuentwickeln. **RLO**

Der Jubel mündete fast nahtlos in eine wertertypische Fahrlässigkeit



BAUEN & WOHNEN

taz-LeserInnen wohnen und bauen anspruchsvoll und ökologisch bewusst. In Reportagen, Interviews und Berichten gibt es dafür monatlich Neuigkeiten, kompakte Tipps und Hinweise von Z wie Zentralheizung über R wie Regenwassernutzung bis A wie Altbausanierung.

Erscheinungstermin: Samstag, 12. Oktober

Nutzen Sie das vielfältige redaktionelle Umfeld dieser Seiten, um sich den motivierten und interessierten LeserInnen der taz zu präsentieren. Sie erreichen eine überdurchschnittlich gebildete Zielgruppe, in der 82 % im Alter von 20 bis 59 Jahren sind, 2/3 Abitur gemacht haben und 1/3 über ein Haushaltseinkommen von mehr als 3.000 Euro verfügt.

Anzeigenschluss: Dienstag, 8. Oktober | 16 Uhr

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
taz.nord Anzeigenabteilung | anzeigen@taz-nord.de
Telefon: Bremen (04 21) 960 26 442 | Hamburg (0 40) 38 90 17 453



Sie werden händeringend gesucht, aber nicht so wertgeschätzt, wie es angemessen wäre: Pflegeeltern Foto: dpa

„Wenn sie Mama sagen, sind sie angekommen“

STARTHILFE Pflegefamilien geben Kindern ein Zuhause, die oft mit Hypotheken kommen. Das gemeinsame Leben ist nicht immer rosig, bereichernd ist es dennoch. Was die Pflegeeltern vermissen: Wertschätzung für ihre Arbeit, die nicht nur finanziell allen nützt

VON ESTHER GEISSLINGER

„Sie wollen Trubel?“, hat Lisa Martensen* am Telefon gefragt. „Dann kommen Sie am besten mittags.“ Der Weg zum Haus der Familie Martensen führt durch Felder und Wiesen, durch Dörfer, die am Ortseingang mit „Moin“ und am Ausgang mit „Tschüs“ grüßen, dazwischen stehen reetgedeckte Bauernhäuser. Dithmarschen sieht aus wie seine eigene Postkarte, idyllisch, ländlich, friedlich. Die Geschichten, die Frauen wie Lisa Martensen zu erzählen haben, klingen dagegen wie aus einer anderen Welt: Es geht um Gewalt, um Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen, Kinder, die sich mit Wutanfällen oder eisiger Gefühlskälte wehren. Die Frauen sind Pflegemütter – sie kümmern sich um ein, zwei oder mehr fremde Kinder. Bei Lisa Martensen leben zurzeit vier.

In der gefliesten Wohnküche tickt eine Uhr, der Familienhund wedelt freudig zur Begrüßung. Lisa Martensen belegt Vollkorn-Pizzateig, während sie erzählt. Ihre leiblichen Kinder sind schuld daran, dass Familie Martensen zur Pflegefamilie wurde: Nach einem Fernsehbericht über ein vernachlässigtes Kind ging es am Abendbrottisch um die Frage, was in einem solchen Fall mit dem Opfer geschehe. Als Lisa Martensen Pflegeeltern erwähnt, war die Idee geboren. „Unser Haus ist groß genug“, sagt sie. „Warum also nicht?“

Ordentliche Manieren

Der Uhrzeiger ist auf Mittag vorgerückt, und die Kinder trudeln ein. Justin und Arielle* besuchen Schulen im Ort, Suse* geht in die Kita, Nico* hat Förderunterricht. Sie platzen herein, legen ihre Ranz ab, wollen eilig von den Erlebnissen des Vormittags be-

richten. Martensen dirigiert, schickt die Kleineren zum Händewaschen und bittet die Älteren, den Tisch zu decken. Dass gemeinsam gegessen wird, ist für die Mutter wichtig – ordentliche Manieren auch. Als Nico anfängt, mit seiner Pizza zu spielen, sagt Lisa Martensen: „Lass das, oder du gehst raus.“ Sie meint diese Dinge ernst, die Kinder wissen das. Nico setzt sich gerade hin und isst schweigend weiter.

„Bekannte finden es manchmal hart, wie ich mit den Kindern umgehe“, sagt sie später. Als sie anfang als Pflegemutter, hatte sie ein weiches, rosiges Kuschelbild: Die Kinder bräuchten vor allem Liebe und Verständnis. „Quatsch“, sagt sie. „Die Kinder brauchen vor allem Sicherheit, also klare Regeln.“ Hausaufgaben werden sofort erledigt, die ausgekippte Legokiste noch vor dem Essen wieder eingeräumt: „Es ist harte Arbeit und dauert“, sagt Martensen. Manchmal sei es „wie das Leben mit einem Alzheimer-Patienten, man fängt ständig wieder von vorne an“.

Last der Herkunftsfamilie

Kein Pflegekind sei einfach, sagt Claudia Nabert. Die Vorsitzende des „Landesverbandes für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien in Schleswig-Holstein“, eine zierliche, energische Frau, hat neben ihren zwei leiblichen sieben Pflegekinder betreut, das Jüngste ist drei Jahre alt. Nabert kritisiert die Jugendämter, die Kinder oft zu spät von ihren leiblichen Eltern trennten: „Da herrscht die Meinung, dass die Eltern das Wichtigste sind.“ Familien müssten mehrfach Hilfsangebote ignorieren, bis das Amt reagiere, berichtet sie: „Man hat manchmal den Eindruck, die leiblichen Eltern dürften sich alles erlauben.“ Würden die Kinder endlich geholt, seien

sie schwer vernachlässigt, traumatisiert oder litten unter unsichtbaren Behinderungen.

Tatsächlich ist die Gesetzeslage eindeutig: Eltern haben ein Recht auf „Hilfen zur Erziehung“, der Erhalt der biologischen Familie geht vor. Das Land Schleswig-Holstein startet gerade den Versuch, dieses Gesetz zu reformieren – aus dem Elternrecht soll ein Kinderrecht werden. Hinter dem Vorstoß steckt die ehemalige Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD), die selbst eine Pflege-tochter aufgezogen hat.

Lisa Martensen hat einen Familienrat einberufen, bevor sie das erste Pflegekind aufgenommen hat. „Es ist wichtig, vorher herauszufinden, wo die eigenen Grenzen liegen“, sagt sie: Traut man sich das Leben mit einem behinderten Kind zu, wie alt soll es sein, welchen Kontakt pflegt man zu der Herkunftsfamilie. Dort lag ganz klar eine ihrer Grenzen. „Ein verurteilter Gewalttäter kommt mir nicht ins Haus“, sagt Lisa Martensen.

Pflegeeltern sind eine vergleichsweise preiswerte Lösung, Kinder unterzubringen – ein Heim ist weit teurer als das Geld für den Lebensunterhalt plus die rund 200 Euro, die die Pflegeeltern extra erhalten. Keine Riesensumme für einen Job, der rund um die Uhr dauert und keine Ferien kennt, trotzdem sorgt sie für Vorurteile, sogar Neid. Lisa Martensen schüttelt den Kopf: „Dabei würden wir ohne die Kinder finanziell besser dastehen. Ich könnte voll arbeiten statt nur stundenweise, und die Kosten wären deutlich geringer.“ Claudia Nabert bestätigt: „Niemand macht das wegen des Geldes.“

Tatsächlich müssen Pflegefamilien ein eigenständiges Einkommen nachweisen. Die Ehemänner von Nabert und Martensen verdienen gut, sie sind aber

Inobhutnahme

■ Das Jugendamt kann – und muss – ein Kind „in seine Obhut nehmen“, wenn es selbst darum bittet oder wenn „eine dringende Gefahr für das Wohl“ besteht, heißt es in Paragraph 42 des Sozialgesetzbuches VIII. Die leiblichen Eltern haben ein Widerspruchsrecht gegen die Entziehung.

■ Die Vormundschaft bleibt in der Regel bei den leiblichen Eltern oder einem Amtsvormund. Diese, und nicht die Pflegeeltern, dürfen über Fragen wie Aufenthalt oder Schule entscheiden.

■ Die Pflegeeltern arbeiten ehrenamtlich gegen eine geringe Entschädigung. Sie müssen ein Einkommen und ein Haus oder eine Wohnung mit genügend Platz für die Pflegekinder nachweisen.

■ Die Zahl der Inobhutnahmen steigt in Deutschland seit mehreren Jahren stetig. Im Jahr 2012 haben die Jugendämter in Deutschland 40.200 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen, gut fünf Prozent mehr als im Vorjahr.

„Man wird nicht als Partner, sondern als Bittsteller behandelt“

PFLEGEMÜTTER

nur selten zu Hause – um die Kinder kümmern sich die Frauen weitgehend alleine. Sie finden, dass sie der Gesellschaft helfen, Geld zu sparen und dazu beitragen, Kindern aus schwierigen Verhältnissen einen guten Start zu geben. Darum sei es ärgerlich, „dass man nicht als Partner, sondern als Bittsteller behandelt wird“, sagt Martensen. Gerade im Kreis Dithmarschen ist das Verhältnis zwischen Pflegemüttern und Jugendamt angespannt – dabei klagte im Frühjahr der Kreis darüber, dass sich zu wenig Familien fänden.

Davon kein Wort mehr: „Wir gehen davon aus, dass in jedem Gemeinwesen eine bestimmte Anzahl von Familien leben, die sich für diese ehrenamtliche Arbeit interessieren und die geeignet dafür sind“, heißt es lapidar aus der Verwaltung in Heide – schriftlich, denn statt wie vorgeschlagen ein Gespräch zu führen, schickt das Amt lieber eine E-Mail. Der Kreis habe ein „ausgebautes Pflegekinderwesen“, heißt es darin, dessen „zufriedene Pflegeeltern die besten Werbeträger“ seien. Auch die von den Eltern geforderte „Augenhöhe“ wird erwähnt – allerdings nur im „Umgang der Pflegefamilie mit den leiblichen Eltern“. Denn „Pflegeeltern können die Überzeugung entwickeln, die ‚besseren‘ Eltern zu sein“, so der Kreis-Sprecher.

Willkür des Jugendamts

Claudia Nabert sieht sich in ihrer Kritik bestätigt: „Jugendämter agieren frei, Beschwerden gegen Verwaltungshandeln sind kaum möglich.“ So würden einige Kreise, darunter Dithmarschen, entgegen der Rechtslage keinen Förderzuschlag für Kinder mit sozialen Störungen oder Behinderungen zahlen. Stimmt, bestätigt der Kreis und argumentiert, dass

besonders schwierige Kinder von „besonders befähigten, belastbaren und qualifizierten Pflegepersonen betreut“ würden. Martensen hält sich durchaus für belastbar und erfahren, dennoch: Es sei grenzwertig, wenn eine Familie mehrere Kinder mit Störungen, wie sie etwa durch Alkoholismus in der Schwangerschaft entstehen, betreuen soll. „Aber das Jugendamt steckt einfach weitere Kinder dazu, informiert die Eltern nicht richtig, was auf sie zukommt, und bei Beschwerden heißt es, die Pflegeeltern seien emotional.“

Die Rückkehr tut weh

Dass die Kinder in vielen Fällen wieder zu ihren leiblichen Eltern zurückgehen, wissen die Pflegemütter ebenso gut wie die Kinder. „Teils steht es von vornherein fest, teils ergibt es sich“, sagt Lisa Martensen. Aber so oder so: „Wenn eines geht, tut es immer weh.“ Auch, weil die Kinder untereinander ein inniges Verhältnis entwickeln. Gerade ist der leibliche Sohn im Auslandsjahr und die Pflegekinder vermissen ihn dringlich.

Alle ihre Pflegekinder nennen Lisa Martensen „Mama“ – das passiere irgendwann von allein, sagt sie: „Dann weiß ich, dass sie angekommen sind.“ Manchmal, sagt Martensen, frage sie sich, ob es richtig sei, den Kindern so viel Einblick in ein Leben zu geben, das ihnen ihre leiblichen Eltern nicht bieten könnten: „Ich zeige ihnen, was geht und was sie tun könnten – vielleicht fragen sie sich eines Tages, was es ihnen nützt.“ Aber unterm Strich findet sie es richtig: „Hätten meine Kinder in Pflege gemusst, hätte ich mir gewünscht, dass die Pflegefamilie sich bestmöglich um sie kümmert.“

* Namen geändert

KURZKRITIK: JAN ZIER ÜBER DEA LOHERS „UNSCHULD“

Merkwürdig fern

An den SchauspielerInnen hat es nicht gelegen. Schon gar nicht an Alexander Swoboda, Annemaaike Bakker, Simon Zigah, Susanne Schrader oder Gabriele Möller-Lukasz. Und auch nicht am Bühnenbild von Rimma Starodubzeva oder der Inszenierung von Alexander Riemenschneider am Theater Bremen. Nein, die sind an und für sich wirklich alle gut.

Aber das Stück „Unschuld“ von Dea Loher gibt nicht mehr her, gerade weil es um alle möglichen großen Fragen dieser Welt geht – Leben und Tod, Schuld und Unschuld, die Suche nach Liebe, Glück, dem Sinn des Lebens. Zuerst sind es nur überfrachtete Geschichten, nebeneinander erzählt, gefangen in einer Ewig-

keitsschleife. Sie bleiben merkwürdig fern und trotz ihrer Dramatik plätschern sie dahin wie ein langer, ruhiger Fluss, sie berühren kaum – trotz lichter Momente und trotz durchaus guter Regieideen.

Alles wirkt ein bisschen konstruiert, auch die Sprache, in der die oft gespielte, vielfach preisgekrönte und von Intendant Michael Börgerding sehr geschätzte Autorin erzählt. Und am Ende werden die verschiedenen Handlungsstränge schließlich, nein: nicht miteinander verwoben, sondern mühsam zusammengeklebt, ohne dabei zu einem rettenden, klaren oder wenigstens aussagekräftigen Ende zu finden.

Nächste: 1.10., 20 Uhr, Kl. Haus

IN ALLER KÜRZE

Zwangspause für Brechmittel-Prozess

Wegen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten muss der Prozess um den Tod von Laya Condé ausgesetzt werden, der für heute angesetzte Verhandlungstag ist aufgehoben. Das teilte das Landgericht mit. Angeklagt ist der Polizeiarzt, der Condé zur Beweissicherung Brechmittel verabreichte, bis der ins Koma fiel, aus dem er nicht mehr aufwachte. Die Kammer hat angekündigt,

zur Art und voraussichtlichen Dauer der Verhandlungsunfähigkeit unverzüglich ein Gutachten in Auftrag zu geben.

Seoul ehrt Younghi Pagh-Paan

Die Bremer Komponistin Younghi Pagh-Paan erhält für ihr Lebenswerk den südkoreanischen Paiknam-Kulturpreis. Er ist mit 50.000.000 Won – etwa 35.000 Euro – dotiert. Preisverleihung ist am 16.10. in Seoul. (taz)

HEUTE IN BREMEN

„Väter, sie werden satt!“

WELTSTILLWOCHE Über Babymilch-Werbverbote und Still-Vorbilder informieren Stillberaterinnen

taz: Frau Seidel, in Ihrer Klinik kamen im vergangenen Jahr fast 2.000 Kinder zur Welt. Zeigen Sie allen den Weg zur Brust? Claudia Seidel: Nein, ich bin ja auch gar nicht immer da. Bei uns können alle Kinderkrankenschwestern zum Stillen beraten.

Claudia Seidel

■ 54, ist Kinderkrankenschwester und nach internationalem Standard zertifizierte Stillberaterin am Joseph-Stift.



Ich komme dazu, wenn es Probleme gibt.

Passiert das oft?

Ja, sehr oft. Viele sind einfach am Anfang unsicher. Gerade die Väter machen sich Sorgen, ob das Kind wirklich satt wird.

Und was sagen Sie denen?

Dass sie sicher sein können, dass genug Milch da sein wird und es normal ist, dass Babys am Anfang erst einmal abnehmen und acht bis zehn Prozent ihres Geburtsgewichts verlieren.

Und wenn es mehr sind?

Dann raten wir dazu, vorübergehend Milchersatznahrung zuzufüttern, das ist eine medizinische Indikation.

Verteilen Sie Proben von Säuglingsmilch?

Nein. Früher erhielten Eltern ja ganze Taschen mit Babyprodukten, so etwas gibt es nicht mehr. Herstellern ist sogar gesetzlich

verboten, Milchersatznahrung als gleichwertig gegenüber Muttermilch darzustellen. Halten die sich daran?

Leider unterlaufen viele das Werbeverbot immer wieder. Wir sind aber im Gesundheitssystem mittlerweile sehr sensibilisiert für das Thema. Wir etikettieren die Ersatznahrung zwar, weil die Eltern wissen müssen, was sie füttern, aber wir wechseln regelmäßig den Hersteller und empfehlen für zu Hause verschiedene Produkte. Es gibt ja auch Frauen, die einfach nicht stillen wollen, das müssen wir respektieren.

Nach einer Bremer Studie stillen vor allem junge und bildungsferne Frauen seltener und kürzer.

Ja, denen fehlt es einfach an Vorbildern. Eigentlich müsste man schon in der Grundschule in der Gesundheitserziehung über das Stillen sprechen.

Oder in Fernsehserien stillende Mütter zeigen?

Das wäre großartig. Auch in Zeitschriften vermisse ich solche Bilder. Aber hinter dem Stillen steht anders als bei der Säuglingsnahrung keine große Industrie, die mit viel Geld dafür sorgt, dass ihre Produkte gekauft werden.

INTERVIEW: EIB

Weltstillwoche: bis 8.10. Vorträge für Väter, Mütter, Großeltern, ErzieherInnen. Termine unter bremen.de/36888185

Die Seele der Grünen

NACHRUf Christine Bernbacher, Ehrenvorsitzende der Bremer Grünen, wird heute beerdigt. Die politische Realistin konnte kompromisslos hart sein – und auf radikale Weise herzlich

VON KLAUS WOLSCHNER

Christine Bernbacher, Mitbegründerin der Bremer Grünen und deren Ehrenvorsitzende, war ein lebendiger Beweis dafür, dass grüne politische Überzeugung und eine bürgerliche Existenz gut zusammenpassen. Am 12.9., zehn Tage vor der Bundestagswahl, ist sie nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben. In der Kapelle des Osterholzer Friedhofs findet heute eine Trauerfeier für die Frau statt, die in Bremen auf ganz unpathetische Weise die Seele der Partei gewesen ist.

Zu ihren großen politischen Tagen gehörte der 9.12.1986. Zwei Jahre lang hatten die Fraktionen der SPD, CDU und der Grünen darüber beraten, wie man den Umweltschutz in die Landesverfassung aufnehmen könne. Schließlich lag eine Formulierung vor: „Schäden im Naturland sind möglichst zu beheben oder auszugleichen.“

Besser so als gar nicht, das war die Haltung ihrer Fraktion, erinnerte sich Bernbacher später. Doch damals konnten Verfassungsänderungen im Bremer Parlament nur beschlossen werden, wenn alle Abgeordneten mit Ja stimmten. 100 waren das.

Erste Lesung 1984: 99 Ja-Stimmen. Zweite Lesung 1986: 99 Ja-Stimmen. Und immer: eine dagegen – Bernbacher. „Die Natur trägt keine Kompromisse mehr“, sagte sie im Parlament. Weg mit dem „Möglichst“, das war ihre Position. Keinen Millimeter bewegte sie sich. Als „Wuchtbrumme“ beschrieb sie sich selbstironisch in solchen Situationen. 24 Stunden vor der dritten Lesung am 9.12. hatten dann 99 Abgeordnete klein beigegeben. Das „Möglichst“ verschwand. Die Verfassungsänderung wurde beschlossen.

Christine Bernbacher ist am 19.12.1930 in Hannover als Christine Eschner geboren. Ihr Großvater starb 1943 beim Bombenangriff, zweimal wurde sie selbst als Kind verschüttet. Noch als Schülerin lernte sie 1947 Klaus Bernbacher kennen, den sie zehn Jahre später heiraten sollte. „Unsere Jugendliebe verband das Interesse für die Politik und für die Musik“, sagt er. Mit 19 Jahren ging sie nach England, um Krankenschwester zu werden. Ab 1953 arbeitete sie im britischen Militärhospital Hannover.

Damals begann auch ihre politische Arbeit. Sie vertrat die Krankenschwestern in der Gewerkschaft ÖTV, und sie schloss sich der Ostermarsch-Bewegung an. Ein Jahr nach der Geburt des zweiten Kindes wurde sie 1961 für die SPD Stadträtin in Roden bei Hannover. Zwei weitere Kinder adoptierten die Bernbachers.

1970 zog die Familie nach Bremen in den Schwachhauser Ring. Als einer der Söhne sich bei der „Jugendgruppe gegen radioaktive Verseuchung“ engagierte, stellten Bernbachers der Gruppe ihre Garage als Büro zur Verfügung. Und als Ende der 1970er 28 Sozialdemokraten um Olaf Diné und Peter Willers die Gründung einer Umweltschutz-Liste diskutierten, war Christine Bernbacher dabei. „Willy Brandt hatte

den blauen Himmel über der Ruhr versprochen. Wir wollten das ernst nehmen“, erklärte sie ihre Motivation. So manche Beratung für die Gründung der „Bremer Grünen Liste“ fand dann in der Küche ihrer großbürgerlichen Villa in Schwachhausen statt.

Denn Bernbacher kochte nicht nur gern. Ihr gefiel es auch, Besucher zu verköstigen: Genüsslich konnte sie die Geschich-



Christine Bernbacher in ihrer Schwachhauser Wohnung Foto: kawe

te der russischen Parlamentsdelegation erzählen, die in Vorbereitung auf ihren Deutschland-Besuch im Auswärtigen Amt nachfragen ließ, ob denn auch ein Abstecher zur „Babuschka“ in Bremen eingeplant sei. Die Beamten mussten sich erst einmal erkundigen, wer damit gemeint sein könnte.

In der Tat hatte eine Delegation Jahre zuvor – noch in sowjetischen Zeiten – einen Abstecher von Bonn nach Bremen gemacht und dort einen Höflichkeitsbesuch auch bei den Grünen. Ralf Fücks, damals deren Chef, hatte, so Bernbachers Erinnerung, die Gäste mit einer langatmigen Erläuterung, warum ihr Weg zum Sozialismus ein Holzweg sei, so verärgert, dass die schon abzureisen drohten. Sie aber servierte ein köstliches Abendessen. Der Abend war gerettet – und hatte sich offenbar tief ins Gedächtnis eingeschrieben.

Als ihre Freunde in der Bremer Grünen Liste die Beteiligung der Grünen an den Bundestagswahlen ablehnten, wandte sie sich den Parteigründern zu: An ihrem Küchentisch entstand der Landesverband. „Unser erstes Büro war ein kleines Ladenlokal Außer der Schleifmühle“, hat sie einmal erzählt. Oft genug be-

„Politik ist für mich wie die Musik für einen alten Zirkusgaul“

CHRISTINE BERNBACHER

zahlte sie aus ihrer Haushaltskasse Telefon und Miete für den Raum, der 1981 kurz vor Weihnachten historische Bedeutung erhielt: Damals hatte eine Delegation der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc den Bremer Samizdat-Forscher Wolfgang Eichwede besucht. Am 13.12. aber verhängte General Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht über Polen. Militärs besetzten die Lenin-Werft. Dutzende Gewerkschaftsführer waren in Danzig verhaftet worden. Die Bremer Delegation konnte nicht zurück. Die SPD wollte mit der wegen ihrer „Wandel durch Annäherung“-Doktrin nichts zu tun haben, und auch die DGB-Leute „wollten es sich mit dem damals neuen Ministerpräsidenten Jaruzelski nicht gleich verderben“. Anders die Grünen. Und so gab es für die gestrandeten polnischen Gewerkschafter erst einmal etwas zu essen, dann eine Pressekonferenz – im Büro der Partei, wo sie sechs Wochen lang beherbergt wurden.

Bernbacher saß damals im Beirat Schwachhausen. Da hat sie einmal den Vorschlag gemacht, die Lüder-von-Bentheim-Straße in Nelson-Mandela-Straße umzubenennen. Ausgerechnet der verehrte Rathaus-Architekt soll-

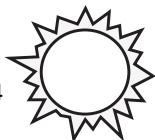
te dem Befreiungskämpfer weichen! „Da bin ich zerrissen worden“, erinnerte sie sich später: „Wie kann man einen rechtskräftig verurteilten Verbrecher ehren wollen, der ja noch im Gefängnis saß!“, hätten ihr auch die SPD-Genossen vorgehalten, „und dann auch noch in Schwachhausen!“

Bei der Bürgerschaftswahl 1983 war Bernbacher für den neuen Landesverband der Grünen das Aushängeschild und Spitzenkandidatin, mit der die neue Partei die BGL schnell verdrängte. Doch bei den Grünen galt das „Rotationsprinzip“, um jede Verfestigung von Macht zu vermeiden. Vier der Bürgerschaftsabgeordneten akzeptierten das, zähneknirschend. Bernbacher nicht. Politik habe auch mit politischer Erfahrung zu tun, argumentierte sie, mit wachsender Kompetenz. Sie trat nicht zurück. „Karoline Linnert hat wochenlang nicht mehr mit mir gesprochen, Marieluise Beck war sauer.“ In der nächsten Legislatur wurde sie abgestraft. „Ich bekam einen so miesen Listenplatz, dass ich lieber abgelehnt habe.“ Erst 1991 kehrt sie in den Landtag zurück. Ihr eigenes Politik-Verständnis beschrieb sie im Spiegel ihrer grünen Freunde so: „Christine, habe ich oft von meinen Kollegen gehört, wir können uns nicht in Einzelschicksalen verzetteln, wir müssen die Rahmenbedingungen verändern.“

Ihre Aufmerksamkeit galt den Einzelschicksalen. Sie saß im Petitionsausschuss, und sie saß im Verwaltungsgericht, als eine Familie mit drei Kindern aus der Grohner Düne nach Syrien abgeschoben werden sollte. Als in der Bürgerschaft über Asbest-Opfer debattiert wurde – Werftarbeiter, denen die Anerkennung ihres Leidens als Berufskrankheit verweigert wurde, da beeindruckte die gelernte Krankenschwester Bernbacher nicht nur die Abgeordneten mit ihrer Rede: Sie kannte diese Männer, sie hatte die Krankenakten gelesen. Sie sprach über die Menschen, nicht über Rechtsprobleme.

In „strategischen“ Fragen war sie realpolitisch orientiert. „Es nützt doch nichts, wenn ich Maximalforderungen aufstelle, aber die Stimmenzahl, die ich brauche, um mitzugestalten, nie erreiche“, erklärte sie das. „So bliebe ich immer nur der Seismograf – und es ändert sich nichts.“ Mit 68 Jahren schied sie 1999 aus der aktiven Politik aus. Sie hatte ein Enkelkind zu Hause, sie malte, dichtete, arbeitete an Skulpturen, aber, „Politik ist für mich wie die Musik für einen alten Zirkusgaul“, hat sie einmal über sich gesagt. Und so kämpfte sie als Vorsitzende des Freundeskreises der Klinik Links der Weser, „bis zuletzt gegen die Bestrebungen, aus den Kliniken einen zentralistischen Moloch zu machen“, wie Klaus Bernbacher sagt. 57 Jahre war er mit der „eigenartigen Persönlichkeit“ Christine Bernbacher verheiratet, die genau das verkörperte, wonach viele Grüne seit dem 22.9. einigermaßen hilflos suchen: die grüne Mitte.

Trauerfeier: Kapelle des Osterholzer Friedhofs, 11.15 Uhr



IN ALLER KÜRZE

Anwälte starten Ini gegen „Totalüberwachung“

Mit einer bundesweiten Initiative wehren sich Rechtsanwälte gegen Abhörmaßnahmen durch amerikanische und britische Geheimdienste. Wie das *Hamburger Abendblatt* berichtete, wurde sie von zwölf Anwälten aus der Hansestadt ins Leben gerufen. Sie fordern die deutsche Regierung unter anderem auf, die Verhandlungen mit den USA über ein Freihandelsabkommen auszusetzen sowie die Verträge zum Austausch von Fluggastdaten zu kündigen, bis die Überwachung durch die USA eingestellt werde. In der sogenannten „Hamburger Erklärung“ nennen die Anwälte die durch den früheren Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden bekannt gewordenen Abhörmaßnahmen auch gegen deutsche Bürger einen „beispiellosen Angriff auf das verfassungsmäßige Grundrecht auf Privatsphäre“. (epd)

Positive Bilanz beim Reeperbahnfestival

Zum Abschluss des Hamburger Reeperbahnfestivals haben die Organisatoren eine positive Bilanz gezogen. „Wir haben das, was wir uns quantitativ vorgenommen haben, erreicht“, sagte Festivalchef Alexander Schulz am Samstag. Er gehe davon aus, dass mit der Abendkasse das erwartete Ziel von 28.000 Besu-

chern erreicht werde. Etwas mehr als 3.000 Medienvertreter und Branchenvertreter kamen auf die begleitende Fachkonferenz. (dpa)

Unis werben um Auslandsstudenten

Hamburg zieht immer mehr Studenten aus dem Ausland an. Wie aus Zahlen der Universität Hamburg und der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) hervorgeht, sind die beiden Hochschulen in den vergangenen Jahren stetig internationaler geworden – und auch zum Beginn des Wintersemesters am 1. Oktober erwarten sie weiteren Zulauf aus aller Welt. Und das soll noch nicht das Ende sein. Zusammen repräsentieren beide Unis mehr als zwei Drittel aller Studenten an staatlichen Hamburger Hochschulen. „Wir wollen unsere Bekanntheit noch weiter steigern, daher präsentiert die Uni Hamburg ihr Studien- und Forschungsangebot auf zahlreichen Hochschulmessen im Ausland“, sagte der Präsident der Uni Hamburg, Dieter Lenzen. (dpa)

Zoll beschlagnahmt Albino-Habichte

Zöllner haben auf dem Hamburger Flughafen zwei lebende Albino-Habichte beschlagnahmt. Die beiden Vögel haben einen geschätzten Gesamtwert von einer Million Euro, wie das Hauptzollamt Itzehoe mitteilte. (dpa)

HEUTE IN HAMBURG

„Bestechung ist Kopfsache“

KORRUPTION Transparency International lädt zur Diskussion über Bestechlichkeit in Hamburg

taz: Herr Leilich, der Fall Wulff, die Amigoaffäre – ist in Deutschland die Korruption auf dem Vormarsch?
Gerd Leilich: Wulff ist ein typischer Fall von geschärften Sinnen der Opfer und der Behörden gegenüber Korruption. Bestechungen werden im Vergleich zu den Neunzigern verstärkt strafrechtlich verfolgt, daher die stärkere Berichterstattung. **Deutschland landete auf dem Korruptionsindex 2012 nur auf Platz zwölf. Warum?**
Diese Liste beruht auf der Wahrnehmung der Bestechlichkeit von Amtsträgern und Politikern eines Landes. Geschäftsleute und Länderanalysten sahen gerade im deutschen Gesundheitssystem korrupte Praktiken, zum Beispiel durch den Einfluss von Pharmafirmen auf die Medikamentenbereitstellungen in den Krankenhäusern. **Was machen andere Länder besser?**
In den Ländern, wo es besser läuft, herrscht ein anderes Bewusstsein über Vorteilsnahme und Amtsmissbrauch. Es gibt in Deutschland immer noch Unternehmer, die nicht entschlossen genug in ihrer eigenen Firma gegen Korruption vorgehen und damit Gesetze missachten. **Was kann eine neue Bundesregierung tun?**
Eine neue Regierung muss sich für eine internationale Harmonisierung der Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung einsetzen. Korruption muss zudem im In- und Ausland noch stärker

verfolgt werden können. **Sind Hanseaten bestechlich?**
Nein, die Mehrheit sind ehrbare Kaufleute. Dennoch entgehen der Stadt Hamburg pro Jahr 50 Millionen Euro alleine durch Geldwäsche. Da darf man nicht zur Tagesordnung übergehen. **Was steht bei Ihrem Regionaltreffen auf der Tagesordnung?**
Wir wollen diskutieren, wie wir die Hamburgische Wirtschaft verstärkt auf Korruptionsprävention ansprechen können. Eingeladen haben wir Joachim Schwanke, den Leiter des Dezernats Interne Ermittlungen der Polizei. Er wird berichten, in welchen Wirtschaftsbereichen Vorteilsnahme besonders stark ausgeprägt ist. **Wurden Sie bereits bestochen?**
Jeder, der einen verantwortungsvollen Job ausübt, wird diese Praxis spüren. Bestechungen vollziehen sich immer im Kopf, entweder ich ändere dadurch meine Entscheidung oder ich lasse es. Eine Einladung zum Mittagessen muss nicht unter allen Umständen ausgeschlagen werden. **INTERVIEW: FLORIAN MUARRAWI**

19 Uhr, öffentliches Treffen der Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein, Burchardstraße 19
Gerd Leilich
■ 71, leitet die Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein von Transparency International. **FOTO: TRANSPARENCY**



Umweltschutz in der Schublade

BÜRGERBETEILIGUNG Einen Entwurf zum Landschaftsschutz in Wilhelmsburg gibt es schon seit längerer Zeit. Umweltverbände befürchten jedoch, dass er noch gekippt wird

VON GERNOT KNÖDLER

Die freie, bäuerlich geprägte Kulturlandschaft im Osten der Elbinsel Wilhelmsburg soll geschützt werden. So sieht es eine Verordnung vor, deren Entwurf vor mehr als einem Jahr öffentlich auslag und von der seither nicht mehr gehört ward. Der fertig abgestimmte Entwurf für ein „Landschaftsschutzgebiet Wilhelmsburger Elbinsel“ sei wohl „in den Tiefen des Rathauses versunken“, mokiert sich der Botanische Verein. Und Harald Köpke vom Umweltverband BUND befürchtet, dass der Entwurf am Ende in der Tonne landen könnte und ein Stück Bürgerbeteiligung gleich mit.

Die Verordnung sieht vor, das Gebiet östlich der Autobahn A1 bis auf dessen Ränder unter Schutz zu stellen. Dazu kämen der Uferbereich der Wilhelmsburger Dove-Elbe, die Feuchtwiesen in Kirchdorf Mitte und Nord, zwei Areale beidseits der Kornweide, sowie weite Strecken des Elbufers. Es gelte „eine der ältesten bestehenden Kulturlandschaften im norddeutschen Raum“ zu schützen, in der sich die WilhelmsburgerInnen erholen und die gefährdeten Tieren und Pflanzen Lebensräume bieten.

In der Tat tummeln sich in den Feuchtwiesen und Gräben Sumpf- und Teichrohrsänger, Moorfrösche und Kammermolche, selbst der Seeadler brütet hier neuerdings wieder. Kein Wunder, dass im Rahmen der Zukunftskonferenz für Wilhelmsburg vor gut zehn Jahren der Wunsch geäußert wurde, das Gebiet östlich der Autobahn von neuen Siedlungen und Gewerbegebieten frei zu halten.

An einer Stelle, am Obergeorgswerder Deich, ist dieses Prinzip durchbrochen worden: Dort, direkt im Autobahnknäe, liegt



Auch schützenswert: das Pferde-Idyll im Wilhelmsburger Osten Foto: dpa

jetzt ein Güterverkehrszentrum. Der Plan, eine Doppel-Pferderennbahn in Stillhorn zu bauen, zerschlug sich. Auch der Vorschlag des Oberbaudirektors Jörn Walter, westlich der Autobahn, auf den „Klappertopf-Wiesen“ nördlich des Hochhausquartiers Kirchdorf Süd im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA2013 eine Ökosiedlung zu bauen, wurde abgeschmettert.

Doch seither ist der Druck gestiegen: Der SPD-Senat hat versprochen, jedes Jahr 6.000 neue Wohnungen zu bauen, und muss jetzt sehen, wo er die Flächen dafür hernimmt. Obwohl es, wie es in der Vorlage selbst heißt, in Wilhelmsburg einige andere Orte gibt, wo Wohnungen gebaut werden könnten, dürfte es dem Senatsbeauftragten für den Wohnungsbau, Michael Sachs, schwer fallen, auf potenzielle Siedlungsgebiete zu verzichten.

„Diesmal sind wir so weit wie noch nie“, sagt Köpke vom BUND

Der Stadtteil

Wilhelmsburg ist 35 Quadratkilometer groß, hat 51.000 Einwohner und gehört mit 1.400 Einwohnern pro Quadratkilometer zu den weniger dicht besiedelten Stadtteilen. Der Hamburger Durchschnitt beträgt 2.300.
■ **Trotz der teilweise ländlichen Struktur** wohnen nur 16 Prozent der Bevölkerung in Ein- und Zweifamilienhäusern – gegenüber 21 Prozent hamburgweit. Die Wohnfläche pro Kopf liegt mit 28 Quadratmetern weit unter dem Durchschnitt von 37 Quadratmetern.
■ **Der Anteil von Sozialwohnungen** ist dagegen mit 31 gegenüber elf Prozent besonders hoch. 24 Prozent der Bevölkerung beziehen Sozialhilfe gegenüber zehn Prozent im Hamburger Durchschnitt.
■ **Zwei Naturschutzgebiete** gibt es im Stadtteil: die Rhee im Nordosten und das Heuckenlock im Süden.

mit Blick auf die fertige Verordnung. Diese sei das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen im Stadtteil. „Der Senat will Bürgerbeteiligung offenbar so lange betreiben, bis ihm das Ergebnis passt“, kritisiert er.

„Es gibt offenbar einflussreiche Kreise, die man in der Wirtschaftsbehörde bis in die Senatskanzlei hinein vermuten kann, die immer wieder neue Bedenken erfinden – obwohl die Fristen dafür längst abgelaufen sind“, sagt Horst Bertram vom Botanischen Verein. „Warum setzt sich die für Umwelt- und Naturschutz zuständige Senatorin nicht durch?“, fragt er.

Der Sprecher der Senatorin Jutta Blankau (SPD) versichert, die Umweltbehörde habe ihre Hausaufgaben gemacht und warte jetzt auf ein Signal aus dem Rathaus. „Dort geht es um die Gesamtschau sämtlicher Entwicklungen in Wilhelmsburg heute und in Zukunft – Wirtschaft, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Freizeit.“

Besetzung in der Innenstadt

AKTIONSTAG Im Rahmen der Mieterdemonstration besetzen Jugendliche ein Haus in der Innenstadt

Die Polizei war in Alarmbereitschaft, als sie am Samstag die Mieter-Demonstration im Rahmen des bundesweiten Aktionstages begleitete. 900 Beamte waren im Einsatz, als mehr als 4.000 Demonstranten vom Kiez und den umkämpften „Esso Häusern“ vorbei an weiterem Leerstand und Abrisshäusern zogen. Hektik herrschte im Karoiviertel. Dort war sich die Polizei sicher, dass die Gebäude Turnerstraße 10–16 besetzt werden sollten, da die Wohnungsgesellschaft Saga diese verrotten lassen hat. Doch es geschah nichts.

Dafür waren am Abend in der Innenstadt ungewöhnliche Logisungen zu hören. „Miete verweigern, Kündigung ins Klo, Häuser besetzen sowieso“, hallte es durch die Lilienstraße. Direkt gegenüber des Vapiano waren fünf Personen in das Haus Nummer 8 gedrungen und hatten den Komplex Lilienstraße 4–8 für besetzt erklärt. Ein acht Meter langes Transparent wurde an der Fassade entrollt, das auch schon die

Hauswand der abrisssbedrohten Gebäude in der Altonaer Breiten Straße zierte. „Niemand hat die Absicht, ein Haus zu besetzen“, war darauf zu lesen. Die Häuserzeile, in der sich einst das Waffengeschäft Hoerning & Co befunden hat, soll der Abrissbirne für einen Luxusneubau zum Opfer fallen. Nach zwei Stunden fuhr eine Polizei-Hundertschaft auf und drängte die 50 Unterstützer rabiat ab, den fünf Hausbesetzern wurden nach Personalienfeststellung ein Aufenthaltsverbot erteilt.

Zuvor hatte sich die Mieterdemo gegen explodierenden Mieten im Karoiviertel ohne Zwischenfälle, nicht aber ohne Kritik an der Politik aufgelöst. „In Hamburg lautet die Antwort des SPD-Senats: bauen, bauen, bauen“, sagt Johanna Meule vom Bündnis „Mietenwahnsinn stoppen“. „Doch frei finanzierte Neubauten und vor allem teuren Eigentumswohnungen stoppen den Mietenwahnsinn nicht.“ **KVA** Inland SEITE 9

Feueralarm an der Süderelbe

GROSSEINSATZ Feuerwehr sucht weiter möglichen Brandherd im Kohlelager des Kraftwerks Moorburg

Zwei Großeinsätze südlich der Elbe haben die Feuerwehr am Wochenende auf Trab gehalten. In einer Raffinerie brannte der Turm einer Entschwefelungsanlage. Seit Freitag wird zudem im Kohlebunker des neuen Kraftwerks in Moorburg ein „Hot Spot“ gesucht, also eine Stelle, an der Kohle heiß geworden ist. Die Einsatzkräfte sind am Sonntag nicht bis zu diesem Punkt vorgeedrungen, wie ein Feuerwehrsprecher sagte. Um zu verhindern, dass ein Brand ausbricht, wurde Kohle umgeschichtet.

Im Lager des Kraftwerks befanden sich nach Angaben des Betreibers Vattenfall 50.000 Tonnen Kohle; die Feuerwehr sprach von 70.000 Tonnen. Um

In einer Entschwefelungsanlage gab es eine Explosion, danach stand der Turm in Flammen

Platz zu schaffen, soll die abgetragene Kohle auf ein Schiff geladen und nach Brunsbüttel gebracht werden. Temperatur und Kohlenmonoxid-Konzentration waren konstant auf unkritischem Niveau.

Zwischenzeitlich hatte es am Samstag zudem in einer Raffinerie gebrannt, nur rund drei Kilometer vom Kraftwerk entfernt. In der Entschwefelungsanlage habe es eine Explosion gegeben, danach habe der Turm der Anlage in Flammen gestanden, sagte ein Feuerwehrsprecher. Rund 70 Löschkräfte waren mit neun Fawasserwerfern im Einsatz. Die Löscharbeiten waren am frühen Samstagmorgen beendet.

Eine Kohlenhalde heizt sich auf, weil die Kohle oxidiert und dabei Wärme frei wird. Ist die Halde ausreichend belüftet, steigt die Temperatur aber nicht auf einen kritischen Wert an. In Moorburg wurden Temperaturen bis zu 70 Grad Celsius gemessen. Bei 240 bis 280 Grad entzündet sich Kohle selbst. (dpa/taz)